

# LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

**AUSGABE 4.15**

Auf dem Land bewegt sich was \_ 40

Stable Schools – wo Tierwohl Schule macht \_ 44

WLAN für alle \_ 51

## Zuwanderung – Chance und Aufgabe

# Inhalt



**Seite 40** \_\_  
Auf dem Land bewegt sich was



**Seite 44** \_\_  
Stable Schools –  
wo Tierwohl Schule macht



**Seite 51** \_\_  
WLAN für alle

## Für das Netzwerk

### INSIDE

- 05** \_\_ DVS auf der Grünen Woche 2016
- 05** \_\_ Ein neues Gesicht bei der DVS
- 05** \_\_ LandInForm Spezial und neue „Chance“

### DAS WAR

- 06** \_\_ Netzwerke(n) im Dorf und in der Region
- 07** \_\_ LEADER tauscht sich aus
- 07** \_\_ Neues Handwerkszeug fürs Regionalmanagement
- 07** \_\_ Auch künftig nah und gut versorgt

### DAS KOMMT

- 08** \_\_ Widerstandsfähige Dörfer
- 08** \_\_ **Energiewende regional und lokal**  
Wie sich die Energiewende mit LEADER voranbringen und die regionale Wertschöpfung steigern lässt – eine Veranstaltung mit vielen Praxisbeispielen
- 08** \_\_ Naturschutzleistungen in der Landwirtschaft
- 09** \_\_ Neues Jahr, neues Programm

## Im Fokus

### EINFÜHRUNG

- 10** \_\_ INTRO
- 12** \_\_ Chance und Herausforderung
- 14** \_\_ Wer kommt aufs Land?

### KOMMUNEN, VERBÄNDE, BÜRGER

- 16** \_\_ Querschnittsaufgabe für Kommunen
- 18** \_\_ Kräfte bündeln, Selbsthilfe fördern
- 20** \_\_ Wer sich wohl fühlt, kommt zurück
- 21** \_\_ Mehlingen hilft
- 22** \_\_ Haupt- und Ehrenamt sind gefragt
- 24** \_\_ Vermittler zwischen den Kulturen

### QUALIFIZIEREN UND BERATEN

- 25** \_\_ Vertrauen hilft
- 26** \_\_ Qualifiziert und anerkannt
- 28** \_\_ Potenzial für die Landwirtschaft
- 29** \_\_ Fachkräftewerbung auf Sächsisch

### ANERKENNEN UND WERTSCHÄTZEN

- 30** \_\_ Gelebte Integration
- 31** \_\_ Neue Heimat „Altes Land“
- 32** \_\_ Gemeinsam für Toleranz
- 33** \_\_ Diffuse Ängste überwinden



ab Seite 10 \_\_

### Im Fokus: Zuwanderung – Chance und Aufgabe

Die Bevölkerungszahl auf dem Land nimmt ab – Fachkräftemangel und Leerstand drohen. Allerdings ist günstiger Wohnraum auch ein Potenzial, mit dem ländliche Räume Zuwanderer gewinnen können – die Mehrzahl an Migranten zieht jedoch in die Städte. Zuzug ist somit eine Aufgabe und auch eine Chance. Was ist nötig, damit Integration gelingen kann?

---

## Aus der Praxis

- 34 \_\_ Gras wird zu Kunststoff und mehr
- 36 \_\_ Deutsche Steppen
- 37 \_\_ Carsharing auf dem Dorf
- 38 \_\_ Meine Gemeinde – Heimat für alle
- 40 \_\_ **Auf dem Land bewegt sich was**  
Wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge lassen sich nur erhalten, wenn die Menschen sie auch erreichen. Im ländlichen Raum wird dies auf Dauer nur mit einem Mix aus öffentlicher, privater und bürgerschaftlicher Initiative funktionieren.
- 42 \_\_ Heckenmanagement mit Weitblick

---

## Perspektiven

### BILDUNG UND FORSCHUNG

- 46 \_\_ Forum 65+: Für eine starke Zivilgesellschaft
- 48 \_\_ Hochwasserschutz durch Kommunikation
- 50 \_\_ Über Rückzug reden

---

### POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 51 \_\_ **WLAN für alle**  
Für das Projekt „Freifunk Westpfalz“ geben über 540 Personen, Unternehmen und Institutionen ihre WLAN-Anschlüsse frei und sorgen damit für kostenlos verfügbares Internet.

---

### PARTNER UND EXPERTEN

- 52 \_\_ Eine Mitarbeiterin für jeden Fonds
- 53 \_\_ Die Position: Agrarinvestitionsförderung – Wohl oder Übel?

---

## Forschung trifft Praxis

- 44 \_\_ **Stable Schools – wo Tierwohl Schule macht**  
In Dänemark tauschen Milchviehhalter in sogenannten Stable Schools ihr Wissen aus. Nun erproben deutsche Milchkuh- und Ziegenhalter, ob sich das Konzept übertragen lässt.

---

## Service

- 54 \_\_ angelesen
- 55 \_\_ angekündigt
- 56 \_\_ Termine



### Liebe Leserinnen und Leser,

etwa 500 000 Zuwanderer pro Jahr wären nötig, um die wirtschaftliche Entwicklung und die Steuer- und Sozialsysteme in Deutschland vor dem Hintergrund des demografischen Wandels langfristig zu sichern. Jetzt sind sie da, überwiegend junge Menschen aus Europa und anderen Regionen der Welt. Wenn man die nötige Zeit für die Integration und Ausbildung einbezieht, kommen sie, wie es scheint, gerade rechtzeitig für Unternehmen und Staat. In der Vergangenheit verließen allerdings etwa zwei Drittel der Migranten Deutschland wieder – also müssten 1,5 Millionen neue Zuwanderer pro Jahr kommen. 2014 war das bereits so. Wir sollten lernen, besser damit umzugehen.

Ob Notaufnahme oder langfristige Integration: In beiden Fällen hat sich eine gigantische Bottom-up-Bewegung gebildet, in der Bürger ehrenamtlich Zusammenarbeit und flexibleren Umgang mit Verwaltungsverfahren einüben und Integrationserfahrung sammeln. Bei den Helfern steht die erwähnte Kosten-Nutzen-Rechnung nicht im Vordergrund: Sie setzen sich freiwillig ein, genau wie Ehrenamtliche in anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung. Ihre Zeit und Arbeitskraft sind endlich – und können nicht dauerhaft als Puffer für teilweise unkoordiniertes Handeln von Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen fungieren. Hauptberufliche Unterstützung, neue öffentliche Angebote der Daseinsvorsorge müssen finanziert und rasch aufgebaut werden. Angesichts knapper Mittel besteht die Gefahr, dass soziale Leistungen für die Bürger abgebaut und für die Integration genutzt werden. Die absehbaren gesellschaftlichen Konsequenzen will niemand.

Nicht nur Mitleid, sondern Neugier, Respekt und eine gewisse Weltoffenheit für unsere zukünftigen neuen Mitbürger sind jetzt gefragt. Im Blickpunkt stehen dann auch die Eigenheiten und Fähigkeiten der Menschen. Für deren Integration reicht es nicht aus, nur das Grundgesetz zu befolgen, und der Fingerzeig auf das Kopftuch ist kurzfristig. Die Menschen gelangen in ein überwiegend von christlichen Werten geprägtes Land, gemeinsame Wertvorstellungen gehören zur Integration. Ein gesundes kulturelles Selbstbewusstsein, an dem sich Zuwanderer orientieren können, ist jetzt nötig.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und eine erholsame Weihnachtszeit.

*Jan Swoboda*

## Impressum

LandInForm –  
Magazin für Ländliche Räume  
Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und  
Ernährung (BLE), Bonn  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
(DVS),  
Redaktion: Anja Rath, Isabella Mahler,  
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.),

Redaktionelle Unterstützung und Lektorat:  
Claudia Thelen, mediamondi – Agentur für  
interkulturelle Kommunikation

Titelbild: foto-fine-art / photocase.com  
Rückseite: Anja Rath

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation  
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn  
Telefon: 0228 6845-3461, -3974, -3435, Fax: 0228 6845-3361  
E-Mail: landinform@ble.de,  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter  
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung  
der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.  
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung  
zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und  
Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und  
Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf  
geeignet, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union  
im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für  
die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.  
Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung  
und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Stefan Kämper: stk,  
Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima,  
Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao,  
Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Christian Rößler: chr, Bettina Rocha: ber,  
Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr, Monika Wohler: mow

## Neues aus der DVS

### DVS AUF DER GRÜNEN WOCHE 2016

Die DVS präsentiert vom 15. bis zum 24. Januar 2016 zwei LEADER-Regionen und ihre Projekte auf dem Gemeinschaftsstand des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Berlin.

Zehn Tage lang können Besucher auf dem DVS-Messestand in Halle 4.2 zwei deutsche LEADER-Regionen näher kennenlernen: Sie erfahren, wie die LEADER-Region Amberg-Sulzbach mit dem bayernweit einzigartigen Simultankirchen-Radweg Kultur, Sport und Spiritualität vereint. Das Kooperationsprojekt hat das Ziel, die Geschichte der Simultankirchen, die von mehreren christlichen Konfessionen genutzt

werden, ins Bewusstsein der Bewohner und Besucher der nördlichen Oberpfalz zu rufen. Wie man trotz einer geografischen Randlage agil und innovativ handeln kann, zeigt die neue LEADER-Region Wattenmeer-Achter. Sieben ostfriesische Nordseeinseln und die Küstenstadt Norden haben gemeinsam das Konzept „Wattenmeer-Achter 2030+: Wohnen – Arbeiten – (Er)Leben“ entwickelt. [mow]



BLE-Präsident Dr. Hanns-Christoph Eiden und Dr. Jan Swoboda, Leiter der DVS, im Gespräch bei der IGW 2015

i

**KONTAKT:**  
Monika Wohlerl  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3462  
monika.wohlerl@ble.de



### EIN NEUES GESICHT BEI DER DVS

Seit Ende November gehört Christian Rößler zum Team der DVS. Als Elternzeitvertretung von Isabell Friess liegen seine Aufgabenfelder im Bereich Dorf- und Regionalentwicklung. In den vergangenen Jahren arbeitete der Geograf als Referent für Ländliche Entwicklung am Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Mit Neugier und Freude blickt er nun auf seine neuen Aufgaben bei der DVS. [chr]

i

**KONTAKT:**  
Christian Rößler  
Telefon: 0228 6845-3554  
christian.roessler@ble.de

### LANDINFORM SPEZIAL UND NEUE „CHANCE“

Im Dezember ist die fünfte Ausgabe der Sonderpublikation LandInForm Spezial zum Thema „Wertschöpfungskette Fleisch“ erschienen. Das Heft thematisiert die Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Metzgern, es stellt darüber hinaus landwirtschaftliche Praxisbetriebe vor, die selbst schlachten und vermarkten.

Der Sammelband „Chance! Demografischer Wandel vor Ort. Ideen, Konzepte, Beispiele“ ist in einer vollständig aktualisierten Neuauflage erschienen. Die Sonderveröffentlichung wird von der DVS, dem Bundesverband der Landgesellschaften, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag herausgegeben.



i

**SERVICE:**  
Bestellung unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellunglif](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellunglif)  
und  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie)

# Das war

## NETZWERKE(N) IM DORF UND IN DER REGION

Die DVS hat mit dem „Marktplatz für Dörfer“ ein neues Veranstaltungsformat eingeführt. Die Feuertaufe ist bestanden: Der Marktplatz soll künftig jährlich stattfinden.

Über 60 Akteure aus Dörfern und Regionen folgten am 22. und 23. September 2015 der Einladung der DVS und des Bundesverbandes Lebendige Dörfer und trafen sich zum ersten Marktplatz für Dörfer im UNESCO Biosphärenreservat Vessertal Thüringer Wald bei Suhl. Mit einem Mix aus verschiedenen interaktiven Methoden bot die Veranstaltung den Akteuren zahlreiche Möglichkeiten, sich kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen.

einig, dass die Eingliederung von Migranten in die Gesellschaft sowohl bei alteingesessenen als auch bei neuzugezogenen Dorfbewohnern Offenheit und ein Aufeinanderzugehen erfordert. Dabei ist es eine Herausforderung, individuelle Ängste und Vorbehalte gegenüber anderen Kulturen aus dem Weg zu schaffen. Regionale Zuwanderungskonzepte, runde Tische und die Unterstützung von Willkommenskreisen können den Dörfern dabei helfen, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Eine andere Gruppe beschäftigte sich mit den Stolpersteinen bei der Aktivierung und Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen. Über die zunehmende Zentralisierung der Institutionen im ländlichen Raum, die Demokratie weniger erlebbar macht, sprach eine andere Teilnehmergruppe. Es könnte helfen, dem entgegenzuwirken, indem Anlässe und Treffpunkte zum Austausch und zur Beteiligung gefunden werden.

Verschlechterte dörfliche Infrastrukturen, veränderte Lebensumstände und Neubürger können Herausforderungen für die Entwicklung einer regionalen Identität sein. Damit eine eigene Kultur und ein Zugehörigkeitsgefühl entstehen, schlugen die Veranstaltungsteilnehmer vor, das Ehrenamt und lokale Vereine zu stärken, dabei aber straffe Vereinsstrukturen aufzuweichen und eine offene Grundhaltung einzunehmen.

Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Themen Kommunikation und Dorfmoderation. Sie stellte fest, dass diese Prozesse in den Dorfgemeinschaften aus vielen Gründen nicht immer zufriedenstellend verlaufen: durch fragmentierte Interessensgruppen, einen Mangel an Gesprächsforen, geschlossene Gesprächskreise oder fehlenden Informationsfluss. Abhilfe kann eine genaue Analyse der Kommunikationswege und Probleme leisten, aber auch die professionelle Schulung der Multiplikatoren.

Die Teilnehmer waren sich einig: Der gegenseitige Austausch soll in Form von themenbezogenen Netzwerktreffen und Schulungen sowie Exkursionen zu erfolgreichen Projekten auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Die DVS erhielt den Auftrag, den „Marktplatz für Dörfer“ jährlich durchzuführen. [mok]



Die Teilnehmer präsentierten ihre Netzwerke auf Plakaten.

Dr. Stefan Höffken stellte die Bundestransferstelle Kleinere Städte und Gemeinden vor.

### Netzwerke stellen ihre Ideen und Ansätze vor

Insgesamt 34 Netzwerke, Bürgerinitiativen, Vereine, Arbeitsgemeinschaften und kleinere lokale Gruppen aus allen Teilen Deutschlands stellten ihre jeweiligen Ziele, Ideen, Ansätze und Projekte in den Bereichen Gesundheit, Verbesserung der Lebensqualität, Fachkräftesicherung, Bürgerbeteiligung und Integration vor. In den Präsentationen wurde deutlich, dass vielen Netzwerken besonders folgende Themen ein wichtiges Anliegen sind: Die Verbesserung der Lebensqualität, der Erhalt historischer Dorfstrukturen, Kommunikation und die Interessenvertretung der Dörfer und des ländlichen Raumes.

### Ergebnisorientierte Diskussionen im Dorf-Café

Die Akteure aus den Regionen legten selbst fest, welche Themen sie diskutieren wollen. Die Gesprächsthemen für das sogenannte Dorf-Café haben sich bei Einzelgesprächen im Speedmeeting und bei Kleingruppendiskussionen herauskristallisiert. Acht Gruppen bearbeiteten schließlich jeweils eines der ausgewählten Themen. Beim Thema Integration waren sich die Teilnehmer



#### SERVICE:

Dokumentation und Informationen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung)

#### KONTAKT:

Moritz Kirchesch  
 DVS  
 Telefon: 0228 6845-3968  
[moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de)



## LEADER TAUSCHT SICH AUS

LEADER-Akteure aus ganz Deutschland trafen sich zum ersten Mal in der neuen Förderphase.

Der Austausch über LEADER in Deutschland und Europa sowie die Vernetzung standen beim bundesweiten Treffen der Regionalmanagements und anderer LEADER-Akteure vom 26. bis 28. Oktober 2015 im hessischen Willingen (Upland) im Vordergrund. Die Diskussionen in den Fachforen drehten sich rund um die Frage, welche Rolle LEADER bei wichtigen Themen der ländlichen Entwicklung wie Willkommenskultur, Tourismus, Fachkräftemangel oder Energiewende spielen kann, wie weitreichendes, bürgerschaftliches Engagement gelingt und wie Dörfer attraktiv bleiben. Alle Fachforen waren sich einig: Die Bedeutung von LEADER liegt in der Vernetzung, Kooperation und im integrativen Ansatz.

Projekte zwischen den Regionalmanagements wünschen und dass sie Veranstaltungen schätzen, die mit Exkursionen kombiniert werden. Am Nachmittag des ersten Tages wurden dementsprechend bei strahlendem Sonnenschein Exkursionen in vier verschiedene LEADER-Regionen unternommen, die den Teilnehmern Einblicke in eine Vielzahl von Projekten gewährten. Sie besuchten unter anderem eine gemeinschaftlich betriebene Apfelkellerei, eine Ehrenamtskneipe, ein Kultur- und Malzentrum und ein Geotop.

Der zweite Tag begann mit der Vorstellung des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) und den damit verbundenen Fördermöglichkeiten. In einer Podiumsdiskussion mit Vertretern von Lokalen Aktionsgruppen und Ministerien stand das Thema Projektauswahlkriterien im Mittelpunkt, denn die Projektauswahl hat in aktuellen Förderperiode bereits für viel Diskussionsstoff gesorgt. [awr]



**KONTAKT:**  
Anke Wehmeyer  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3841  
anke.wehmeyer@ble.de

Um auch weiterhin eine praxisnahe Unterstützung anbieten zu können, fragte die DVS auf einem sogenannten Marktplatz nach den Wünschen der LEADER-Akteure. Die Teilnehmer haben deutlich gemacht, dass sie sich mehr Austausch über konkrete

## NEUES HANDWERKSZEUG FÜRS REGIONALMANAGEMENT

Rund 90 Regionalmanager, Mitglieder Lokaler Aktionsgruppen sowie Vertreter anderer Netzwerke trafen sich vom 24. bis 27. November in Göttingen, um neues Handwerkszeug für ihre tägliche Arbeit zu erlernen. Zur Auswahl standen fünf eineinhalbtägige Schulungen – zur Beratung von Projektträgern, zur Rolle des Regionalmanagements, zu Moderation, zur Öffentlichkeitsarbeit sowie zu sozialen Medien. Darüber hinaus boten die Pausen und Abende viele Möglichkeiten zum fachlichen Austausch und um Kollegen wiederzutreffen. Wegen der erfreulich guten Resonanz wird die Veranstaltung im kommenden Jahr wieder angeboten. [stm]



## AUCH KÜNFTIG NAH UND GUT VERSORGT

Aktive aus dem Schweinfurter Land und seinen Kommunen diskutierten am 29. September 2015 bei einem Workshop in Geldersheim über die Zukunft der Nahversorgung in ihrer Region. Auf Grundlage einer regionalen Bestandsaufnahme sollen zukünftig abgestimmte und auf die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden angepasste Maßnahmen umgesetzt werden, wie etwa verstärktes Marketing, eine bessere mobile Versorgung und flexible Mobilitätslösungen. [stk]



**SERVICE:**  
Dokumentation und Informationen zur Workshop-Reihe:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop)

**KONTAKT:**  
Stefan Käemper  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3722  
stefan.kaemper@ble.de

**SERVICE:**  
Dokumentation und Schulungsunterlagen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen)

**KONTAKT:**  
Stephanie Müller  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3998  
stephanie.mueller@ble.de

# Das kommt



## WIDERSTANDSFÄHIGE DÖRFER

DVS-Veranstaltung beim Zukunftsforum  
Ländliche Entwicklung am 21. Januar 2016

Lebendige Dörfer sind ein Pfund, mit dem ländlich geprägte Regionen wuchern können. Wie aber behaupten sich Dörfer vor dem Hintergrund der zunehmenden Zentralisierung von Funktionen? Gibt es noch eine politische Selbstbestimmung, wenn immer größere politische Einheiten gebildet werden? Und wie sieht eine Beteiligungskultur aus, die Menschen dazu befähigt, das Schicksal ihrer Dörfer selbst in die Hand zu nehmen? Diese Fragen stehen im Zentrum der gemeinsam mit der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und

der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAGLAG) geplanten Veranstaltung „Resiliente Dörfer – Eigenständigkeit, Selbstbestimmtheit und Beteiligungskultur in schrumpfenden Regionen“, die beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin stattfindet. Angeregt durch pointierte Impulse von Praktikern und Wissenschaftlern können Teilnehmer miteinander ins Gespräch kommen und kontrovers diskutieren. [stk]



**SERVICE:**  
Programm und Anmeldung unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum)

**KONTAKT:**  
Stefan Kämper  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3722  
[stefan.kaemper@ble.de](mailto:stefan.kaemper@ble.de)



**SERVICE:**  
Weitere Informationen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/energiewende](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/energiewende)

**KONTAKT:**  
Stephanie Müller  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3998  
[stephanie.mueller@ble.de](mailto:stephanie.mueller@ble.de)

## ENERGIEWENDE REGIONAL UND LOKAL

Die DVS lädt am 15. und 16. März 2016 zur Veranstaltung „Regionen stärken, Klima schützen – mit Energie!“ ein. Praxisbeispiele sollen zeigen, wie sich die Energiewende mit LEADER voranbringen und die regionale Wertschöpfung steigern lässt. In Fachforen werden Möglichkeiten diskutiert, wie LEADER beispielsweise durch Bildungsmaßnahmen oder Kooperationsprojekte, aber auch in einzelnen Bereichen wie Mobilität oder Tourismus einen Beitrag zur Energiewende leisten kann. Darüber hinaus werden einige Fördermöglichkeiten außerhalb von LEADER vorgestellt und eine Exkursion durchgeführt. Der Veranstaltungsort wird in Kürze bekanntgegeben. [stm]



## NATURSCHUTZLEISTUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Landwirtschaft und Naturschutz lassen sich verbinden – das zeigen Praxiserfahrungen aus vielen Regionen Deutschlands. Insbesondere die Landschaftspflege kann der Landwirtschaft den Ansporn und die Perspektive bieten, den Schutz der Biodiversität zum eigenen Auftrag zu machen.

Wie der Beitrag der Landwirtschaft zum Schutz der Artenvielfalt in der Kulturlandschaft zukünftig aussehen kann, damit befasst sich die Tagung „Erfahrungen und Perspektiven des bäuerlichen Naturschutzes in Deutschland“. Die DVS und der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) laden hierzu am 18. Februar 2016 in das Umweltforum Berlin ein. [jaf]



**SERVICE:**  
Weitere Informationen in Kürze unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen)

**KONTAKT:**  
Dr. Jan Freese  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3477  
[jan.freese@ble.de](mailto:jan.freese@ble.de)



## NEUES JAHR, NEUES PROGRAMM

Jetzt ist es amtlich: Der Begleitausschuss des Nationalen Netzwerks Ländlicher Raum hat das DVS-Programm genehmigt.

Neben den etablierten Medienangeboten – abgesehen von LandInForm sind dies der Newsletter „landaktuell“, die Website [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de) sowie unregelmäßig erscheinende Publikationen – hat die DVS vor allem Veranstaltungen für das breite Spektrum der ländlichen Entwicklung im Programm. Alles wird mit Mitteln aus dem ELER gefördert.

### Vielfältige Angebote für vielfältige Akteure

Die LEADER-Regionen gehen in die aktive Phase – die DVS bietet ihnen Schulungen für Regionalmanager, LAG-Mitglieder sowie Akteure kommunaler und regionaler Netzwerke an. Aktuell ist für die DVS das Thema Integration. Die Dynamik, die durch die Zuwanderung und den damit verbundenen Integrationsaufgaben entsteht, wird die Arbeit vieler Akteure zukünftig beeinflussen. Für April 2016 ist deshalb eine Veranstaltung geplant, die das Konflikt- und Entwicklungspotenzial in diesem Feld aufgreift und auf der DVS-Website ist ein neues Angebot entstanden. Daneben bearbeitet die DVS fortlaufende Themen: Etwa, wie es gelingt, Jugendliche langfristig in der Region zu binden. Im Herbst 2015 findet der zweite Marktplatz der Dörfer sowie das nächste bundesweite LEADER-Treffen statt (siehe dazu Seite 7) und im Sommer 2016 begleitet die DVS im Rahmen von zwei Workshops eine Region bei der Planung ihres Mobilitätskonzepts. Bei manchen Angeboten müssen Akteure selbst aktiv werden: Den Veranstaltungsort und die Teilnehmer für die dezentralen Workshops suchen regional Aktive selbst – die DVS bringt praktische Inhalte, Referenten und Trainer mit. Es gibt bereits die Workshops „Kollegiale Beratung“ sowie „Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels“ zu drei verschiedenen Schwerpunkten.

Als neues Angebot kommt die Reihe „Naturschutz in der Agrar- und Kulturlandschaft mit dem ELER finanzieren“ hinzu.

### Schutz der Agrobiodiversität neu definieren

Fünf der sechs Prioritäten des ELER haben einen starken Bezug zur Landwirtschaft und der Schutz öffentlicher Güter hat Gewicht bei der Förderung. Die DVS arbeitet deshalb dauerhaft an der Frage, was die Landwirtschaft zum Erhalt der natürlichen Ressourcen, der biologischen Vielfalt und zum Schutz des Klimas beitragen, aber auch wie die Landwirtschaft die Anpassung an den Klimawandel bewältigen kann. Im Jahr 2016 wird das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Agrobiodiversitätsstrategie aus dem Jahr 2007 überarbeiten. Die DVS will diesen Prozess begleiten und plant eine Auftaktveranstaltung sowie zwei Exkursionen zu den Themen „Biodiversitätserhalt durch Grünlandnutzung“ sowie „Biodiversitätsschutz in Ackerbauregionen“. Anfang 2017 soll der Workshop „Berater beraten Berater“ dazu beitragen, integrierte Ansätze für die einzelbetriebliche Naturschutz-Beratung stärker als generelles Angebot zu verankern.

### EIP-Akteure werden vernetzt

In den Bundesländern hat die Umsetzung der Europäischen Innovationspartnerschaften landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (EIP-Agri) begonnen. Die DVS bietet den Innovationsdienstleistern, die in den meisten Ländern als Mittler zwischen Verwaltung und den projektentwickelnden und umsetzenden Operationellen Gruppen (OGs) arbeiten, von nun an ein- bis zweimal jährlich einen Workshop mit begleitender Exkursion an. Auch für die OGs selbst wird es ein erstes Treffen auf Bundesebene geben. [jas]

### i

#### SERVICE:

Vormerken! Für März 2016 plant die DVS eine Veranstaltung zum Thema „Förderung in der Regionalentwicklung“, bei der verschiedene Finanzierungsquellen und praktische Anwendungsbeispiele vorgestellt werden.

Detaillierte Informationen zu allen Veranstaltungen erscheinen im Laufe des Jahres auf unserer Website: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen)

#### KONTAKT:

Dr. Jan Swoboda  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3956  
[jan.swoboda@ble.de](mailto:jan.swoboda@ble.de)

Vom ersten Tag an bekommt ein Flüchtling in der Gemeinde einen ehrenamtlichen Paten als Ansprechpartner zur Seite gestellt. [\\_Seite 21](#)

Langfristig entscheidend ist der Ausbau einer Anerkennungs- und Willkommenskultur – eine echte Querschnittsaufgabe. [\\_Seite 16](#)



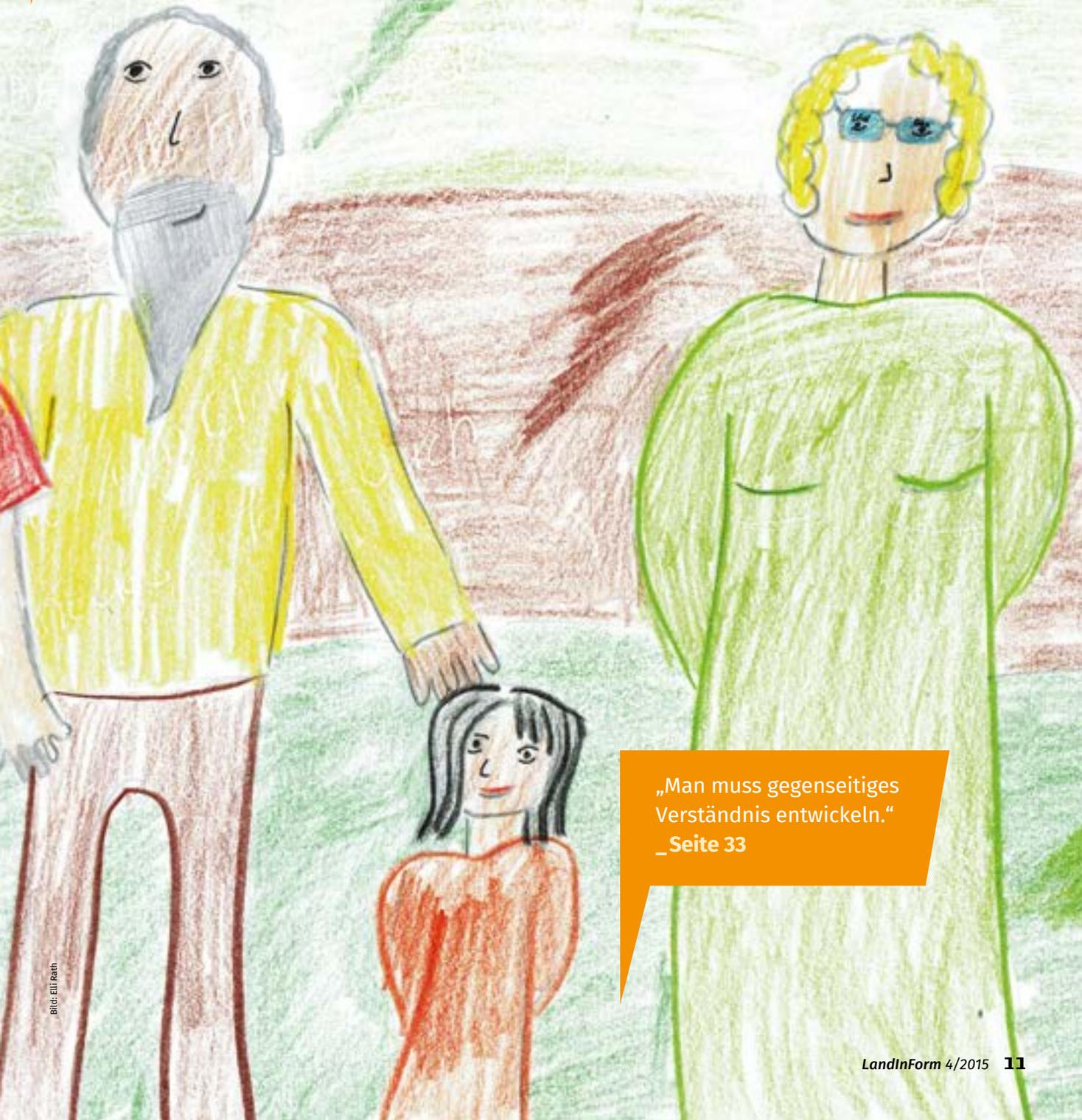
IM FOKUS

# Zuwanderung – Chance und Aufgabe

„Grundsätzlich denke ich, dass die Strukturen in kleinen Kommunen für die Integration von Zuwanderern prädestiniert sind ...“ \_Seite 24

Der Arbeitgeber half bei Behördengängen und Vertragsabschlüssen und unterstützte die Familien, etwa bei der Suche nach Plätzen in Kindereinrichtungen. \_Seite 29

„Man muss gegenseitiges Verständnis entwickeln.“ \_Seite 33



# Chance und Herausforderung

Ländliche Regionen brauchen eine aktive Integrations- und Migrationspolitik, um angesichts des demografischen Wandels, struktureller Herausforderungen und Zuwanderung ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. [VON FRANK GESEMANN]

Im Fokus der öffentlichen Debatte zu Migration und Integration stehen zumeist die Bundesebene oder einige Großstädte. Seit Ende des vergangenen Jahrzehnts beschäftigen sich einige Forschungsvorhaben auch mit Integrationspotenzialen in ländlichen Regionen und haben erstmals systematisch deren Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten analysiert.

## Was ländliche Integration beeinflusst

Die Nähe und Intensität des Zusammenlebens auf dem Land, die Kommunikation und Kooperation erleichtert, sowie die Überschaubarkeit des lokalen Raumes können dazu beitragen, dass sich Vertrauen und Verständnis zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern entwickeln. Dabei ist sowohl die Anzahl von Migranten in ländlichen Regionen als auch ihr Anteil an der Bevölkerung meist geringer als in Städten. Eine Schlüsselrolle bei der Integration kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren wie ehrenamtlich Engagierten, Vereinen und kirchlichen Gemeinden zu. Speziell auf Migranten zugeschnittene Angebote und Engagementformen sind allerdings wenig vielfältig. Zudem sind Migranten in Kleinstädten nur selten am kommunalen Geschehen beteiligt und meist nicht so gut selbstorganisiert wie es in Ballungszentren mit mehr Menschen einer ethnischen Gruppe der Fall ist. Außerdem spielen Größe und Lage von Kommunen, demografische und ökonomische Rahmenbedingungen sowie die lokale Migrationsgeschichte eine Rolle.

## Chance im demografischen Wandel

Die Zahl der Erwerbspersonen wird deutschlandweit aufgrund des Geburtenmangels und des Alterungsprozesses der Bevölkerung bis 2030 um etwa 12,5 Prozent, also etwa 6,7 Millionen schrumpfen. Vielen ländlichen Regionen fehlen bereits heute Fachkräfte, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich.

Bundesweit versuchen Hunderte von Netzwerken aus Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft, die regionale Fachkräftebasis zu sichern. Zu den Handlungsfeldern gehören vielfach Themen aus dem Bereich Migration und Integration wie die bessere Erschließung der Potenziale insbesondere von jungen Migranten, die Förderung einer gezielten Zuwanderung von in- und ausländischen Fachkräften, die Vermarktung der Region als attraktiver und zukunftsfähiger Arbeits- und Lebensort sowie die Verbesserung der lokalen Anerkennungs- und Willkommenskultur. Zuwanderer selbst leisten zudem einen Beitrag, um die Attraktivität ländlicher Regionen zu steigern, denn sie mildern die Folgen des demografischen Wandels: So verjüngen Familien mit Kindern die Bevölkerung und stabilisieren Strukturen; mancherorts konnten bereits Schulen durch Zuzug erhalten werden. Vereine und Kirchen gewinnen neue Mitglieder und Leerstände können vermieden oder abgebaut werden.

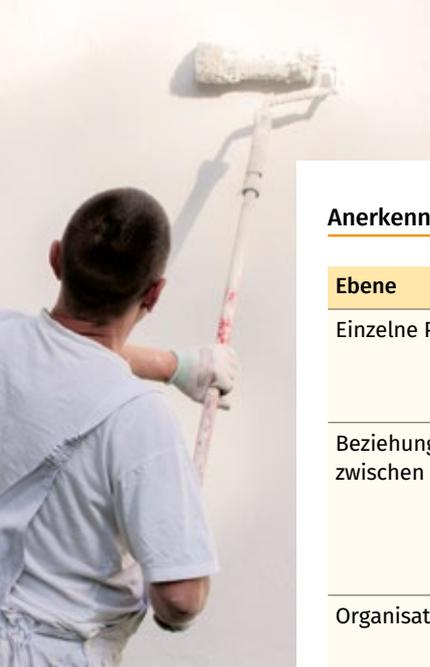
Um die mit der Zuwanderung verbundenen Potenziale optimal zu erschließen, gilt es, die Migrations- und Integrationspolitik strategisch

zu verankern, zentrale Akteure zu vernetzen sowie das Engagement und die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen einer Region zu fördern. Es geht darum, eine Anerkennungs- und Willkommenskultur zu etablieren.

## Interkulturelle Öffnung

Das beginnt mit der Anpassung öffentlicher Dienstleistungen an die Bedürfnisse einer sozial und kulturell vielfältiger werdenden Gesellschaft. Eine empirische Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) zum Stand der kommunalen Integrationspolitik aus dem Jahr 2012 zeigt allerdings, dass das Thema noch nicht überall angekommen ist. Von 228 befragten Kommunen maßen nur etwa 23 Prozent der Kleinstädte der interkulturellen Öffnung eine hohe Bedeutung zu, bei den Landkreisen waren es knapp 33 Prozent, bei den Großstädten dagegen rund 66 Prozent. Dabei bedeutet interkulturelle Öffnung nicht nur, dass die Beschäftigten Verständnis für verschiedene Kulturen entwickeln. Es geht auch darum, intern eine Organisationskultur aufzubauen, die neue Angebote, Kommunikationsformen und Verfahren entwickelt sowie mehr Menschen mit Migrationshintergrund mit kommunalen Aufgaben betraut.

Dabei ist die überschaubare Größe von Verwaltungen in Klein- und Mittelstädten ein Potenzial. Die Abstimmung zwischen verschiedenen Fachverwaltungen ist eher möglich als in Großstädten, die Ziele können schneller kommuniziert werden und die Verwaltung kann insgesamt flexibler reagieren. Zudem liegt die



## Anerkennungs- und Willkommenskultur: Ebenen – Ziele – Handlungsansätze

Ebene	Ziele	Handlungsansätze
Einzelne Person	Offene, möglichst vorurteilsfreie und selbstreflexive Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Zuwanderern	Vorurteile und Diskriminierung bekämpfen Toleranz und Wertschätzung von Vielfalt fördern
Beziehungen zwischen Personen	Prinzipielle Offenheit, interkulturelle Kompetenz von Alteingesessenen und Migranten, Bereitschaft und Fähigkeit zu Kommunikation und Kooperation „auf Augenhöhe“	Sprach- und Kommunikationskompetenzen fördern, Begegnungen zwischen Alteingesessenen und Zuwanderer fördern
Organisationen	Offenheit gegenüber neuen Mitgliedern, Anerkennung und Wertschätzung des Beitrags von Zuwanderern, Kommunikation von Offenheit und Wertschätzung von Vielfalt als Merkmale der Organisation	Interkulturelle Kompetenzen der Mitglieder fördern, Mitglieder mit Migrationshintergrund gewinnen, Zuwanderer auf allen Ebenen der Organisation einbeziehen
Gesellschaft	Selbstverständnis der Gesellschaft als Einwanderungsgesellschaft, Anerkennung der beruflichen Qualifikationen der Zuwanderer, Anerkennung und Wertschätzung der kulturellen und religiösen Potenziale von Zuwanderern	Gemeinsames Leitbild „Vielfalt“ entwickeln und etablieren, Potenzialorientierte Migrations- und Integrationspolitik verankern, Engagement von Zuwanderern fördern und Migrantenorganisationen einbinden, Zuwanderung und Vielfalt wertschätzend kommunizieren

Quelle: DESI

Verantwortung häufig in der Person eines Bürgermeisters oder Landrats – er kann Integration zur Chefsache seiner Verwaltung machen. Darüber hinaus zeichnen sich kleine Verwaltungen häufig durch persönliche Kontakte und Bürgernähe aus, die dafür genutzt werden können, eine regionale Willkommens- und Anerkennungskultur zu schaffen.

Allerdings zeigt sich, dass Kommunen in ländlichen Regionen häufig nicht als Impulsgeber fungieren, da sie die lokale Vielfalt sehr viel weniger widerspiegeln als Unternehmen, Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände oder Vereine. In vielen Verwaltungen von Klein- und Mittelstädten und insbesondere im ländlichen Raum gibt es einen großen Nachholbedarf beim Umgang mit Vielfalt. Es gilt, eine aktive und strategisch ausgerichtete Integrationspolitik zu entwickeln, die über die Verwaltung hinauswirkt und zentrale Akteure einbezieht.

### Anerkennungs- und Willkommenskultur

Seit einiger Zeit zeigt sich ein Perspektivenwechsel in der Integrationspolitik. Es werden nicht mehr nur migrationsbedingte Probleme thematisiert, sondern die Kompetenzen und Potenziale von Zuwanderern rücken in den Vordergrund.

Dabei gilt die Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur als Schlüssel für einen potenzialorientierten Umgang mit Vielfalt, insbesondere um attraktive Arbeits- und Standortbedingungen für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften zu schaffen. Damit verschiebt sich die Debatte von dem, was Zuwanderer leisten sollen, um sich besser zu integrieren, hin zu der Frage, was Staat und Gesellschaft unternehmen können, um Zuwanderung und Vielfalt stärker als Bereicherung anzuerkennen und wertzuschätzen.

Während der Begriff der „Anerkennungskultur“ im Sinne einer „nachholenden Willkommenskultur“ die anerkennende Wertschätzung der bereits Zugewanderten durch die Aufnahmegesellschaft in den Fokus rückt, zielt der Begriff der Willkommenskultur auf Angebote sowie eine gesellschaftliche Atmosphäre, die Zuwanderern die Entscheidung für und die Integration in Deutschland erleichtert. So interessieren sich hochqualifizierte Neuzuwanderer vor allem dann für einen langfristigen Aufenthalt in Deutschland, wenn sie hier auf eine ausgeprägte Anerkennungskultur und eine offene Gesellschaft treffen. Im Kern geht

es also darum, ein neues Verständnis von örtlicher Gemeinschaft zu entwickeln, das Alteingesessene, Zugewanderte und neu Zuwandernde umfasst (siehe Grafik).

### Perspektiven

Damit Zuwanderung als Chance im demografischen Wandel genutzt werden kann, gilt es, die Migrations- und Integrationspolitik mit zentralen kommunalen Handlungsfeldern wie Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen, Engagement und politischer Teilhabe zu verzahnen. Dazu müssen auch die Bildungserfolge von Zuwanderern verbessert und ihre Erwerbsbeteiligung erhöht werden. Um Erwerbstätige durch Zuzug zu gewinnen, müssen ländliche Kommunen ein Leitbild „Vielfalt“ entwickeln und nach außen tragen. Ohne eine strategisch ausgerichtete Integrations- und Diversitätspolitik kann eine Anerkennungs- und Willkommenspolitik nicht mit Leben gefüllt werden.



**KONTAKT:**  
Dr. Frank Gesemann  
Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)  
Telefon: 030 81486502  
info@desi-sozialforschung-berlin.de  
www.desi-sozialforschung-berlin.de

# Wer kommt aufs Land?

Eigentlich eine Win-win-Situation: Ländliche Regionen könnten Zuwanderung gut gebrauchen, gleichzeitig wird Deutschland bei Zuwandernden immer beliebter.

Aber wollen diese Menschen auch in den ländlichen Raum? [VON ANJA RATH]

Im Jahr 2014 kamen laut Statistischem Bundesamt rund 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland, während etwas mehr als 914 000 Personen fortzogen. Das ist ein Wanderungsüberschuss von rund 550 000 Personen und die höchste Zuwanderung seit 1992. Die Zuwanderung nimmt aufgrund des aktuellen Zustroms von Asylsuchenden weiter zu: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ging im August von bis zu 800 000 Flüchtlingen im Jahr 2015 aus. Ob sie langfristig in Deutschland bleiben können und wollen, lässt sich nicht abschätzen. Rückblickende Aussagen zur längerfristigen Zuwanderung von Migranten macht der letzte Migrationsbericht der Bundesregierung: Im Jahr 2012 blieben vor allem Zuwanderer aus dem ost- und südeuropäischen Raum nach ihrer Einreise für mehr als ein Jahr in Deutschland. Allein etwa 280 000 Zuwanderer von insgesamt rund 530 000 kamen aus Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Knapp 62 000 Menschen wanderten aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal ein, um längerfristig zu bleiben. Auch der Anteil von Zuwanderern aus dem außereuropäischen Raum hat zugenommen, vor allem aus China, Russland, Syrien und Indien. Es kamen übrigens auch 10 500 US-Amerikaner nach Deutschland. Doch zogen all diese Menschen aufs Land?

## Große bis kleine Städte

„Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaften für das Jahr 2012 zeigen, dass die Regionen in Deutschland sehr unterschiedlich von der aktuellen Zuwanderung profitieren“, sagt Frank Gesemann vom Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. „Zuwanderer zieht es zumeist in Orte, in denen es eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, günstige

Wohnbedingungen und eng geknüpfte Unterstützungsnetzwerke gibt.“ So haben Großstädte und Ballungsräume hohe Zuwanderungsraten, strukturschwache Regionen sind dagegen wenig attraktiv für Zuwanderer. „In Süddeutschland weisen viele ländliche Regionen einen deutlich positiven Außenwanderungssaldo auf, der vor allem mit der dortigen starken Nachfrage nach Fachkräften zusammenhängen dürfte“, so Gesemann. Betrachtet man die Zuwanderung seit der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1950er- und 1960er-Jahren, so erkennt man, dass sich Migranten und ihre Nachkommen insbesondere in den städtischen Ballungsregionen der alten Bundesländer konzentrieren. „Im europäischen Vergleich fällt allerdings auf, dass es in Deutschland kein einzelnes, ausgeprägtes Zentrum der Ansiedlung gibt, sondern dass sich Zuwanderer auf eine Vielzahl von Städten verteilen“, sagt Gesemann. „Die Zuwanderung und lokale Zuweisung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen hat dieses dezentrale Verteilungsmuster seit den 1990er-Jahren noch verstärkt.“

## Regionale Unterschiede

Um qualitative Aussagen über die Verteilung von Zuwanderern in ländlichen Räumen zu gewinnen, hat der Sozialwissenschaftler die Daten aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes 2013 ausgewertet. Danach lebte mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (55,8 Prozent) in Städten und Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern. Der durchschnittliche Anteil dieser Bevölkerungsgruppe lag in Mittelstädten bei rund 22 Prozent, in Kleinstädten bei knapp 16 Prozent und in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern bei knapp neun Prozent.

## Bevölkerung mit Migrationshintergrund am Beispiel einiger Modell-Regionen aus dem Fördervorhaben Land(auf)Schwung

### Migrationshintergrund 2011:

	Landkreis Rügen (MV)	Landkreis Wittmund (NI)
Bevölkerungszahl (absolut) ≈	65 000 Einwohner	57 000 Einwohner
Anteil Bevölkerung ohne	97,5 %	93,5 %
Anteil Bevölkerung mit	2,5 %	6,5 %

### davon aus\*

	Landkreis Rügen (MV)	Landkreis Wittmund (NI)
Russische Föderation	15,8 %	14,1 %
Kasachstan		23,6 %
Polen		11,9 %
Türkei		13,0 %
Italien		
Österreich		
Rumänien		

\* ausgewählte Gruppen



Die lokalen Voraussetzungen für Integration in den Städten und Gemeinden unterscheiden sich allerdings erheblich. Das zeigt beispielsweise ein Blick auf die Förderregionen des aktuellen Modellvorhabens „Land(auf)Schwung“: Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reicht in den 13 ausgewählten strukturschwachen ländlichen Regionen von zwei Prozent im Thüringer Landkreis Greiz bis zu knapp 20 Prozent im baden-württembergischen Landkreis Sigmaringen. Woher diese Zuwanderer kommen, unterscheidet sich regional (siehe Abbildung). Die Motive dafür, warum Menschen nach Deutschland einwandern, reichen von dem Wunsch, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder eine Ausbildung zu absolvieren über den Familiennachzug bis zur Rückkehr von Aussiedlern und dem Antrag auf Asyl. „Die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten hinsichtlich der Wohnortwahl von Zuwandernden sind auf die Zuweisung bestimmter Gruppen wie Asylbewerber, Aussiedler und Spätaussiedler begrenzt und wirken zumeist temporär“, sagt Gesemann. Ein Forscherteam der Universität Saarland und des Leibniz-Instituts für Länderkunde hat 2010 und 2012 Migranten in Ostsachsen und dem Saarland befragt. Ein Ergebnis ist, dass insbesondere jene Zuwanderer den ländlichen Raum bevorzugen, die selbst einen ländlichen Lebensstil pflegen. Letztendlich entscheiden sich Zuwanderer für den Ort, an dem sie für sich eine Perspektive sehen.

### Beispiel Heidekreis

Carsten Schlüter arbeitet seit rund 20 Jahren als Berater des Jugendmigrationsdienstes im Diakonischen Werk Walsrode im niedersächsischen Heidekreis (siehe Interview auf Seite 25) und hat dabei ein widersprüchliches Phänomen beobachtet: Einerseits sind Migranten bereit, weiterzuziehen. „Wer schon einmal gegangen ist und seinen Weg ohne Trauma geschafft hat – das gilt für die meisten –, der traut sich auch, nochmals woanders anzufangen“, so Schlüter. Andererseits sind bei Zugewanderten die familiären Bindungen häufig sehr ausgeprägt. „Der familiäre Rückhalt ist oft die Voraussetzung dafür, dass man ankommen und sich zurechtfinden kann. Das heißt auch, dass Migrantenfamilien zusammenbleiben und mehrere Generationen unter einem Dach leben.“

Den größten Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellen im Heidekreis russlanddeutsche Aussiedler, die zwischen 1990 und 2005 eingewandert sind. Viele von ihnen sind geblieben, haben sich den Wunsch nach einem eigenen Haus erfüllt und waren dabei zu erheblichen Abstrichen bereit: „Viele brachten eine gute berufliche, nicht selten auch eine akademische Vorbildung aus ihrem Herkunftsland mit, zeigten eine hohe Konzessionsbereitschaft und nahmen

Tätigkeiten an, die deutlich unter ihrem Qualifikationsniveau sowie ihrem eigentlichen Potenzial lagen.“ Dagegen waren unter den jesidischen Kurden, die in den 1990er-Jahren verstärkt als Flüchtlinge aus der Türkei in den Heidekreis kamen, auch Analphabeten. Seit 2013 ist die Zahl von Asylsuchenden erneut angestiegen. Nach Schlüters bisheriger Erfahrung hat etwa ein Drittel von ihnen eine Aussicht auf sicheres, dauerhaftes Bleiberecht – darunter viele junge Menschen. Welche Perspektiven haben sie?

„Allgemein ist der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Förderschulen und Hauptschulen höher als bei jenen ohne, es brechen auch mehr junge Migranten die Schule ab“, fasst Schlüter Ergebnisse eines kreisweiten Bildungsmonitorings aus dem Jahr 2014 zusammen. „Und wenn sie gleichwertige schulische oder berufliche Abschlüsse haben, fällt es ihnen bisher schwerer, adäquate Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu finden.“ Einige schaffen den Sprung in die akademische Laufbahn – und verlassen das Land. „Im Heidekreis gibt es keinen tertiären Bildungssektor. Die Folge: Viele der besten jungen Leute gehen und kommen zumeist nicht mehr zurück, das gilt auch für junge Migranten“, so Schlüter.

### Konkurrenz um qualifizierte Zuwanderer

Auch viele der aktuell Zuwandernden sind gut ausgebildet: Laut Statistischem Bundesamt haben knapp 44 Prozent der seit 2011 Zugezogenen einen Hochschulabschluss. Zum Vergleich: Etwa 24 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund hatten 2014 die gleiche Qualifikation. Gleichzeitig ist der Anteil von Menschen ohne Schul- oder Berufsausbildung deutlich höher als in der deutschen Bevölkerung.

Dabei weist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund – also all jene Menschen, die seit den 1950er-Jahren nach Deutschland eingewandert sind – laut dem Migrationsbericht 2013 eine stabile demografische Verteilung auf: Etwa ein Drittel ist zwischen 25 und 45 Jahren alt; jeweils ein Drittel ist älter oder jünger. Anders die demografische Verteilung der Deutschen ohne Migrationshintergrund: Weniger als ein Viertel sind zwischen 25 und 45 Jahre alt, der Anteil der Älteren beträgt rund 55 Prozent.

### SERVICE:

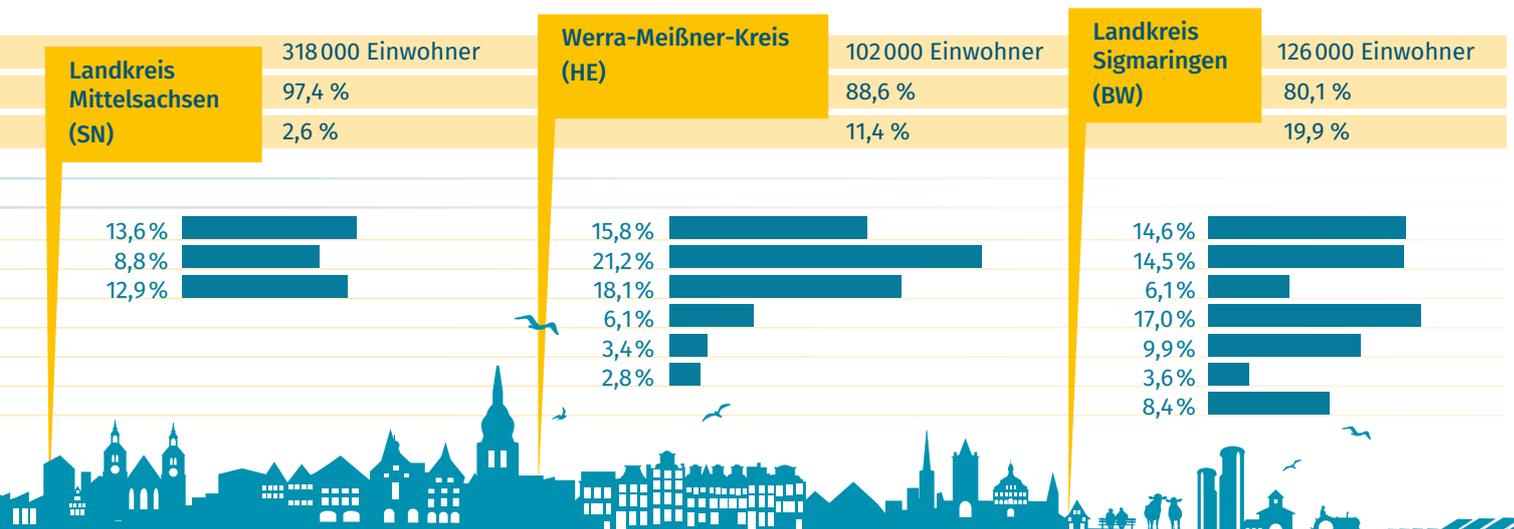
Daten und Publikationen zu Bevölkerungsentwicklung, Migration und Integration:

// Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

// Bundesamt für Statistik: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

// Zensus-Daten: [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de)

Illustration: JSigm/foecelia.com



# Querschnittsaufgabe für Kommunen

Integration zu unterstützen sowie eine Anerkennungs- und Willkommenskultur zu schaffen, sind kommunale Aufgaben. Wie können sie bewältigt werden?

[VON HUBERT HEGELE UND AIKE VAN DOUWE]

Migranten sind eine Chance, um in der Zukunft den demografischen Wandel aufzuhalten und die Wirtschaft zu stärken. Integration kann jedoch nicht gelingen, wenn sich nur einzelne Ämter einer Gemeinde dafür engagieren: Gegenseitige Unterstützung und Vernetzung sind nötig. Um Zuwanderer und Flüchtlinge erfolgreich zu integrieren, gilt es, eine umfangreiche Integrationspolitik zu etablieren, die die Wohnsituation, Bildung, den Arbeitsmarkt, das Ehrenamt, Infrastrukturmaßnahmen, Versorgungssicherheit und das soziale Miteinander berücksichtigt.

## Chance und Herausforderung

„Wir sind am Ende der Fahnenstange angekommen. Mehr geht nicht!“, fasste Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags und Deggendorfer Landrat, die kommunale Situation angesichts des aktuellen Zustroms an Flüchtlingen Anfang Oktober 2015 zusammen. Dabei steht die eigentliche Aufgabe noch an: Trotz Überbelastung der ehrenamtlichen Helfer, trotz Überstunden in kommunalen Ämtern und Behörden darf das Engagement nicht nur kurzfristig sein, wenn sich Zuwanderer als Teil der neuen Heimat wahrnehmen sollen. Langfristig bedeutsam und entscheidend ist der Ausbau einer Anerkennungs- und Willkommenskultur. Dabei sind alle Teile der Gemeinde gefragt – eine echte Querschnittsaufgabe. Je nach Größe der Kommune ist die Integration von Migranten dabei unterschiedlich umzusetzen. Jede Kommune entscheidet auf Basis der ihr zur Verfügung stehenden

Möglichkeiten immer wieder neu, je nachdem, welche Gestaltungsmöglichkeiten sie hat und welche Handlungsansätze es gibt.

Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, die mannigfaltigen sektoralen Aufgaben in ein stimmiges Ganzes zusammenzuführen. Im Laufe des Integrationsprozesses müssen die verschiedenen kommunalen Tätigkeitsfelder miteinander verbunden werden. Es gilt, folgende Elemente zu beachten und miteinander zu verschränken:

- // Soziales: Jugend, Familie, Asyl, sozialer Wohnungsbau, bürgerschaftliches Engagement
- // Finanzen: Wirtschafts- und Infrastrukturförderung, Finanzierung der benötigten Maßnahmen, eventuell Öffentlicher Personennahverkehr, Haushaltsplanung
- // Umwelt: Nachhaltigkeit, Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, Grünflächen
- // Bildung: Ausbildung, Schulen, Kindertagesstätten, kulturelle Bildung
- // Kultur: Migration, Interkulturelles, Religionen, Kulturveranstaltungen
- // Gemeinde-/Stadtplanung: Regionalplanung, Bauordnung, Bauplanung, Hoch- und Tiefbau, Sanierung
- // Ordnungswesen: Sicherheit, Kriminalprävention, Gesundheit, Heimaufsicht, Brand- und Katastrophenschutz

## Zusammenarbeit koordinieren

Die kommunale Querschnittsaufgabe besteht nicht nur darin, die jeweiligen sektoralen Amtsbereiche

miteinander zu verbinden, sondern zudem einen standardisierten Ablauf in Gang zu setzen. Je nach Größe der Kommune können dafür eine oder mehrere Personen als Integrationsmanager etabliert werden: klare Ansprechpartner, die das jeweils nötige Wissen von den sektoralen kommunalen Bereichen zielführend für das Thema Integration bündeln und Strukturen etablieren. So lassen sich beispielsweise mithilfe runder Tische einfach umzusetzende Handlungsspielräume schaffen. Die einzelnen Kommunikations- und Abstimmungsinstanzen sollten in standardisierte Prozesse überführt werden, um sie zukünftig einfach und kostengünstig einsetzen zu können.

Neben den kommunalen Prozessen müssen die vorherrschenden lokalen Werte der ansässigen Bevölkerung berücksichtigt werden. Für eine gelungene Integration ist es wichtig, das Verhalten, die Wünsche und Sorgen der Bürger zu kennen, um eine erfolgreiche Einbindung der ankommenden Menschen in die vorhandenen Wertvorstellungen zu gewährleisten. In vielen Landkreisen sind bereits Integrationsbeauftragte etabliert, die kleinere Kommunen unterstützen können. Teilaufgaben wie Kommunikationsdienstleistungen können auch ausgegliedert werden. Vielfach ist es hilfreich, die regionale Wirtschaft in die Integrationspolitik einzubeziehen.

## Verbände und Bürger einbinden

Im Rahmen der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingsversorgung



Oft der Ort  
der Entscheidungen  
– die Rathäuser.

muss die Kommune die Zusammenarbeit mit kirchlichen Trägern, beispielsweise der Caritas und der Diakonie, mit Verbänden, mit technischen und medizinischen Unterstützern koordinieren. Aber auch nach der ersten Grundversorgung durch die Gemeinde sind die vor Ort vorhandenen, nicht rein öffentlich getragenen Unternehmungen mit einzubinden. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Ehrenamt: Ohne die Leistungen der unentgeltlich arbeitenden Personen ist Integration nicht möglich. Indem sie ihre eigenen mit ehrenamtlichen Aktivitäten vernetzt, kann die Kommune konkrete Unterstützung erhalten: Es ist wichtig, die Erfahrungen und Qualifikationen der Ehrenamtlichen und deren Zugänge zu Migranten zu schätzen und zu nutzen. Ehrenamtliche helfen beim Umgang mit deutscher Bürokratie und unterstützen bei den ersten Versuchen von Zuwanderern, Teil der deutschen, aber auch der lokalen Gesellschaft zu werden. Diesen Zugang müssen Kommunen pflegen. Das bedeutet, dass ehrenamtliches Engagement nicht durch verwaltungstechnische Gepflogenheiten überfordert werden darf. Eine zentrale Aufgabe der Kommune ist es, Ehrenamtliche zu unterstützen und Abläufe flexibel zu gestalten. In kleineren Kommunen ist dies oftmals die Aufgabe des Bürgermeisters; größere Kommunen können Personal zur Koordination dieser Aufgaben einsetzen.

Die Kommunen müssen an das ehrenamtliche Engagement anknüpfen

und Strukturen schaffen oder ausbauen, in denen Migranten Raum gegeben wird, das Alltagsleben in Deutschland zu erleben, Kontakte zu schließen und insbesondere bei Flüchtlingen im Einzelfall Traumata mithilfe einer psychologischen Betreuung aufzuarbeiten. Dieser Prozess spielt sich auf vielen Ebenen in den Kommunen ab.

#### Akzeptanz nach innen und außen

Eine weitere Herausforderung der kommunalen Querschnittsaufgabe ist es, die Akzeptanz von Unterstützern langfristig zu erhalten. Dies gilt insbesondere für den aktuellen Flüchtlingsstrom, ist aber auch auf andere Zuwanderer übertragbar. Es gilt, die Unterstützer breit aufzustellen und nachhaltig darauf zu achten, dass die kommunale Asyl- und Integrationspolitik akzeptiert wird. Diese Akzeptanz beginnt im Kreise der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung: Es muss ein gegenseitiges Einverständnis zwischen den verschiedenen Bereichsmitarbeitern bestehen, um eine schnelle und erfolgreiche Integration zu erreichen. Gleiches gilt für die Kommunikation nach außen. Transparent, offen und so frühzeitig wie möglich wollen Anwohner und Gemeindemitglieder über die weiteren Schritte der Flüchtlingsintegration informiert werden. Damit kann die Kommune dazu beitragen, aus der kurzfristigen Hilfsbereitschaft eine langfristige Akzeptanz für Zuwanderer zu schaffen – dem unterstützenden Grundstock zur Integration von ankommenden Menschen in der Gemeinde.

#### SERVICE:

##### Zum Weiterlesen:

Handlungsansätze aus Forschungs-Praxis-Projekten, die sich mit den Potenzialen von Integration, insbesondere in kleinen Städten und Gemeinden, beschäftigt haben:

Schader-Stiftung (Hrsg.), 2014: *Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen*. Handbuch für Kommunen, [www.integrationspotenziale.de](http://www.integrationspotenziale.de)

CJD Eutin und Hamburg (Hrsg.), 2011: *Diversität als Strategie in Mittel- und Kleinstädten: Bürger mit Migrationsgeschichte als Potenzial für Stadtentwicklung*, Ergebnisse des Modellprojekts „DiverseCity: Gesellschaftliche Diversität in der Stadt- und Landkreisentwicklung – Perspektiven für die Zukunft“ und Strategiekonzept für eine diversitätsorientierte Stadtentwicklung, [www.cjd-eutin.eu/sozialforschung/nationale-projekte/diverse-city](http://www.cjd-eutin.eu/sozialforschung/nationale-projekte/diverse-city)



#### KONTAKT:

Hubert Hegele, Aike van Douwe  
fokus mensch – Akzeptanzkultur und Kommunikation  
gec-co Global Engineering & Consulting-Company GmbH  
Telefon: 0821 9995066-44  
[h.hegele@fokusmensch.org](mailto:h.hegele@fokusmensch.org)  
[www.fokusmensch.org](http://www.fokusmensch.org)

# Kräfte bündeln, Selbsthilfe fördern

Interkulturelle Kompetenz und Sensibilisierung für das Thema Zuwanderung zu fördern, ist als Aufgabe im Main-Kinzig-Kreis fest verankert. Die Kreisverwaltung hat zahlreiche Netzwerke und Kooperationsprojekte aufgebaut, um die Integration vor Ort zu unterstützen. [VON SUSANNE SIMMLER]

Der hessische Main-Kinzig-Kreis ist sowohl Stadt als auch Land. Neben einem großstädtisch geprägten Bereich im Westen entlang des Mains mit der kreisfreien Stadt Hanau umfasst er ländliche Regionen in Richtung Spessart und Vogelsberg. Der Landkreis ist von einer hohen Zuwanderungsrate geprägt: 2014 hatte knapp ein Viertel der Menschen einen Migrationshintergrund. Integration ist den Verantwortlichen deshalb ein zentrales Anliegen, das mehrgleisig umgesetzt wird: als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung sowie durch Vernetzung und Kooperation in der Region.

## Landesprogramm unterstützt

Im Jahr 2010 bewarben sich der Landkreis und die Stadt Hanau erfolgreich beim damaligen Landesprogramm „Modellregionen Integration“. Gemeinsam haben sie seitdem interkulturelle Kompetenz zum Thema in ihren Verwaltungen gemacht. So werden die Mitarbeiter darin geschult, Anliegen von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung zu begegnen. Außerdem haben die Projektpartner einen virtuellen Integrationswegweiser erarbeitet ([www.integrationswegweiser.de](http://www.integrationswegweiser.de)). Er ist in sieben Sprachen verfügbar und hilft neu Zugewanderten, sich in der Region und im deutschen Behördenschwung zurechtzufinden. Um Sprachbarrieren zu überwinden, hat die Kreisverwaltung zudem einen Übersetzerpool geschaffen. Heute stehen ehrenamtliche Dolmetscher auf Anfrage bereit, um bei internen Anliegen in bis zu 41 Sprachen zu übersetzen. Auch die Schulen werden in die Integrationsarbeit eingebunden: Über das Informations- und Mentorenprojekt „Meine Grundschule integriert“ unterstützte der Kreis zeitlich befristet rund 200 Kinder aus Migranten- und Flüchtlingsfamilien und ihre Eltern. Von 2012 bis Ende 2013 erhielten sie an vier Schulen im Main-Kinzig-Kreis eine über das Regelangebot hinausgehende Förderung und Betreuung. Das übergeordnete Ziel war es, Kinder und ihre Eltern durch die zusätzliche Unterstützung mit dem Leben in Deutschland vertraut zu machen; und dadurch das persönliche und individuelle Interesse an der deutschen Aufnahmegesellschaft und der eigenen Integration zu wecken und zu fördern. Das Projekt wurde durch die Stiftung „Flughafen Frankfurt/Main für die Region“ unterstützt.

## Alte Netzwerke nutzen, neue aufbauen

Alle Projekte werden von dem im Jahr 2010 eingerichteten Integrationsbüro zentral koordiniert. Zudem hat das Büro die Aufgabe, Akteure zu vernetzen. So betreut und berät es verschiedene runde Tische rund um das Thema „Asyl und Migration“. Diese Arbeit wird durch die bestehenden Netzwerke ergänzt: Der Kreis pflegt seit Jahren einen produktiven Austausch mit der Kreishandwerkerschaft und der Industrie- und Handelskammer (IHK); mit den Spitzenvertretern der regionalen Wirtschaft gibt es regelmäßige Treffen zu aktuellen Themen, beispielsweise zur Behebung des Fachkräftemangels oder zur Integration. Viele Betriebe im Kreis stellen bereits kontinuierlich feste Kontingente an Ausbildungsplätzen für sozial schwächere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Sie werden durch die kreiseigene „Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung“ (AQA) vermittelt.



Vor dem Hintergrund der stark wachsenden Zahl an Migranten kamen im Februar 2015 Vertreter von Landkreis und Kommunen mit Wirtschaftspartnern, Arbeitsvermittlungsstellen und der Kreisvolkshochschule zusammen, um nach Wegen zu suchen, die Zugewanderten besser für eine Arbeitsstelle zu qualifizieren und so die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dass dies nur gemeinsam geht, war schnell klar. Seitdem tagt die Runde regelmäßig als „Kompetenzteam Migranten in Arbeit“. Sie lotet die Gesetzeslage aus, nimmt bürokratische Vorgänge unter die Lupe, knüpft Kontakte zu Betrieben und vermittelt zwischen Arbeitssuchenden, Job-Centern und Firmen.

### Qualifizierung ist das A und O

Trotz zahlreicher bürokratischer Hürden – bedingt durch den jeweiligen Aufenthaltsstatus der Migranten – hat der Kreis inzwischen das vom Kompetenzteam entwickelte, neunmonatige Qualifizierungsprogramm „Migranten in Arbeit“ gestartet. Dabei sammeln 18 junge Männer handwerkliche Erfahrungen und lernen zudem die deutsche Sprache. Danach sollen sie fit genug sein, sich selbstständig auf dem Arbeitsmarkt zurechtzufinden. Ein heimisches Unternehmen hat bereits zugesagt, allen Teilnehmern einen Praktikumsplatz mit Anstellungsperspektive anzubieten. Bis dahin nutzt das Programm die Infrastruktur und das Know-how der Kreishandwerkerschaft mit ihrer Lehrbaustelle. Zentrale Ansprechpartner in den Jobvermittlungen des Kreises und bei der Agentur für Arbeit stehen den Unternehmen bei Fragen zur Verfügung. Auf Wunsch der Wirtschaftspartner werden diese zentralen Stellen unter anderem mit Flyern und im Internet beworben.

Das Kompetenzteam hat noch weitere Projekte auf den Weg gebracht: In Kürze eröffnet die Kreisverwaltung gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem kommunalen Job-Center an drei Orten „Infopoints“. Dort erhalten Migranten alle relevanten Informationen aus einer Hand und sparen so Zeit und Wege.

### Ehrenamtliche lotsen durch den Alltag

Ohne die Hilfe Tausender Freiwilliger wäre die Integrationsarbeit vor Ort nicht zu leisten; auch sie brauchen Unterstützung, Ratgeber und Ansprechpartner. Der Main-Kinzig-Kreis hat deshalb begonnen, sie zu Integrationslotsen und ehrenamtlichen Deutschlehrern auszubilden. Qualifizierte Referenten, zum Beispiel von der Hochschule Fulda mit ihrem Lehrschwerpunkt „Interkulturelle Kommunikation“ schulen die zukünftigen Integrationslotsen in juristischen Fragen, im sensiblen Umgang mit traumatisierten Menschen und in der Sprachvermittlung.

Die Fortbildungen haben Workshop-Charakter, die Atmosphäre ist entspannt, aber konzentriert, die Referenten gehen auf alle Fragen aus der Praxis der Flüchtlingsbetreuung ein. Mehr als 100 Ehrenamtliche aus allen Kommunen haben sich bereits weitergebildet. Aufgrund der wachsenden Nachfrage durch immer mehr Asylsuchende mit unterschiedlichen Sprachvorkenntnissen stoßen die Ehrenamtlichen allerdings an die Grenzen ihrer Kapazitäten. Im Mai 2015 hat der Kreis deshalb ein Programm aufgelegt, das in Kooperation mit der Volkshochschule vor Ort die flächendeckende Versorgung mit Deutschkursen sichern soll. Allerdings sollen diese keine Konkurrenz zu den ehrenamtlich angebotenen Deutschkursen bilden. Deshalb wurde bei den freiwilligen Deutschlehrern und Integrationslotsen vorab der Bedarf abgefragt. Dabei stellte sich heraus, dass viele Migranten eine Vorbereitung auf die Integrationskurse sowie Aufbaukurse in Deutsch wünschen. Im September hat in den Gemeinden der durch den Kreis finanzierte Deutschunterricht in einem Umfang von 200 Unterrichtsstunden begonnen. Aufgrund der ersten Erfolge und der großen Resonanz ist eine Fortsetzung geplant.

### Modell mit Vorbildcharakter

Innerhalb kurzer Zeit hat der Main-Kinzig-Kreis Projekte auf den Weg gebracht, die man als eine Kombination aus regionaler Arbeitsmarktpolitik, Integration und Bürokratieabbau bezeichnen kann. Für ihre Maßnahmen erhalten die beteiligten Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Praxis derzeit viel Lob – von anderen Kreisen, von den zuständigen Ministerien und von den Medien. Eine Anerkennung, die ein bisschen stolz macht und zum Weitermachen motiviert. In seiner Arbeit wird der Kreis auch durch das aktuelle Landesprogramm „WIR Hessen“ unterstützt, ein konstanter Austausch mit der Landesverwaltung findet statt. Aktuell gilt es insbesondere, die Integrationsstellen untereinander zu vernetzen, denn viele erfolgreiche Projekte lassen sich auf andere Landkreise übertragen.



# Wer sich wohl fühlt, kommt zurück



Laut Bevölkerungsprognosen könnte Bad Berleburg bis zum Jahr 2035 rund 18 Prozent seiner Einwohner verlieren. Die nordrhein-westfälische Stadt hat deshalb den Entwicklungsprozess „Bad Berleburg – Meine Heimat 2020“ gestartet. Dazu gehört auch, Menschen von außerhalb aktiv in der Region willkommen zu heißen.

Bernd Fuhrmann ist seit 2004 Bürgermeister von Bad Berleburg im Landkreis Siegen-Wittgenstein.

**Herr Fuhrmann, die Mehrheit der Migranten zieht in die Städte. Ist der ländliche Raum für Zuwanderer nicht attraktiv?**

Doch, selbstverständlich. Wir haben eine gute Wohnqualität, geringe Kriminalitätsrate und niedrige Arbeitslosenquote von momentan 3,7 Prozent. Es geht nicht darum, der Attraktivität urbaner Räume hinterherzulaufen, sondern Menschen Alternativen im ländlichen Raum zu bieten.

**Gleichzeitig zeigen sich in Ihrer Region die Folgen des demografischen Wandels.**

Wir haben mit Geburtenrückgang und Abwanderung junger Menschen zu kämpfen. Die Folgen sind Überalterung und Fachkräftemangel. Die vorhandene Infrastruktur wird den Demografieprognosen angepasst – damit waren auch nicht einfache Grundschulschließungen verbunden. Deswegen wurde 2010 ein Prozess mit unseren Bürgern begonnen, bei dem Leitbild, Haushaltskonsolidierung, gesamtstädtische Dorfentwicklungsplanung und die Regionale-Projekte inklusive Fachkräftegewinnung für den ländlichen Raum im Fokus standen.

**Spielen Asylsuchende im Leitbild „Bad Berleburg – Meine Heimat 2020“ bereits eine Rolle?**

Die Flüchtlingsfrage ist neu dazugekommen. Uns geht es darum, mit unterschiedlichen Strategien das Leben im ländlichen Raum für alle attraktiv zu gestalten. Seit November 2013 nimmt Bad Berleburg Flüchtlinge auf – zunächst in einer Notunterkunft, seit 2015 in einer neuartigen Erstaufnahmeeinrichtung des Landes. Pro Jahr kommen etwa 15 000 Menschen zuerst für ungefähr zwei Wochen nach Bad Berleburg, bevor ihnen ein längerfristiger Aufenthaltsort zugewiesen wird, um den Abschluss des Verfahrens abzuwarten.

**Wie bewältigen Sie diese Aufgabe?**

Wir haben schon im Vorfeld einen „Runden Tisch Flüchtlinge“ etabliert und Politik, Kirchenvertreter, soziale

Träger, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen einbezogen. Ziel war es, Abläufe transparent zu gestalten und die mit der Flüchtlingsarbeit verbundenen Potenziale und Probleme offen zu diskutieren. Es ist an uns, dafür zu sorgen, dass die Menschen nach positivem Bescheid auf ihren Asylantrag das Leben auf dem Land als Perspektive ansehen.

**Was bieten Sie?**

Wir möchten das verstaubte Image des ländlichen Raums loswerden und uns als innovativer Lebensraum darstellen. Das gelingt zum einen über die Unternehmen – in Südwestfalen gibt es viele international aufgestellte Marktführer. Zudem müssen wir mit dem punkten, was wir haben: ein großes Wohnungsangebot in schöner Umgebung. Und im ländlichen Raum kann die Integration besser gelingen als in Städten.

**Warum?**

Die Integration von Flüchtlingen geschieht nicht über Social Media, sondern über die Akteure vor Ort. Wir haben über 200 Vereine in Bad Berleburg, die bereit sind, sich aktiv daran zu beteiligen. Man kennt sich und achtet aufeinander. Weil die Begegnung ein wichtiger Aspekt bei der Integrationsarbeit ist, kann sie hier besser gelingen.

**Also beginnt die Integrationsarbeit mit dem ersten Kontakt?**

Wir wollen die Menschen ab dem ersten Moment dabei unterstützen, sich in deutschen Alltagssituationen zurechtzufinden. Das ist genauso, als ob wir ins Ausland reisen und uns erst orientieren müssen. Aus Verunsicherung können Missverständnisse entstehen, die später zu Problemen führen. Momentan werden Sprachbarrieren mithilfe von Plakaten überwunden. Wir arbeiten an einer App-basierten Lösung, da etwa 95 Prozent der Flüchtlinge ein Smartphone haben. Uns geht es darum, ein digitalisiertes City- und Kommunikationskonzept zu entwickeln, das allen zugutekommt: Bürgern, Touristen, zukünftigen Fachkräften und Flüchtlingen.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

Das Interview führte Anja Rath.

„  
Weil die  
Begegnung  
ein wichtiger  
Aspekt bei  
der Integration  
ist, kann sie  
hier gelingen.“



Das internationale Büffet beim Sommerfest wurde von Mehlinger Bürgern und Flüchtlingen gemeinsam vorbereitet.

# Mehlingen hilft

Die Bürger des 4500-Einwohner-Dorfes Mehlingen in Rheinland-Pfalz wollen ankommende Flüchtlinge nicht sich selbst überlassen; sie sollen einen Platz in der Mitte der Gesellschaft finden. Der Verein „Mehlingen hilft“ macht es möglich. [VON JULIA EBBECKE]

Als eine Gruppe Mehlinger Bürger 2014 ein Flüchtlingsheim in Kaiserslautern besuchte, um die im Dorf gesammelten Kleiderspenden abzugeben, stand für sie schnell fest: Diese Art der Hilfe allein reicht nicht aus, um Menschen, die Krisengebieten entflohen sind und alles verloren haben, einen guten Neubeginn in Deutschland zu ermöglichen. Mit Unterstützung der Bürgermeisterin schloss sich ein Helferkreis von inzwischen 40 Personen unter dem Namen „Mehlingen hilft“ zusammen, um sich gemeinsam auf die Ankunft von Flüchtlingen vorzubereiten. Als dann Anfang 2015 die ersten über die Verbandsgemeinde zugeteilten Asylbewerber im Dorf eintrafen, waren die zahlreichen anstehenden Aufgaben bereits auf viele Schultern verteilt.

## Wohnungen statt Heime

Derzeit leben 34 Asylbewerber aus fünf Nationen in Mehlingen, darunter viele junge Menschen und Familien. Die Besonderheit: Die Zuwanderer leben nicht in Heimen, sondern in normalen Wohnungen. „Je besser die Flüchtlinge über den Ort verteilt sind, desto weniger Konflikte entstehen mit der Bevölkerung. Außerdem ist es sehr schwierig, in großen Lagern gute Lebensbedingungen zu schaffen“, sagt Monika Rettig, die Bürgermeisterin. Über Aufrufe im Amtsblatt und durch direkte Ansprachen konnten die Helfer bisher ohne Probleme Wohnungen finden, gemeinsam mit den Flüchtlingen herrichten und über Möbelspenden einrichten. So werden die Neubürger gleich in die Arbeit des Vereins eingebunden und helfen sich zudem gegenseitig.

Die Gemeinde hat dem Verein einen Raum zur Verfügung gestellt, in dem gespendete Kleider und Spielsachen sowie Haushaltsbedarf abgegeben werden können. Eine große Gruppe an Frauen betreut den Laden und hilft den Bedürftigen – das Angebot ist für alle Bürger offen –, die passenden Waren zu finden. Durch die große Spendenbereitschaft konnten zudem alle Flüchtlinge mit Fahrrädern ausgestattet werden. So sind sie mobil und können Einkäufe, Behördengänge und Ausflüge eigenständig bewältigen.

Vom ersten Tag an bekommt ein Flüchtling in der Gemeinde einen ehrenamtlichen Paten als Ansprechpartner zur Seite gestellt. Er begleitet seinen Schützling bei Amtsgängen; Dorfbewohner mit Migrationshintergrund helfen als Dolmetscher. Zudem konnte ein Team von Lehrern mobilisiert werden, das den Asylbewerbern in den Räumen der örtlichen Grundschule dreimal pro Woche ehrenamtlich Deutschunterricht gibt.

## Ganz selbstverständlich mit dabei

Ein natürliches Miteinander ist der beste Weg zur gelungenen Integration, sind die Mehlinger überzeugt. Deshalb werden die Flüchtlinge nicht nur zu sämtlichen Festen und Veranstaltungen im Ort eingeladen, sondern helfen auch im Vorfeld ganz selbstverständlich mit, etwa bei den Vorbereitungen zum gemeinsamen Sommerfest oder beim Streichen der Weihnachtsbuden.

Einige Flüchtlinge arbeiten als Ein-Euro-Jobber im Gemeindedienst und sind rund um den Ort mit der Dorfpflege beschäftigt. Gerne würde der Verein ihnen auch langfristig eine Perspektive eröffnen und bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen. Doch das ist schwer in einer Region, in der Arbeitsplätze generell knapp sind, und umso mehr in Bereichen, in denen gute Deutschkenntnisse nötig sind. Doch auch, wenn die Zuwanderer vielleicht nicht dauerhaft im Ort bleiben, werden sich die Mehlinger weiterhin für Neuankömmlinge engagieren. Weil sie es als ihre Bürgerpflicht ansehen. Und weil das gemeinsame Engagement ihre Dorfgemeinschaft stärkt: Hilfe schenken, tut auch den Helfenden gut.

## SERVICE:

Mehlingen hilft e.V. ist Preisträger des vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ausgelobten Wettbewerbs „Menschen und Erfolge 2015“ mit dem Motto „In ländlichen Räumen willkommen!“  
[www.menschenunderfolge.de](http://www.menschenunderfolge.de)



KONTAKT:  
Mehlingen hilft e.V.  
[mehlingen-hilft.blogspot.de](http://mehlingen-hilft.blogspot.de)

# Haupt- und Ehrenamt sind gefragt

Einheimische und Zugezogene profitieren von einem guten Miteinander. Und beide Gruppen müssen dazu beitragen. Dazu brauchen sie Kreativität, Förderung und Vernetzung. [VON AMIN SALIM UND ANJA RATH]



Im Mehrgenerationenhaus der baden-württembergischen Gemeinde Markdorf finden seit zwei Jahren regelmäßige Treffen von osteuropäischen Pflegehelfern statt: vorwiegend von Frauen aus Polen, Bulgarien, der Ukraine und der Slowakei. Sie kommen miteinander in Kontakt, tauschen sich aus und finden einen Ausgleich für ihre oft kräftezehrende Arbeit. Gleichzeitig haben sie die Möglichkeit, Deutsch zu lernen – Kenntnisse, die ihren Lebensalltag erleichtern und dazu beitragen, den für ihre Arbeit unabdingbaren zwischenmenschlichen Dialog zu fördern. Im Jahr 2014 sind insgesamt rund 450 Menschen zu den Treffen gekommen.

In Rickenbach, einem rund 4 000 Einwohner zählenden Luftkurort im Schwarzwald, betreut ein ehrenamtlicher Helferkreis seit 2014 rund 60 Flüchtlinge: Etwa 30 Freiwillige im Alter zwischen 17 und 84 Jahren engagieren sich dafür, den Flüchtlingen das Gefühl zu geben, willkommen zu sein. Beide Projekte wurden durch die Caritas ins Leben gerufen.

## Professionelles Know-how

Der Deutsche Caritasverband ist der Wohlfahrtsverband der Katholischen Kirche. Rund 590 000 Menschen arbeiten in mehr als 24 000 Einrichtungen und Diensten, die der Caritas bundesweit angeschlossen sind. Sie werden von etwa 500 000 Ehrenamtlichen und Freiwilligen unterstützt. Die Caritas sieht sich als Solidaritätsstifter für das Gemeinwesen sowie als Dienstleister und Anwalt für diejenigen, die Hilfe benötigen. Zudem ist sie vielfach in kommunale Prozesse fest eingebunden –

beispielsweise ist ihre Mitarbeit im kommunalen Jugendhilfeausschuss im Sozialgesetzbuch verankert. Sie versteht Integration als Querschnittsaufgabe über alle Handlungsfelder ihres breiten Portfolios hinweg.

„Die Caritas ist im ländlichen Raum zwar nicht so breit aufgestellt wie im städtischen. Aber Kreis- und Regionalverbände gibt es in vielen Teilen Deutschlands“, sagt Amin Salim, Caritas-Referent im Bereich Integration und Migration. „Viele haben eigene Migrationsberater und diese Stellen können auf vorhandenes Fachwissen im gesamten Verband zugreifen.“ Migrationsberatungsstellen und andere soziale Dienste begleiten und unterstützen Menschen, die neu in Deutschland sind, bei Fragen der Organisation des täglichen Lebens. Dabei arbeiten die verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen vor Ort in der Regel zusammen und koordinieren ihre Arbeitsschwerpunkte. So übernimmt beispielsweise an einem Ort der diakonische, also evangelische Wohlfahrtsverband die Beratung von jungen Migranten während die Caritas erwachsene Zuwanderer berät. Zudem bieten die Organisationen Hilfen für Zugewanderte an, etwa niedrigschwellige Sprachkurse, Hausaufgabenbetreuung und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche im Schulalter. Die Caritas finanziert diese Dienstleistungen mit Fördermitteln aus unterschiedlichen Programmen sowie durch Eigenmittel der Kirche.

## Impulsgeber und Moderator

Die ländlichen Caritasverbände entwickeln Ideen und Konzepte, um das

Zusammenleben aktiv zu gestalten und zu beleben, sie vernetzen sich mit Gemeindeverwaltungen und anderen örtlichen Akteuren. Dabei koordinieren sie bei Bedarf auch die Zusammenarbeit von Akteuren aus der Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen. „Es geht darum, durch Begegnungen von Einheimischen und neu Zugezogenen die Fremdheit auf beiden Seiten zu überwinden und vorhandenen Ressentiments entgegenzuarbeiten“, sagt Amin Salim. Damit dies gelingt, initiieren und begleiten die Wohlfahrtsorganisationen lokale Projekte: Den Helferkreis in Rickenbach betreut die Diplompädagogin Anneli Ahnert vom Caritasverband Hochrhein. Die regelmäßigen Treffen der Pflegehelfer in Markdorf hat Gerda Dilger, Vorstandsmitglied der Caritas Konferenzen, ehrenamtlich initiiert. Außerdem kümmert sie sich darum, die Kosten des Projekts durch Spenden zu finanzieren. Die Caritas-Stiftung und die Sozialstation der Caritas vor Ort unterstützen das Projekt.

Die Caritas sieht sich auch als Impulsgeber und anfänglicher Wegbegleiter: Mitarbeiter oder Aktive stellen vor Ort Kontakte zwischen Migranten und Verbänden her, etwa zu Sportvereinen, aber auch zu Arbeitgebern und den Pfarrgemeinden. „Dabei fungiert die Caritas als eine Art Eisbrecher und Mentalitäts-Übersetzer“, sagt Amin Salim.

## Einbinden, aber nicht überlasten

Die Caritas spricht sehr viele freiwillige Helfer an, denn sie bietet ein breites Spektrum, um sich zu engagieren. „Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Baustein, damit



Der ehrenamtliche Helferkreis Rickendorf möchte Flüchtlingen ein Gefühl der Heimat geben. Initiiert hat das Projekt die Caritas Hochrhein: Sie ist der größte Arbeitgeber im Landkreis Waldshut und rund 700 Menschen sind ehrenamtlich in unterschiedlichen Bereichen für sie aktiv.

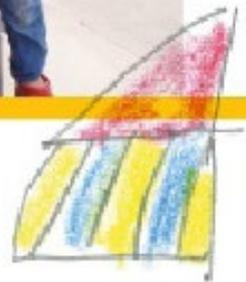
Zugewanderte in ihrem neuen Lebensumfeld ankommen, ihr Leben eigenständig führen und am Gemeinwesen teilhaben können“, sagt Amin Salim. Ehrenamtliche helfen den Zugewanderten unmittelbar, gleichzeitig machen sich die freiwilligen Helfer mit den Lebenswirklichkeiten der Zugewanderten vertraut und tragen dieses Wissen weiter. „Ehrenamtliches Engagement trägt zu Offenheit und Lernen auf beiden Seiten bei: Es fördert die Akzeptanz für die Aufnahme von Zugewanderten und ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag gegen Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, so Amin Salim.

Dabei gilt es, Ehrenamtliche nicht zu überfordern. In größeren Caritas-Verbänden übernehmen sogenannte Ehrenamtskoordinatoren diese Aufgabe. Aktuell führt der Wohlfahrtsverband Projekte im Rahmen einer Fördermaßnahme der Bundesintegrationsbeauftragten durch. Deren Ziel ist es, Hilfsbereite vor Ort durch eine professionelle Koordination zu unterstützen. „Ehrenamtliche werden mit vielen Situationen konfrontiert und man muss ganz individuell im Auge behalten, was sie leisten können und was eine hauptamtliche Aufgabe bleiben muss“, sagt Amin Salim. „Ein ehemaliger Lehrer kann beispielsweise selbstständig Nachhilfe geben und eine Psychologin im Ruhestand mit traumatisierten Menschen umgehen, im Gegensatz zu einer Jugendlichen, die einfach gerne etwas mit

Kindern machen möchte.“ Gegebenenfalls müssen auch Fertigkeiten erst gelernt werden: interkulturelle Kompetenz, Grundlagen des Ausländer- und Sozialrechts, Wissen über die spezifische Situation von Kindern und Jugendlichen, die in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben müssen, Umgang mit Traumatisierungen und mit fremdenfeindlichen Haltungen. Und es gibt Grenzen: „Ehrenamtliche Integrationshelfer können Behördengänge übernehmen und helfen beim Deutschspracherwerb, aber bei rechtlichen Fragen ist der Migrationsberater gefragt“, sagt Amin Salim. „Ehrenamt zu koordinieren, ist eine hauptamtliche Aufgabe, die man einplanen muss.“

#### Zuwanderer motivieren

Ehrenamtliche tragen dazu bei, dass sich Zugezogene aus dem Ausland schneller zurechtfinden – und selbst zum Ehrenamt finden? „Das ist ein Potenzial, das häufig noch brach liegt“, sagt Amin Salim. „Viele neu eingewanderte oder auch schon länger in Deutschland lebende Migranten haben den Wunsch, sich mehr einzubringen.“ Moscheegemeinden rufen zu freiwilligem Engagement auf, aber diese sind im ländlichen Raum eher selten. „Die Ehrenamtskoordinatoren der Caritas bemühen sich darum, alle einzubeziehen und motivieren die Aktiven vor Ort dazu, neu Hinzugekommene zu fragen, ob und was sie beitragen wollen.“



#### SERVICE:

Im Rahmen ihrer dreijährigen Initiative „Den demografischen Wandel gestalten“ hat die Caritas 2015 die Kampagne „Stadt, Land, Zukunft – Fülle Dein Land mit Leben!“ gestartet. Teile der Kampagne sind eine Website sowie ein Praxishandbuch, die viele Praxis-Beispiele vorstellen, darunter auch Initiativen zur Integration von Zuwanderern. [www.caritas.de/magazin/kampagne/stadt-land-zukunft](http://www.caritas.de/magazin/kampagne/stadt-land-zukunft)



**KONTAKT:**  
Amin Salim  
Deutscher Caritasverband e.V.  
Telefon: 0761 200-217  
[amin.salim@caritas.de](mailto:amin.salim@caritas.de)  
[www.caritas.de](http://www.caritas.de)

# Vermittler zwischen den Kulturen

In Migrantenorganisationen pflegen Zugewanderte das Brauchtum und die Traditionen ihrer Heimat. Sie können ländlichen Kommunen wertvolle Berater sein.



”

*Für viele Migranten ist am Anfang ihres Lebens in Deutschland der Kontakt mit ihren Landsleuten sehr wichtig.“*

Mamad Mohamad ist Hauptgeschäftsführer des 2008 gegründeten Landesnetzwerks Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e. V. Es vertritt die Interessen von Zuwanderern auf Landesebene. [www.lamsa.de](http://www.lamsa.de)

**Herr Mohamad, bei LAMSA sind derzeit rund 65 Organisationen Mitglied. Was haben sie gemeinsam, was unterscheidet sie? Wie viele haben einen ländlichen Schwerpunkt?**

Unter dem Dach unseres Landesnetzwerks sind Migrantenselbstorganisationen unterschiedlicher Nationalitäten, Ethnien und Religionszugehörigkeiten versammelt – ein in Deutschland einzigartiges Format. Trotz der vielfältigen kulturellen Hintergründe haben unsere Organisationen gemeinsame Interessen: etwa die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Schule, Ausbildung und Beruf. Der Anteil der Migranten an der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ist gering und konzentriert sich vor allem auf die Ballungsräume Halle, Dessau und Magdeburg. Dort, wo größere Communities einer Migrantengruppe leben, sind Migrantenselbstorganisationen entstanden. Im Vergleich zu den Städten sind daher im ländlichen Raum nur wenige Organisationen aktiv. Unserem Netzwerk gehören auch Einzelpersonen an, die im ländlichen Raum fest sozial verankert sind und in ihrem Wohnort eine wichtige Funktion als Brückenbauer zwischen den Kulturen einnehmen.

**Sind ländliche Regionen für Zuwanderer weniger attraktiv als Städte?**

Die ländlichen Kommunen und Kreise haben in der Vergangenheit zu wenig dafür getan, Migranten zu halten. Grundsätzlich denke ich, dass die gesellschaftlichen Strukturen in kleinen Kommunen für die Integration von Zuwanderern prädestiniert sind: Jeder kennt jeden, man kümmert sich umeinander, man spricht miteinander. Zuwanderer können auf dem Land besser in das kulturelle Leben und die Gemeinschaft eingebunden werden als in einer anonymen Großstadt. Sie lernen folglich auch die Sprache schneller. Man muss allerdings wissen: Für viele Migranten ist insbesondere am Anfang ihres

Lebens in Deutschland der Kontakt mit ihren Landsleuten, also ihrer Community, sehr wichtig, um nicht sozial isoliert dazustehen.

**Was können Migrantenselbstorganisationen zur Integration in den ländlichen Raum beitragen?**

Migrantenselbstorganisationen können zwischen den Kulturen vermitteln und ländliche Kommunen dabei unterstützen, dass Vorurteile, Ängste und Sorgen über Einwanderung in der Bevölkerung abgebaut werden. Wir, das Landesnetzwerk, sehen eine unserer Aufgaben darin, die Akteure im ländlichen Raum, die sich mit den Themen Zuwanderung und Integration befassen, besser zu vernetzen. Wir laden daher regelmäßig zu Veranstaltungen ein – zuletzt zum Dialogforum „Perspektiven einer Willkommenskultur im Salzlandkreis“.

**Was können die Migranten im ländlichen Raum dafür tun, dass Integration gelingt?**

Derzeit leisten viele Menschen mit Migrationshintergrund einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag als Übersetzer und Kulturvermittler bei der Flüchtlingsarbeit und als Berater von ländlichen Willkommensnetzwerken. Migranten, die schon lange in Deutschland leben, sind für viele Flüchtlinge die bevorzugten Ansprechpartner, da sie selbst einen Neubeginn in einem fremden Land erlebt haben. Die Verständigung mit Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, egal welcher Nationalität, funktioniert für Migranten anfangs oft besser als mit Deutschen. Menschen mit Migrationshintergrund können also einen wichtigen Beitrag zur örtlichen Willkommenskultur leisten.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

Das Interview führte Anja Rath.

## SERVICE:

Das Landesnetzwerk Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e. V. wurde 2015 für sein Projekt „Demografie mit Willkommenskultur begegnen“ mit dem Sonderpreis des Demografie-Preises Sachsen-Anhalt ausgezeichnet. [www.demografie-projekte.de/demografie-preis](http://www.demografie-projekte.de/demografie-preis)

# Vertrauen hilft

Bundesweit unterstützen rund 450 Jugendmigrationsdienste (JMD) junge Migranten zwischen zwölf und 27 Jahren beim Integrationsprozess: Sie informieren, begleiten und geben rechtliche Hilfestellungen. Was muss stimmen, damit junge Zugewanderte im ländlichen Raum bleiben?



Carsten Schlüter ist seit 20 Jahren beim Jugendmigrationsdienst im Diakonischen Werk Walsrode im niedersächsischen Heidekreis tätig. Seine Arbeit wird vom Bundesjugendministerium (BMFSFJ) finanziell gefördert.

## Herr Schlüter, wie lange dauert eine Begleitung durch den JMD?

Einiges lässt sich durch ein, zwei Gespräche erledigen. Aber wenn es viel zu tun gibt, werden die Kontakte stabiler, diese Bindungen halten über Jahre. Generell ist der Austausch in den ersten drei Jahren des Aufenthalts besonders intensiv. Bei kniffligen Fällen bin ich gemeinsam mit den Menschen unterwegs, mal bei der Ausländerbehörde, mal beim Job Center, mal in der Schule.

## Mit wie vielen Migranten arbeiten Sie?

Pro Jahr in der intensiveren Begleitung mit 40 bis 50 jungen Menschen. In den vergangenen 20 Jahren hatte ich inklusive Eltern eine Anzahl von Ratsuchenden im vierstelligen Bereich.

## Mit welchen Erwartungen kommen die jungen Migranten zu Ihnen?

Wenn jemand zu uns kommt, dann gibt es oft einen dringenden Anlass. Einige halten zum ersten Mal in ihren Leben einen Antrag auf BAföG oder Ausbildungsbeihilfe in der Hand. Auch das Aufenthaltsrecht ist schwierig – Aufenthaltsrecht und Einbürgerung sind meine Kernkompetenzen. Viele kennen sich damit gar nicht aus. Wie denn auch? Andererseits gehört es zu meiner Arbeit, den Menschen die Illusionen zu nehmen. Die Erwartung: Ich mache einen Deutschkurs und dann läuft alles andere von selbst – diesen Zahn muss ich einigen Zuwanderern ziehen, ohne sie zu deprimieren. Dabei sind Einfühlungsvermögen, Geschick, Erfahrung und Intuition nötig.

## Junge Menschen mit Migrationshintergrund schneiden im Heidekreis in der Schule häufig schlechter ab als gleichaltrige Deutsche. Was sind die Ursachen?

Ein Teil der Zuwanderer, die vor Jahrzehnten als Flüchtlinge gekommen sind, haben schlechtere

Bildungsvoraussetzungen mitgebracht. Beispielsweise gibt es unter den jesidischen Kurden in unserem Landkreis Analphabeten. Selbst wenn sie nachvollziehen können, wie wichtig schulische Bildung für ihre Kinder ist, können sie ihnen nicht helfen – auch wenn sie es wollen. Gleichzeitig ist die Förderung an den Schulen nicht immer adäquat. Es fehlt an Förderkonzepten, an Zeit und schlicht an qualifizierten Lehrkräften.

## Macht sich das bemerkbar, wenn die jungen Migranten eine Ausbildung suchen?

Ja, und zwar negativ. Die Erkenntnis aus vielen Studien der Vergangenheit ist: Es reicht nicht, gleich gut zu sein, um gleiche Chancen zu haben, sondern man muss als Migrant besser sein. Es hat aber ein Umdenken begonnen, denn daran ist auf vielen Ebenen gearbeitet worden.

## In Ihre Arbeit binden Sie auf Wunsch die Familien mit ein. Kann man Integration über Jugendliche in die Familien tragen?

Manchmal ist das so, aber es muss nicht so sein. Meist finden sich junge Menschen hier schneller zurecht als ihre Eltern. Sie lernen viel schneller die deutsche Sprache, verstehen viel schneller, wie die Gesellschaft tickt. Manchmal werden die Kinder dann zum positiven Vorbild für ihre Eltern. Aber das erzeugt auch Ängste und rüttelt am Status der Eltern. Es hilft, wenn man es schafft, eine Vertrauensebene zu den Menschen aufzubauen und persönlich für sie da zu sein.

## Was muss gegeben sein, damit junge Migranten auf dem Land bleiben?

Die jungen Leute, die eine akademische Ausbildung machen, müssen dafür wegziehen. Sie kommen in aller Regel nicht wieder. Wer in mittelständischen oder Handwerksbetrieben etwas lernt, der hat natürlich hier auf dem Land gute Perspektiven. Und viele Zuwanderer verfolgen den Traum der eigenen vier Wände. Dafür bietet das Land natürlich enorme Vorteile, denn die Immobilienpreise sind niedriger als in der Stadt.

Vielen Dank für das Gespräch.  
Das Interview führte Anja Rath.

„  
Manchmal werden die Kinder zum positiven Vorbild für ihre Eltern.“

# Qualifiziert und anerkannt

Menschen mit einem Bildungsabschluss aus dem Ausland haben es auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht immer leicht – oftmals nehmen sie Jobs an, für die sie überqualifiziert sind. Gleichzeitig wissen viele Unternehmen nicht, wie sie für ausländische Fachkräfte attraktiv werden können. Arbeitnehmern und Arbeitgebern hilft das IQ Netzwerk Niedersachsen. [VON FRANZISKA BARTHELT UND KATRIN KÖHNE]

Wie können ein tschechischer Maler, ein brasilianischer Arzt und eine irische Mathematiklehrerin entsprechend ihrer beruflichen Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig werden? Brauchen sie eine Arbeitserlaubnis oder eine Anerkennung? Das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“, kurz IQ, setzt sich seit 2005 mit genau diesen Fragen auseinander. Es hat den Auftrag, die vielseitigen Potenziale erwachsener Migranten mit einem im Ausland erworbenen Berufsabschluss oder anderer wertvoller Qualifikationen näher in den Blick zu nehmen, zu aktivieren und für den deutschen Arbeitsmarkt nutzbar zu machen. Damit Migranten in Deutschland häufiger einer bildungsadäquaten Beschäftigung nachgehen können und ihre Arbeitsmarktchancen verbessert werden, ist das grundsätzliche Ziel der Bundesregierung, dass im Ausland erworbene Berufsabschlüsse in Deutschland als gleichwertig anerkannt werden.

**Dezentrale Angebotsstrukturen in Niedersachsen**  
Das Förderprogramm IQ wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert sowie in Niedersachsen durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung kofinanziert. Partner bei der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA). Das Programm wird von 16 Landesnetzwerken umgesetzt, die jeweils von einer Landeskoordination geleitet werden und operative Teilprojekte umfassen. Dabei unterscheiden sich die Landesnetzwerke in ihren Angebotsstrukturen von zentral bis dezentral. Ihr gemeinsamer Schwerpunkt ist es, auf regionaler Ebene mit relevanten Arbeitsmarktakteuren zusammenzuarbeiten und sie mit Migranten zu vernetzen.

Das IQ Landesnetzwerk Niedersachsen wird durch das Beratungsunternehmen RKW Nord GmbH von Osnabrück und Hannover aus koordiniert und umfasst über 40 Teilprojekte, die von Projektpartnern unterschiedlicher Trägerinstitutionen an 16 Standorten in Niedersachsen bearbeitet und umgesetzt werden. Zu den Trägern zählen Bildungseinrichtungen, Kammern, Jobcenter und Arbeitsagenturen sowie Wohlfahrtsverbände. Die weitverzweigte Standortstruktur hilft dabei, die Wege zu den zuständigen Beratungsstellen für die Ratsuchenden kurz zu halten. Die Schwerpunkte der Arbeit im Landesnetzwerk Niedersachsen lassen sich drei Handlungsfeldern zuordnen: Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung, Qualifizierungsmaßnahmen sowie Förderung der interkulturellen Kompetenz in Unternehmen.

## Umfangreiche Beratung

Die Mehrzahl der 2014 bundesweit Beratenen lebte erst wenige Monate oder Jahre in Deutschland. Über die Hälfte von ihnen besaß einen Hochschul- und gut ein Drittel einen Berufsabschluss aus dem Heimatland. In den Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungsstellen treffen sie auf Ansprechpartner, denen sie ihre Fragen rund um das Thema Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse stellen können. Die Berater stellen umfangreiche Informationen zur Verfügung, geben jedem Migranten erste individuelle Orientierungshilfen und begleiten den gesamten Prozess der beruflichen Anerkennung. Die Qualifizierungsberatung richtet sich insbesondere an diejenigen, denen im vorherigen Anerkennungsverfahren keine oder eine nur teilweise Gleichwertigkeit ihrer beruflichen Qualifikation bescheinigt werden konnte: Die IQ Beratungsstelle unterstützt beispielsweise einen Arzt mit brasilianischem Hochschulabschluss dabei, eine geeignete



Das IQ Netzwerk berät und hilft bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Qualifizierungsmaßnahme zu finden, mit der er sich die fehlenden Kompetenzen für eine vollständige Anerkennung nachträglich aneignen kann.

#### Qualifizierungsmaßnahmen über das Internet

Neben den Beratungsangeboten bieten einige Teilprojektpartner des IQ Netzwerkes Niedersachsen bedarfsorientierte Anpassungsqualifizierungen für Ratsuchende an, denen zu einer vollen Anerkennung ihres Abschlusses noch Qualifikationen fehlen. Diese stehen derzeit für Ärzte, Pflegekräfte, Akademiker aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sowie Lehrer zur Verfügung. Um in infrastrukturschwachen Regionen Niedersachsens viele Menschen zu erreichen, setzt das Landesnetzwerk insbesondere im Bereich Pflege und Lehrerausbildung verstärkt auf Onlinemaßnahmen, die eine ortsunabhängige Teilnahme an Angeboten vom eigenen Computer aus ermöglichen. Darüber hinaus bietet ein Teilprojektpartner seinen Ratsuchenden die Teilnahme in einem virtuellen Klassenverband an, in welchem ein breites Spektrum an Qualifizierungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Marketing und Kommunikation sowie in kaufmännischen und technischen Berufen erworben werden kann. In einem weiteren Teilprojekt können die Beratungsteilnehmer über eine Video-Onlineplattform ihre deutschen Sprachkenntnisse verbessern.

#### Förderung interkultureller Kompetenzen

Vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und prognostizierter Fachkräfteengpässe sehen sich auch niedersächsische Unternehmen im ländlichen Raum zunehmend vor die Herausforderung gestellt, ihren Betrieb für ausländische Fachkräfte attraktiv zu gestalten. Viele kleine und mittelständische Betriebe haben mit

der Anwerbung ausländischer Fachkräfte und ihrer innerbetrieblichen Integration bisher nur wenige oder keine Erfahrungen gemacht oder tun sich mit der Interpretation ausländischer Berufsqualifikationen schwer. Anlaufstellen des IQ Netzwerkes Niedersachsen können Arbeitsmarktakteure durch Informationen, Beratung und Trainings für die besonderen Belange von Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisieren und vermitteln ihnen fachliches Know-how für die Einstellung von Fachkräften aus dem Ausland. Die Angebote erstrecken sich von sogenannten Diversity-Trainings, also kulturellen Sensibilisierungsmaßnahmen, über Schulungen zu Ausländer- und Arbeitsrecht bis hin zu Informationsveranstaltungen und Einzelfallberatungen für Arbeitgeberverbände und Unternehmen.

Die weitreichenden Netzwerkstrukturen für die Beratung ausländischer Arbeitnehmer und deutscher Arbeitgeber in einem Flächenland wie Niedersachsen erschließen dem Arbeitsmarkt Potenziale, Synergieeffekte und Wettbewerbsvorteile. Das IQ Netzwerk möchte so dazu beitragen, den Herausforderungen des Fachkräftemangels im ländlichen Raum zu begegnen.



**KONTAKT:**  
Franziska Barthelt und Katrin Köhne  
IQ Netzwerk Niedersachsen  
Telefon: 0541 600815-20  
iqnetzwerk@rkw-nord.de  
www.migrationsportal.de  
www.netzwerk-iq.de

# Potenzial für die Landwirtschaft

Ausländische Arbeitskräfte könnten helfen, dem Fachkräftemangel in der Landwirtschaft zu begegnen. Für die Betriebe ist die Integration neuer Mitarbeiter mit Herausforderungen verbunden. Ein wissenschaftliches Verbundprojekt untersucht, wie dies gelingen kann. [VON BETTINA WIENER UND SUSANNE WINGE]

Landwirtschaftliche Betriebe sind von den Auswirkungen des demografischen Wandels besonders betroffen. Aus dem Ausland Zugewanderte könnten die fehlenden einheimischen Arbeitskräfte ersetzen – wenn es denn gelingt, sie erfolgreich zu integrieren. Worauf es dabei ankommt, wird zurzeit im Rahmen des Verbundprojekts „Kompetenzmanagement zum Aufbau ausländischer Arbeitskräfte zu Fachkräften in der Landwirtschaft“ (Alfa Agrar) untersucht. Darin arbeiten seit Ende 2013 das Zentrum für Sozialforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (ZSH) und das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) mit dem Agrarunternehmen Barnstädt eG als Praxispartner zusammen. Das dreijährige Projekt soll landwirtschaftlichen Unternehmen Methoden zur betriebsfachlichen und sozialen Integration ausländischer Arbeitskräfte an die Hand geben. Wie nötig dies ist, hat eine im Rahmen des Projekts 2014 durchgeführte Befragung von über 600 Unternehmen, ergänzt um Daten aus der amtlichen Agrarstatistik, gezeigt: Bis 2020 werden in Sachsen-Anhalt mehr als 5000 der rund 18000 in der Landwirtschaft ständig Beschäftigten das Rentenalter erreichen. Die nachrückenden Auszubildenden können den entstehenden Bedarf nicht decken.

## Integration – mehr als fachliche Einarbeitung

Für die Betriebe heißt das, dass sie künftig auf andere Arbeitskräfte setzen müssen: Menschen mit nichtlandwirtschaftlicher Berufsausbildung, (Langzeit-)Arbeitslose, Ungelernte – oder eben ausländische Fachkräfte. Derzeit werden sie nur von vier Prozent der befragten Betriebe in Sachsen-Anhalt dauerhaft beschäftigt; 40 Prozent könnten sich das aber vorstellen, insbesondere wenn die Arbeitskräfte aus den osteuropäischen EU-Ländern kommen. Noch wichtiger als der landwirtschaftliche Berufsabschluss ist den Betrieben dabei, dass die Bewerber tätigkeitsbezogene Praxiserfahrungen mitbringen. Etwa 60 Prozent der Betriebe halten es für wichtig bis sehr wichtig, dass die Bewerber bereits auf dem Land gelebt haben, genauso viele erwarten, dass sich die neuen Arbeitskräfte in Betriebsnähe niederlassen. Für ausländische Bewerber wiederum sind nicht nur Einkommens- und Karrierechancen, sondern auch ein attraktives soziales Umfeld Motivationsfaktoren für die Arbeitsmigration.



Mitarbeiter der Schweineproduktion auf dem Projektpartnerbetrieb Agrarunternehmen Barnstädt eG

## Gute Vorbereitung hilft

Ein vorgeschaltetes Praktikum kann Unternehmen und Bewerbern helfen, Unsicherheiten abzubauen, bevor der Arbeitsvertrag unterzeichnet wird. Nicht unterschätzt werden sollten die sprachlichen Hürden, schließlich muss neben der Alltagssprache auch die berufsspezifische Sprache erlernt werden. Dabei können die Betriebe durch eine zeitliche Freistellung ihrer Mitarbeiter oder das Organisieren von Kursen helfen. Ein interkulturelles Training im Betrieb kann für bestehende Unterschiede sensibilisieren und so ein gutes Miteinander fördern. Die soziale und kulturelle Integration der zugewanderten Mitarbeiter kann ein Betrieb zudem durch die Vermittlung von Freizeitangeboten in Sportvereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr unterstützen.

## Zum Weiterlesen:

Kompetenzmanagement zum Aufbau ausländischer Arbeitskräfte zu Fachkräften in der Landwirtschaft: [www.alfa-agrar.de](http://www.alfa-agrar.de)

Anerkennung in Deutschland: [www.anerkennung-in-deutschland.de](http://www.anerkennung-in-deutschland.de)

Informationspotential zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse: [www.anabin.kmk.org](http://www.anabin.kmk.org)



**KONTAKT:**  
Bettina Wiener und Susanne Winge  
Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.  
Großer Berlin 14  
06108 Halle  
Telefon: 0345 9639600  
[info@zsh.uni-halle.de](mailto:info@zsh.uni-halle.de)  
[www.zsh-online.de](http://www.zsh-online.de), [www.alfa-agrar.de](http://www.alfa-agrar.de)

# Fachkräftewerbung auf Sächsisch

Weil der heimische Arbeitsmarkt nicht genügend Fachkräfte bot, hat ein sächsischer Familienbetrieb gezielt in Spanien geworben. Geschäftsführer Peter Schiekel verbucht die Kosten von über 100 000 Euro für Anwerbung und Integration als Investition in die Zukunft seines Unternehmens.

[VON JÜRGEN KRAMP]

Etwa auf halber Strecke zwischen Dresden und den bizarren Felsen der Sächsischen Schweiz liegt das fast tausendjährige Städtchen Dohna. In seinem Gewerbegebiet ist das mittelständische Unternehmen SPS Schiekel Präzisionssysteme GmbH mit über 100 Mitarbeitern zu Hause. Der Familienbetrieb, 1992 gegründet, hat sich auf das Fertigen hochwertiger, langlebiger Teile aus Edelstahl spezialisiert. Die Komponenten, die vor allem im Anlagenbau und in der Reinraumtechnik zum Einsatz kommen, zeichnen sich durch höchste Präzision aus.

Da Dreher und Fräser für das Zerspanen von Edelstahl in Dresden und seinem Umland schwer zu finden sind, gingen Peter und Gert Schiekel, Firmengründer und Geschäftsführer, einen ungewöhnlichen Weg: Sie warben im Sommer 2013 und 2014 über das Internet Fachkräfte in Spanien. Das Echo lag über den Erwartungen. Im ersten Jahr gab es knapp 50 Bewerbungen, im zweiten Jahr über 100, fast alle von Bewerbern mit Berufserfahrung. Je 15 von ihnen lud Peter Schiekel zu Gesprächen nach Madrid und Barcelona ein. Insgesamt 14 Spanier bekamen unbefristete Arbeitsverträge mit halbjähriger Probezeit und damit die Chance für eine Zukunft in Deutschland.

## Hilfe bei der Wohnungssuche

Alle Spanier sind zum ersten Mal in Deutschland, alles war und ist völlig neu für sie. Deshalb hat sich das SPS-Management dafür engagiert,

dass sich die Neuen schnell in Sachsen einleben. Dabei half die gebürtige Spanierin Leonor Meyer von der Dresdner Agentur „Around Relocation“, die immer zur Stelle war, wenn im Alltag Fragen auftauchten.

SPS besorgte für seine spanischen Mitarbeiter Wohnungen, kümmerte sich um ihre Grundausstattung und übernahm die Kauttionen. Der Arbeitgeber half bei Behördengängen und Vertragsabschlüssen und unterstützte die Familien, etwa bei der Suche nach Plätzen in Kindereinrichtungen. Zudem erhielt jeder Spanier im Betrieb einen Paten, der ihn mehrere Monate lang betreute.

## Die Sprachbarriere überwinden

Die größte Herausforderung bei der Integration ist die Sprache. Keiner der neuen Mitarbeiter verstand oder sprach bei seiner Ankunft Deutsch, deshalb begann der Alltag im Betrieb mit einem sechswöchigen Deutsch-Intensivkurs. Um die Sprachbarriere abzubauen, drücken die Spanier auch heute noch die Schulbank, auch wenn sie längst im Drei-Schicht-System arbeiten. Sie pauken wöchentlich einige Stunden Vokabeln und Grammatik, weniger für den Einkauf im Supermarkt, mehr für die Kommunikation im Arbeitsprozess. „Die von uns organisierten Sprachlehrer haben noch zu tun. Es dauert länger als wir dachten. Die deutsche Sprache ist eben eine schwere Sprache“, resümiert Peter Schiekel – und er fügt an: „Für uns steht schon jetzt fest, die Aktion Spanien war ein

richtiger Schritt. Über 100 000 Euro haben wir bisher für Anwerbung und Integration in die Hand genommen. Es ist gut angelegtes Geld, eine Investition in die Zukunft unserer Firma. Damit haben wir zugleich das Arbeitskräfteproblem entspannt und dazu gelernt.“

Für ihre Leistungen wurde die SPS GmbH im Juni 2015 durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit dem Preis für Willkommenskultur „Mit Vielfalt zum Erfolg“ ausgezeichnet.

Die Herstellung von Präzisionswerkzeugen erfordert Manpower und Know-how: Dafür hat Firmengründer Peter Schiekel (rechts) Fachkräfte aus Spanien eingestellt, darunter Javier Quintana.



## KONTAKT:

Dr. Peter Schiekel  
SPS Schiekel Präzisionssysteme GmbH  
Telefon: 03529 5744-12  
p.schiekel@sps.de  
www.sps.de



Die gemeinsam erarbeitete Regionale Entwicklungsstrategie steht fest: Die LEADER-Akteure aus dem Bergischen Wasserland stellten sie im Februar 2015 der Öffentlichkeit vor.

# Gelebte Integration

„Prävention, Migration und Inklusion“ ist einer von vier Themenbereichen, mit denen sich die neue LEADER-Region Bergisches Wasserland schwerpunktmäßig beschäftigt. Mit zahlreichen Initiativen wollen die Akteure dafür sorgen, dass Zugewanderte dort nicht nur einen Wohnort, sondern auch eine Heimat finden.

[VON GABI WILHELM]

In der LEADER-Region Bergisches Wasserland ist Integration kein Fremdwort: Die Migranten-Gruppen der Region nehmen seit vielen Jahren aktiv am kommunalen Leben teil, denn es besteht ein traditionell gutes Verhältnis der ausländischen Gruppen zu den Kommunen. So engagierten sie sich bei der Erstellung der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES), die von Vertretern der Institutionen und Bewohnern der beiden Landkreise Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis zwischen Mitte 2014 und Mitte Februar 2015 erarbeitet wurde. Mit dabei war der Türkisch-Islamische Kulturverein Burscheid, der zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DiTiB) gehört. Vor zwölf Jahren gegründet, stehen hinter diesem Verein mit seinen etwa 190 eingetragenen Mitgliedern rund 350 Familien mit mittlerweile etwa 1000 Angehörigen. Bei der Erarbeitung der RES haben sich die Vereinsmitglieder als aufgeschlossene und kreative Partner gezeigt. Ihr Engagement hat dafür gesorgt, dass Vereinsvorstand Murat Türksöy für den Vorstand der Lokalen Aktionsgruppe aufgestellt wurde.

## Breite Vielfalt an Projekten

Zahlreiche Projekte zur Stärkung der Integration von Zuwanderern und zur Sensibilisierung der deutschen Bevölkerung wurden von den Migranten-Gruppen in den LEADER-Wettbewerbsprozess eingebracht. Dazu gehören Theaterprojekte für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund; durch die Erarbeitung und Vorführung der Theaterstücke sollen Alltagssituationen, Konflikte und Probleme von jungen Menschen thematisiert und verarbeitet werden.

Darüber hinaus hat sich eine bereits bestehende Ehrenamtsbörse für die aktuelle Förderperiode zum Ziel gesetzt, mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Unterstützer zu gewinnen und gemeinsam neue Projekte zu entwickeln. Mit ihren Bildungsangeboten für Asylsuchende will die Ehrenamtsbörse mit Partnern wie Caritas und Volkshochschule Deutschunterricht organisieren, der an den jeweiligen Bildungsstand der Asylsuchenden angepasst ist. Außerdem sollen die neuen Mitglieder in die üblichen Arbeiten der Freiwilligenbörse, wie Verschönerung von Kindergärten, Anlegen und Pflege von Wanderwegen und Spielplätzen, einbezogen werden.

Ein geplanter Freizeit-, Spiel- und Bewegungsraum in Burscheid hat das Ziel, gut erreichbare Angebote sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für ältere Menschen zu schaffen und so ein Miteinander der Generationen und Kulturen zu ermöglichen. Ein Elterncafé für Menschen mit Migrationshintergrund soll besonders auf die Probleme dieser Zielgruppe eingehen, Projektträger wird wahrscheinlich die Stadt Burscheid.

## Miteinander schafft Lebensqualität

Auch der bereits im Jahr 2000 gegründete Verein Kulturen in Burscheid e. V. (KiB) fördert das interkulturelle Miteinander. „Menschen aus 80 verschiedenen Herkunftsländern leben in Burscheid zusammen. Und obwohl das immer friedlich und unkompliziert ablief, wusste man bei näherem Hinsehen herzlich wenig voneinander“, erklärte die damalige Vorsitzende, Pfarrerin Annerose Frickenschmidt, die Motivation zur Vereinsgründung. Im Jahr 2010 hat der Verein erstmals ein interkulturelles Fest organisiert, das seitdem im Zweijahresrhythmus als zweitägige Open-Air-Veranstaltung auf dem Marktplatz gefeiert wird. Auftakt und Abschluss bildet die „Nacht der offenen Türen“, die gemeinsam von der muslimischen und den christlichen Gemeinden veranstaltet wird. Das Konzept soll über LEADER fortgesetzt und auf andere Gemeinden der Region übertragen werden.

Foto: LEADER-Region Bergisches Wasserland



**KONTAKT:**  
 Gabi Wilhelm  
 LEADER-Region Bergisches Wasserland  
 Telefon: 02202 132517  
 Gabi.Wilhelm@rbk-online.de  
 www.leader-bergisches-wasserland.de



# Neue Heimat „Altes Land“

Der im ländlichen Niedersachsen aufgewachsene Hasnain Kazim hat pakistanisch-indische Wurzeln und seit 1990 die deutsche Staatsbürgerschaft. Er fasst die Einwanderungsgeschichte seiner Eltern in seinem Buch „Grünkohl und Curry“ zusammen. Hier ein paar Ausschnitte. [VON ANJA RATH]

Größer könnte der Kontrast kaum sein: Die junge Nasreen Kazim folgt ihrem Mann von Pakistan in die deutsche Provinz, obwohl sie immer von London oder New York geträumt hatte. Der 32-jährige Hasan Kazim war ein erfahrener Seemann der Bremer Hansa-Reederei und beginnt 1974 seine Weiterbildung zum Kapitänspatent in einem „Dorf in einer Region, die ‚Altes Land‘ hieß“. Die Kazims zogen nach Hollern-Twielenfleth im Landkreis Stade und tauschten ein Leben in Wohlstand gegen eine unsichere Zukunft in der Fremde.

## Kulturschock und Wahlverwandte

„Für meine Mutter war es eine gänzlich ungewohnte Situation: Zu Hause, in Karatschi, hatte ihre Familie zwei Autos mit Chauffeur, mehrere Angestellte, ein schickes Haus, einen Fernseher, längst Telefonanschluss. [...] Und hier? Nichts. [...] nur eine Zwei-Zimmer-Wohnung.“ „Ich weiß gar nicht, wie ich das ausgehalten habe“, sagt Nasreen Kazim später. „Ein Leben in der Kleinfamilie, ohne Hilfe der großen Verwandtschaft. [...] Und niemanden haben, der das Problem versteht, kein Pakistaner, kein Inder weit und breit.“ Auch finanziell hatten sie sich verschlechtert: „Das sorglose Leben in Wohlstand war in Pakistan geblieben. ‚Doch wir waren glücklich, vielleicht hatten wir nicht viel, als wir nach Hollern kamen, aber es fehlte uns an nichts‘, stellt mein Vater heute fest.“

Zuvor hatten die Kazims für zweieinhalb Monate bei der Familie eines

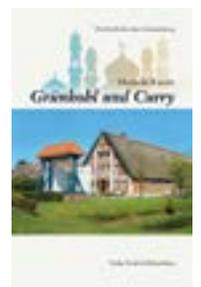
Arbeitskollegen des Vaters gelebt: Mariechen und Erich Koch wurden zu „‚Vati‘ und ‚Mutti‘ für meine Eltern – und später zu Omi und Opi für mich.“ Sie „gaben, ohne zu fordern. Sie verlangten nur, dass meine Eltern am Familienleben teilnahmen, an den gemeinsamen Mahlzeiten und an Besuchen bei diversen Verwandten, sich also nicht in sich verkrochen. Meine Mutter sagt, ohne die beiden hätte sie es wohl nicht geschafft.“ Und auch: „Alle diese Menschen kamen mir überhaupt nicht fremd vor. Ist das nicht komisch? Ich fühlte mich von Anfang an wohl.“ [...] Kochs waren eine Patenfamilie.“ Sie „wurden eine Art Großelternersatz. Zwei weitere sollten im Laufe meines Lebens noch dazukommen. Wahlverwandte.“ Auch in Hollern-Twielenfleth findet das Paar Freunde – und eine Wahlheimat, die sie aber – vorerst – wieder verlassen müssen. Nasreen Kazim „vermisste, was sie nie gedacht hätte, Hollern-Twielenfleth: das Paradies, wo es im Frühling an jeder Ecke weiß und rosa blühte, im Sommer nach Kirschen und Erdbeeren roch [...]. Wo sie sich trotz ihrer Einsamkeit und trotz eines Umfelds, das viel weniger komfortabel war als das in Karatschi, wohlfühlte, weil sie ihr Leben so gestalten konnte, wie sie es wollte.“

## Integration trotz Behörde

Ihre erste Ausweisung aus Deutschland akzeptiert das Paar noch ohne sie zu hinterfragen: „Damals war meinen Eltern nicht klar, [...] dass man auch in Deutschland gelegentlich für sein Recht kämpfen muss.“

Damals dachten sie noch: Was der Beamte sagt, wird seine Richtigkeit haben.“ Später kämpfen sie für eine langfristige Aufenthaltserlaubnis: Es beginnt eine jahrelange und kostenintensive Auseinandersetzung mit der Ausländerbehörde. „Die Angst vor einem Ende unserer Zeit in Deutschland blieb die Konstante im Leben meiner Eltern.“ Durchgestanden haben die Kazims diese Zeit auch dank der Unterstützung von Freunden, Nachbarn und Bekannten aus ihrer neuen Heimat.

Hasnain Kazim sagt heute, er habe mehr als eine einzige Heimat. „Wer in einem anderen Land leben will, sollte die dortigen Gepflogenheiten respektieren und mit den Einheimischen feiern und trauern – aber inwieweit muss er sein eigenes Leben danach ausrichten? [...] Meine Eltern haben versucht, uns Kindern die Antworten zu geben. Wir feiern christliche Feste in Deutschland und islamische, wenn wir in Pakistan sind. Wir essen an einem Tag Grünkohl mit Pinkel, am anderen Curry [...]. Wir leben in beiden Welten mit wechselnden Schwerpunkten, aber nicht dazwischen. Ich fühle mich als Deutscher. Und Europäer. Und Inder. Und Pakistaner. Und Südasiat.“



## SERVICE:

Das 2009 erschienene Buch „Grünkohl und Curry“ wurde 2014 in einer überarbeiteten und erweiterten Neuausgabe beim Friedrich Schaumburg-Verlag in Stade veröffentlicht.

# Gemeinsam für Toleranz

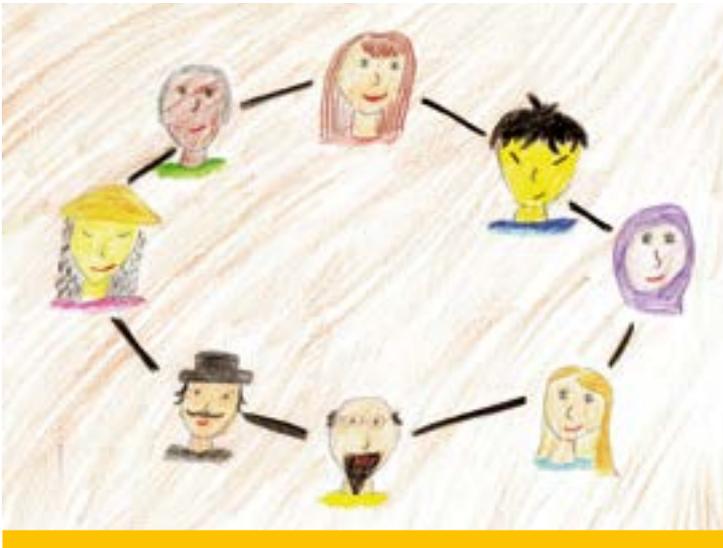
Der Landkreis Waldeck-Frankenberg versteht sich als lebenswerte Region mit einer offenen, demokratischen Gesellschaft. Mit seinem „Netzwerk für Toleranz“ fördert er die politische Bildungsarbeit und die Integration von Zuwanderern.

[VON URSULA MÜLLER]

Als im November 2011 erstmals Jugendliche mit rechtsextremistischen Parolen durch das nordhessische Frankenberg zogen, stand für den Kreistag Waldeck-Frankenberg fest, dass er handeln muss. Ein breites Bündnis aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte geschaffen werden, das Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit entgegentritt und das Selbstverständnis der Region als Heimat einer offenen, demokratischen Gesellschaft sichtbar macht. Rund 100 Teilnehmer folgten der Einladung zu einer ersten Konferenz im November 2013, aus der schließlich das „Netzwerk für Toleranz Waldeck-Frankenberg“ hervorging. Geleitet wird es von einer Steuerungsgruppe, der je ein Abgeordneter der im Kreistag vertretenen Fraktionen sowie ein Vertreter der Polizei Waldeck-Frankenberg, des Staatlichen Schulamtes und der Fachdienste Jugend und Sport angehört. Angesiedelt ist es bewusst

Schüler, Eltern und Lehrkräfte Workshops und Ausstellungen zum Rechtsextremismus und zu seinen aktuellen Ausprägungen an. Für Multiplikatoren organisiert es Schulungen, um sie für fremdenfeindliche und rassistische Strömungen zu sensibilisieren.

Neben einer aktiven Bildung für Toleranz legt der Landkreis Wert darauf, in der Region eine Willkommenskultur zu etablieren und zu fördern. Dieses Anliegen gewinnt mit der wachsenden Zahl ankommender Flüchtlinge immer mehr an Bedeutung. Um Sprachbarrieren abzubauen und ausländischen Zuwanderern den Neubeginn zu erleichtern, wurde ein Übersetzerpool aufgebaut, dem mittlerweile kreisweit über 50 Ehrenamtliche angehören. Die Sprachmittler unterstützen die Migranten bei alltäglichen Fragestellungen, bei Gesprächen in Kindergarten und Schule sowie bei Behördengängen und Arztbesuchen. Diese Arbeit ist für sie eine große Herausforderung, denn sie sollen dabei Empathie und Mitgefühl für die Betroffenen und deren Schicksale möglichst zurückhalten und sich neutral verhalten. Deshalb hat das Netzwerk ein Schulungsangebot für ehrenamtliche Dolmetscher entwickelt, das sie bei ihrem Engagement unterstützt.



beim Fachdienst Dorf- und Regionalentwicklung, da ländliche Entwicklung als ganzheitlicher Prozess begriffen wird. Die Diplompädagogin Ursula Müller koordiniert das Netzwerk.

## Aufklären, sensibilisieren, helfen

Das Netzwerk ist in drei Arbeitsgruppen gegliedert – mit den Schwerpunkten „Toleranz- und Demokratieerziehung“, „interkulturelles und interreligiöses Lernen“ sowie „politische Jugendbeteiligung“. Die Arbeitsgruppen treffen sich regelmäßig, stoßen Initiativen an und entwickeln gemeinschaftlich Projekte. So bietet das Netzwerk für

## Bundesprogramm ermöglicht vielseitige Projektförderung

Seit Januar 2015 ist das Netzwerk für Toleranz Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Damit verfügt es in den kommenden fünf Jahren über Bundesmittel in Höhe von 225 000 Euro. Mit dem Geld wurden bereits zahlreiche Integrationsprojekte wie Sportveranstaltungen und Willkommensinitiativen gefördert. Ein Beispiel ist die Initiative des Vereins „Arbeitskreis Rückblende – Gegen das Vergessen e.V.“, der einen Austausch zwischen deutschen und polnischen Schülern organisierte. Schüler beider Nationen beschäftigten sich mit dem Holocaust und machten sich auf die Suche nach den Wurzeln der Menschen in Waldeck-Frankenberg, die während des Naziregimes im Vernichtungslager im polnischen Sobibor getötet wurden. Über die gemeinsame Suche der Schüler ist ein Filmprojekt entstanden, das derzeit mit den Mitteln des Netzwerks ins Englische übersetzt wird.

Bild: Elin Reith



KONTAKT:  
Ursula Müller  
Netzwerk für Toleranz –  
Landkreis Waldeck-Frankenberg  
Telefon: 05631 954889  
ursula.mueller@landkreis-waldeck-frankenberg.de  
www.toleranzwafkb.de

# Diffuse Ängste überwinden

Der brandenburgische Landkreis Märkisch-Oderland leidet im ländlichen Raum unter einem drastischen Bevölkerungsrückgang. Seit 2013 nimmt die Bevölkerung durch Zuzüge aber erstmals wieder leicht zu. Zuwanderer aus dem Ausland können dazu beitragen, die Region wiederzubeleben. Wie gelingt es, Menschen anderer Kulturen willkommen zu heißen und sie in die Gesellschaft einzubinden?



Lutz Amsel ist stellvertretender Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland und unter anderem verantwortlich für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern.

”

*Reden, reden, reden – das ist ein ständiger Prozess.“*

**Herr Amsel, wie reagieren die Menschen aktuell darauf, wenn Flüchtlinge in den Ort kommen sollen?**

In unserem Landkreis leben knapp 190 000 Einwohner; bisher haben wir 1950 Flüchtlinge aufgenommen, das ist überschaubar. Die Verteilung der Flüchtlinge konzentriert sich aber auf wenige Orte, und dort erhält das Thema viel Aufmerksamkeit. Die Bürger sind nicht unbedingt begeistert, die meisten aber angesichts der Schicksale der Flüchtlinge der Meinung, dass wir die Menschen willkommen heißen und ihnen helfen sollten. Viele Bürger machen sich darüber Gedanken, wie es angesichts der Zuwanderung mit Deutschland und Europa weitergeht. Da spielt weniger Konkurrenzdenken eine Rolle, denn freie Arbeitsstellen gibt es besonders nahe Berlin genug. Vielmehr sind diffuse Ängste der Anlass für die Sorgen. Ein großer Teil unserer ländlichen Bevölkerung hatte ja in der Vergangenheit im Alltag nur wenig Kontakt mit Menschen anderer Kulturen.

**Wie gehen Sie mit diesen Ängsten um?**

Man muss sie ernst nehmen und mit den Menschen darüber sprechen

und darauf eingehen: Reden, reden, reden – nicht nur einmal, sondern als ein ständiger Prozess. Wenn ein Ort für die Flüchtlingsaufnahme in Frage kommt, sprechen wir sofort mit dem Bürgermeister, danach mit der Gemeindevertretung. Dann machen wir eine vorbereitende Einwohnerversammlung mit dem Landrat, der Polizei und den Heimbetreibern. Dort beantworten wir alle Fragen, die gestellt werden. Manchmal gibt es krude Vorstellungen davon, wie sich Ausländer verhalten. Wir machen aber vorab deutlich, dass alles gefragt und angesprochen werden kann. Meist ist dann schon 50 Prozent vom Dampf aus dem Kessel. Häufig traten am Ende einer Versammlung Leute an uns heran, die sich als Helfer engagieren wollen oder nach der Möglichkeit fragen, im Wachschutz, in der Heimleitung oder als Hausmeister zu arbeiten.

**Also wollen Sie die Menschen vor Ort auch dazu motivieren, selbst Integrationsarbeit zu leisten.**

Ohne Willkommenskreise wären wir erledigt. Die direkte Integration können nur die Menschen vor Ort leisten, denn nur sie wissen, wo gerade der Sport- oder der Häkelverein aktiv ist und wie beispielsweise Deutschunterricht mit der lokalen Schule koordiniert werden muss. Es hilft, dass viele syrische Flüchtlinge Russisch oder Englisch sprechen – Sprachen, die auch vielen Menschen

vor Ort geläufig sind. Außerdem ist es uns oft gelungen, Mitarbeiter für die Unterkünfte zu gewinnen, die Auslandserfahrung haben und nicht nur die Sprache, sondern auch die Mentalität der Menschen verstehen. Man muss gegenseitiges Verständnis entwickeln. Wir haben deshalb Veranstaltungen organisiert, bei denen Asylbewerber von ihren Schicksalen erzählen konnten. In einer Schulklasse herrschte danach Totenstille. Was die Flüchtlinge erlebt hatten, ging allen Zuhörern unter die Haut.

**Welches Verständnis müssen die Zuwanderer entwickeln?**

Sie müssen sich an unsere Gesetze halten, und wir müssen deutlich machen: Wenn ihr euch integrieren wollt, geht das nicht anders. Aber wir dürfen nicht erwarten, dass wir einen Schalter umlegen, und in der Familie aus einem anderen Kulturkreis ist die Ehefrau von einem Tag auf den anderen gleichberechtigt. Man kann so etwas nicht anordnen, sondern muss es vorleben. Wenn es uns beispielsweise gelingt, Asylbewerberinnen Stellen im Pflegebereich zu verschaffen – denn dort möchten viele von ihnen arbeiten –, stärken wir damit die Rolle der Frau in den Flüchtlingsfamilien.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

Das Interview führten Anja Rath und Isabella Mahler.

# Gras wird zu Kunststoff und mehr

Die Produktion nachwachsender Rohstoffe für die Bioenergiegewinnung findet hauptsächlich auf dem Acker statt. Ein Unternehmen im hessischen Odenwald geht neue Wege, es verbindet die Herstellung von Kunststoff, Dünger und Dämmstoffen mit der Bioenergieerzeugung. Gebraucht wird dafür vor allem eines: genügend Gras. [VON NATASCHA ORTHEN]

Extensive, artenreiche Grünlandflächen haben durch die fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgenommen. Gras hat gegenüber anderen Nutzpflanzen an Wert verloren, und viele Landwirte können das Mähgut im eigenen Betrieb nicht mehr verwerten. Für das hessische Unternehmen Biowert aber ist Gras der substanzielle Rohstoff der Produktion. Es verarbeitet Mähgut in einem Kreislaufsystem zu Kunst- und Dämmstoff, Dünger und Strom und unterstützt dabei indirekt den Erhalt von Grünlandflächen.

„Wir sind immer noch Pioniere“, sagt Michael Gass über sein Unternehmen Biowert, das er seit 15 Jahren in der Schweiz und in Deutschland führt. In Brensbach im Odenwald errichtete er 2005 die weltweit einzige Grasfabrik. Hier werden die Ideen, die aus dem Schweizer Unternehmenszweig kommen, von derzeit 15 Mitarbeitern in die Praxis umgesetzt und weiterentwickelt. Das Unternehmen ist eigenfinanziert, denn die Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten oder Universitäten findet Michael Gass zu wenig praxisorientiert.



Die Produktion in der Grasfabrik ist ein geschlossener Kreislauf.

Mittlerweile arbeitet Biowert mit sieben Landwirten im Odenwald zusammen und verarbeitet derzeit pro Jahr rund 5 000 Tonnen Gras von etwa 70 Hektar Grünlandfläche.

## Kreislaufprinzip

Die Grasfabrik ist so konzipiert, dass die Rohstoffe in einem Kreislaufverfahren verwertet werden, so dass weder Abwässer noch sonstige Abfälle entstehen. Der Ressourcenverbrauch begrenzt sich also auf ein Minimum.

Das Gras, überwiegend sogenanntes Wiesengras, wird in einem Silo aufgeschichtet, verdichtet und luftdicht abgedeckt, sodass der Gärprozess beginnen kann. Aus der so gewonnenen Silage wird in der Bio Raffinerie in einem nächsten Schritt die Zellulose aus dem Gras gelöst und getrocknet. Dies geschieht nur mit Wasser und Wärme, ohne chemische Zusätze. Aus den gewonnenen Fasern wird durch die Zugabe eines Flammschutzmittels der Dämmstoff AgriCell hergestellt, der ausschließlich aus Zellulose besteht. Da er feuchtigkeitsregulierende Eigenschaften besitzt, wird er in Innenräumen verwendet.

Die Fasern können auch mit Recycling-Kunststoff oder biologisch abbaubarem Kunststoff gemischt und zu einem ressourcenschonenden Kunststoffgranulat, genannt AgriPlast, verarbeitet werden. Das Granulat besteht zu 75 Prozent aus Grasfasern und ist dadurch etwa ein Viertel leichter als herkömmliche, glasfaserverstärkte Kunststoffe, was beim Transport Energie spart. Zudem besitzt das Material eine lange Haltbarkeit und kann so den Rohstoffverbrauch bei der herkömmlichen Kunststoffherstellung reduzieren. Aus AgriPlast werden beispielsweise Terrassendielen und Übertöpfe für Blumen sowie Becher hergestellt.

## Schnittzeitpunkt ist wichtig

Nicht jedes Gras ist für den Produktionskreislauf der Biowert-Grasfabrik geeignet. Wiesengras gibt es in der Region rund um Brensbach jedoch zur Genüge. Die Landwirte müssen allerdings einen bestimmten



Das Kunststoffgranulat AgriPlast besteht überwiegend aus Grasfasern.

Schnittzeitpunkt einhalten. Wird nämlich erst nach dem Rispschieben, also nach dem Austreiben, gemäht, verhornt die Zellulose des Grases. Eine Kombination aus einem hohen Gehalt an Alpha-Zellulose und einer geringen Menge Lignin im Gras ist für die Kunststoffherstellung aber unbedingt notwendig. Denn als sogenannte Biopolymere ersetzen sie die in der konventionellen Kunststoff-Herstellung verwendeten chemischen Polymere. Zudem muss das Gras bei der Lieferung noch lose sein.

Das verwendete Wiesen gras stammt überwiegend von Flächen, die im Rahmen einer freiwilligen Verpflichtung, etwa dem Vertragsnaturschutz- oder Kulturlandschaftsprogramm, aus der Produktion genommen und stillgelegt wurden. Um den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand dieses Grünlands zu erhalten, ist vertraglich festgelegt, dass der Landwirt die Fläche einmal im Jahr mäht und das Mähgut abfährt. In der Grasfabrik von Michael Gass wird das gemähte Wiesen gras dann mit 30 Prozent Weidelgras aus Ackergrasanbau gemischt, um bei Faserlänge und -festigkeit eine konstante Qualität zu erhalten. Der Rohstoff Wiesen gras fällt Jahr für Jahr in großen Mengen an und ist für die herkömmliche Landwirtschaft wegen des niedrigen Futterwertes von geringem Interesse. Fänden die Landwirte für ihr Wiesen gras keinen Abnehmer, würden wohl viele Wiesen aus der Nutzung genommen und verbuschen. Die Artenvielfalt auf den Flächen nähme in der Folge ab.

### Organische Abfälle werden verwertet

Als Nebenprodukt der Fasern entsteht Grasgülle, die gemeinsam mit organischen Abfällen in der Biogasanlage des Unternehmens fermentiert wird. Neben Gras kann die Grasfabrik auch Grünschnittroggen und organische Abfälle aus der Lebensmittelverwertung, wie Speisereste, zur Produktion nutzen. Vor der Verwendung der organischen Abfälle muss laut Gesetz eine Hygienisierung, also eine Abfallvorbehandlung und -aufbereitung, vorgenommen werden. Schlachtabfälle können jedoch nicht verwertet werden.

Die in der Biogasanlage erzeugte Energie wird in einem der zwei unternehmenseigenen Biomasseheizkraftwerken mit je 1,4 Kilowattstunden Leistung in Strom umgewandelt. Diesen Strom nutzt das

Unternehmen entweder selbst oder speist ihn als Ökostrom ins Netz ein. Die Verwertung von Gras in seiner Biogasanlage sieht Michael Gass als „Zukunftsperspektive für den landwirtschaftlichen Bereich“. Früher waren Landwirtschaft und Industrie strikt voneinander getrennt, doch über den Wirtschaftszweig Bioökonomie kommen sie nun zusammen. Auch wenn dies „weit über das hinausgeht, was der Landwirt gewöhnt ist“, da die Grasnutzung nicht mehr allein der Produktion von Tierfutter dient. Michael Gass' Vision ist, in fünf Jahren ein bis zwei weitere Grasfabriken in Europa zu betreiben.

Die bei der Stromerzeugung entstandene Abwärme wird als Prozesswärme zur Trocknung der Fasern direkt in der Grasfabrik genutzt. Schlussendlich bleibt also bei der Produktion außer dem Dünger AgriFer und den Feststoffen, die ebenfalls als Dünger eingesetzt werden, nichts übrig. Der Dünger aus Gras kann schlussendlich auf die Felder der Umgebung ausgebracht werden. „Zuerst mussten wir die Landwirte von unserem Dünger überzeugen“, gibt Michael Gass zu, „wir mussten sie anfangs sogar dafür bezahlen, dass sie den Dünger auf ihren Flächen ausbringen.“ Mittlerweile wird geliefertes Gras mit Dünger verrechnet. Der Kreis schließt sich. ■

### SERVICE:

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus dem LandInForm Spezial zum Thema „Grünlanderhalt“, das im März 2016 erscheinen wird.



**KONTAKT:**  
Dr. Michael Gass  
Biowert Industrie GmbH  
Telefon: 06161 806630  
m.gass@biowert.com  
www.biowert.de



# Deutsche Steppen

Ein LIFE-Projekt hat sich von 2009 bis 2015 der „Erhaltung und Entwicklung der Steppenrasen Thüringens“ gewidmet und erfolgreich Strategien zur langfristigen Sicherung entwickelt. [VON SIMON KEELAN]

Bei dem Begriff „Steppe“ erscheinen die weitläufigen baumlosen Graslandschaften Osteuropas und Asiens oder die Prärie in Nordamerika vor dem geistigen Auge. Doch auch in Deutschland gibt es sie, zwar eher kleinräumig, aber von besonderer Bedeutung für Naturschutz und Artenvielfalt. Federgräser, Große Graslinie und Frühlings-Adonisröschen sind nur einige botanische Highlights der Steppenrasen Thüringens, die man isoliert auf Hügeln und Kuppen in der Landschaft des Thüringer Beckens, rund um Erfurt, findet. Früher waren sie auch auf den fruchtbaren Schwarzerden verbreitet, die heute in aller Regel ackerbaulich genutzt werden. Allein aufgrund der Seltenheit des Biotops sind angepasste Tier- und Pflanzenarten wegen geringer Verbreitungsmöglichkeiten potenziell gefährdet. Hinzu kommt die Aufgabe traditioneller Bewirtschaftungsmethoden, wie die Beweidung durch Schafe und Ziegen.

Das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz hat sich mit dem LIFE-Projekt „Erhaltung und Entwicklung der Steppenrasen Thüringens“ in 14 Projektgebieten dafür eingesetzt, dieses Naturerbe zu bewahren. Gleichzeitig sollten die Beweidbarkeit der Flächen verbessert und gezielte Artenschutzmaßnahmen umgesetzt sowie Biotope, die nicht mehr genutzt wurden oder verbuscht waren, wiederhergestellt werden.

## Weniger Schäfer in Deutschland

Dass die Schafhaltung in Deutschland aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Aussichten zurückgeht, ist weitgehend bekannt. Auch dass Schaffleisch und -wolle weniger nachgefragt werden, überrascht nicht. In erster Linie erbringen Schäfer eine Landschaftspflegeleistung, um die Kulturlandschaft zu erhalten. Häufig ist das nur über Fördermittel möglich. Eine Besonderheit des LIFE-Projekts war es, die Naturschutzziele über die Küche zu vermitteln. Mit der Regionalmarke „Weidewonne“ wurde eine Basis geschaffen, den regionalen Naturschutz über

regionale Produkte zu vermarkten und den Schäfern eine wirtschaftliche Perspektive zurückzugeben.

## Ergebnisse

Über das Projekt wurden Maßnahmen auf über 350 Hektar durchgeführt: angefangen von der Erstpflege, beispielsweise der Entfernung von Gehölzen, dem gesteuerten Brandmanagement besonders verfilzter Flächen und der Beseitigung von Ablagerungen, bis hin zur Bereitstellung von Weidezubehör wie Zäune, Tränke und Weideunterstände, um die Weidesituation der isolierten Biotope zu verbessern.

Zur Strategie gehörte ebenso, naturschutzfachlich besonders wertvolle Flächen zu erwerben und über Grundbucheintragungen in Kombination mit langfristigen Pachtverträgen für den Naturschutz zu sichern.

Begleitet wurde das Projekt außerdem durch umfassende Veröffentlichungen wie einem Tagungsband, Broschüren, einem Flyer und einem Film über die deutschen und europäischen Steppenlandschaften.

Die Projektgruppe ist sich sicher, dass sich die empfindlichen Biotope trotz der großen Anstrengungen im Projekt langfristig nur erhalten lassen, wenn sich die wirtschaftliche Situation der Schäfer über die Produktvermarktung von Fleisch und Wolle verbessert und die Schäfereien weniger auf Fördermittel angewiesen sind. Dies erfordert auch eine weitere Sensibilisierung der Bevölkerung für die Leistungen von Schäfern und Schafen. ■

## SERVICE:

Die Regionalmarke „Weidewonne“ wird ausführlich im LandInForm Spezial zum Thema „Wertschöpfungskette Fleisch“ vorgestellt, das im Dezember 2015 erschienen ist.



**KONTAKT:**  
Thüringer Ministerium für Umwelt,  
Energie und Naturschutz  
Telefon: 0361 37900  
poststelle@tmuen.thueringen.de  
www.steppenrasen.thueringen.de

# Carsharing auf dem Dorf

Die weiten Wege auf dem Land zwingen viele Familien zur Anschaffung von Zweit- und Drittautos. Das unterfränkische Dorf Gnötzheim möchte die Umwelt entlasten: mit einem gemeinsamen Dorfauto.

[VON UWE STRADTNER]

Carsharing ist nur etwas für die Stadt? Nein, dachten sich viele Gnötzheimer Bürger, als der örtliche Bauernverband vor einigen Jahren die Idee von einem Gemeinschaftsauto für die Dorfbewohner verbreitete. Inzwischen nutzt das 280-Seelen-Dorf Gnötzheim im Landkreis Kitzingen das Dorfauto schon im fünften Jahr. Die Trägerschaft übernahm die evangelische Kirchengemeinde, die sich in der Verantwortung sieht, die Schöpfung zu bewahren, und mit dem Dorfauto einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten möchte.

## Finanzierung aus mehreren Kanälen

Bevor die Gnötzheimer im Oktober 2011 mit der Umsetzung des Projekts begannen, wurden ein Projektausschuss und -vorstand sowie ein technischer Leiter bestimmt. Die Planungen und das Sammeln von Spenden dauerte ein halbes Jahr. Schließlich wurde ein Kleinwagen erworben und zu zwei Dritteln mit Spenden, zu einem Drittel mit Kreditmitteln finanziert. Örtliche Sponsoren brachten ihre Werbung auf dem Fahrzeug an und zahlten einen einmaligen Betrag als Grundstock für die laufenden Kosten. Die Gemeinde stellte einen Parkplatz in der Ortsmitte zur Verfügung, und an alle Haushalte des Ortsteils wurden Werbeflyer verteilt.

## Einfache Handhabung in der Nutzung

Die Bedingungen für die Nutzung des Dorfautos sind einfach: Wer mitmachen will, unterschreibt einen Nutzervertrag und hinterlegt 200 Euro Kautions. Dafür bekommt der Nutzer Zugang zum Autoschlüsseltresor. Im Internetkalender kann er sich anmelden und nachsehen, wann das Dorfauto frei ist. Alternativ kann die Buchung telefonisch über eines der Ausschussmitglieder erfolgen. Am Ende der Fahrt trägt sich der Nutzer handschriftlich ins Fahrtenbuch ein. Ein in der Kirche engagiertes Ehepaar hat ehrenamtlich die Aufgabe übernommen, alle zwei Monate abzurechnen und die Lastschriften zu beauftragen. Das Konto führt die kirchliche Verwaltungsstelle. Berechnet werden 20 Cent pro Kilometer und zwei Euro pro Stunde, für junge Erwachsene bis 24 Jahre nur ein Euro pro Stunde. Nachts zwischen 22 und 6 Uhr wird kein Stundentarif berechnet. Die Gebühren dienen dazu, die laufenden Kosten wie Steuer, Versicherung, Wartung und Benzin zu decken.



Uwe Stradtner (rechts) und Hadi Nawrozi, der bald 18 wird und sich schon auf das Dorfauto freut.

## Herausforderungen in der Praxis

Von Anfang an war das Dorfauto Gnötzheim eine unerwartete Sensation in der öffentlichen Wahrnehmung. Zeitungen, lokale Radio- und Fernsehstationen gaben sich die Klinke in die Hand. Besonders die Trägerschaft der Kirche machte großen Eindruck.

Die Erfahrungen nach vier Jahren Dorfauto in Gnötzheim zeigen aber, dass das Carsharing auf dem Land aufgrund der Mobilitätsgewohnheiten der Bevölkerung nicht leicht umzusetzen ist. Die laufenden Kosten sind durch die Nutzungsgebühren zwar gedeckt, aber es wird nicht gelingen, Rücklagen für die Neuanschaffung eines Nachfolgefahrzeugs zu bilden. Das Projekt Dorfauto wird noch einige Zeit weiterlaufen; für einen dauerhaften Betrieb mit mehr Nutzern muss es aber anders ausgerichtet werden.

## Nachbardorf lernt aus den Erfahrungen in Gnötzheim

Aufgrund dieser Erkenntnisse ist die Carsharing-Initiative eines Nachbarorts einen anderen Weg gegangen: Anstelle eines Kleinwagens wurde ein Kleinbus mit neun Sitzplätzen angeschafft, der gegenüber den privaten PKWs den Vorteil hat, dass er auch von größeren Gruppen genutzt werden kann, etwa für Ausflüge. Das erhöht die Zahl der Nutzer deutlich, die Anzahl der Buchungen ist im Vergleich zum Gnötzheimer Dorfauto aber nicht höher. Deshalb wird der Bus an drei Vormittagen pro Woche an die Gemeinde verliehen und fährt im Bürgerbus-Linienverkehr. Das macht zwei Drittel der Einnahmen aus und ermöglicht eine Rücklagenbildung. ■



**KONTAKT:**  
Uwe Stradtner  
Evangelisch-Lutherisches  
Pfarramt Gnötzheim  
Telefon: 09339 252  
uwe.stradtner@elkb.de

# Meine Gemeinde – Heimat für alle

Eine Initiative im Oberallgäu hat sich das Ziel gesetzt, allen Menschen in der Region eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen: durch Schulungen, Kommunikation und vor allem durch Vernetzung.

[VON SABINE WEIZENEGGER UND ARMIN RUF]

Im Jahr 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ratifiziert und das Thema Inklusion hat seitdem an Schubkraft gewonnen. Es geht darum, allen Menschen, denen Anerkennung und Unterstützung fehlt, die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen: Menschen mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen, Bürgern mit Migrationshintergrund und Asylsuchenden, aber auch Alleinstehenden, Senioren, Jugendlichen und Familien. Dabei soll Inklusion nicht nur strukturell umgesetzt werden, sondern auch „in den Seelen Resonanz finden.“ Die Initiative „Meine Gemeinde – Heimat für alle?!“ will den sperrigen Begriff Inklusion verständlich machen und konkrete Handlungs- und Denkprozesse in den Kommunen des Oberallgäus sowie der Stadt Kempten aufzeigen.

## Eine Initiative

Bei ersten Informationsveranstaltungen im Frühjahr 2012, die der Caritasverband Kempten-Oberallgäu mit Vertretern der Kommunen und Kirchen durchführte, wurde deutlich, dass die komplexe Frage, wie Inklusion umgesetzt werden kann, eine fundierte fachliche Begleitung und ortsnahe Verankerung braucht. In einem neu gegründeten Initiativkreis entwickelten unter anderem die Behinderten-, Integrations- und Seniorenbeauftragten des Landkreises, eine kommunale Familienbeauftragte sowie die Jugendsozialarbeiterin der Gemeinde Dietmannsried die Projektidee. Die Vision: Alle Menschen sollen ihr Leben und ihren Lebensraum frei gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können; sie haben eine gleichberechtigte Chance, ihr eigenes Leben und das einer offenen Bürgergesellschaft mitzugestalten, und sie erhalten freien Zugang zu den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen

und politischen Angeboten der Gesellschaft in ihrer Gemeinde. Im Sommer 2013 trat der Caritasverband mit der Projektidee an die LEADER-Geschäftsstelle der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Regionalentwicklung Oberallgäu e.V. heran.

## ... findet Unterstützung

Die LAG ist seit 2003 aktiv. Von ursprünglich fünf auf heute 27 Gemeinden gewachsen, hat sie zahlreiche Projekte angestoßen, über die rund 5,8 Millionen Euro Fördergelder in die Region geflossen sind. Der Schwerpunkt lag vor allem auf der regionalen Wertschöpfung. Der größte Teil der Projekte war im Tourismus angesiedelt, während die Aktivitäten im sozialen Bereich bislang eher verhalten gewesen waren. Insbesondere die Bürgermeister hatten befürchtet, dass bei sozialen Projekten der für LEADER unabdingliche Aspekt der Innovation zu kurz käme, da zu viele Pflichtaufgaben finanziert werden müssten. Doch nun waren verschiedene Entwicklungen absehbar – der demografische Wandel, die Zunahme von Demenzerkrankungen, die Migration –, für die die LAG neue Lösungen finden muss. So fand der Projektantrag schnell eine große Resonanz im Vorstand der LAG. Auch bei einigen Bürgermeistern wuchs das Interesse – vielleicht aufgrund der Tatsache, dass im Sommer 2013 einige Gemeinden erstmals Flüchtlinge zugeteilt bekamen. Damit standen sie plötzlich vor ganz neuen Fragestellungen: Wie wird die Bevölkerung die Asylbewerber aufnehmen und wie kann eine Integration gelingen? Wie werden ganz alltägliche Probleme, wie Behördengänge, Arztbesuche und Sprachbarrieren, gelöst? Der Projektantrag wurde schließlich in einem Umlaufverfahren beschlossen, bereits im November 2013 konnte der Zuwendungsbescheid als einer der letzten

der auslaufenden Förderperiode erteilt werden. Fördermittel in Höhe von 24.850 Euro, 50 Prozent der Projektsomme, standen nun für Koordination, Schulungen, Redaktion und technische Umsetzung einer Internetplattform sowie für Öffentlichkeitsarbeit, Sach- und Fahrtkosten zur Verfügung.

## Inklusionsmelder

Das LEADER-Projekt setzt auf zwei Maßnahmen. Zum einen werden soziale Knotenpunkte aufgebaut: Dabei handelt es sich jeweils um eine Art Arbeitskreis aus verschiedenen Multiplikatoren, die ihr Wissen, das sie bei Schulungen erhalten, an andere Mitbürger weitergeben. Zum anderen wurde der Inklusionsmelder eingerichtet – ein Online-Angebot auf der bestehenden Webseite [www.heimatfueralle.de](http://www.heimatfueralle.de), das Informationen zu Angeboten und zu Beispielen guter Praxis bündelt. Unter dem Button „Ort melden“ öffnet sich ein Formular, in dem Inhalte zu den Rubriken „Arbeit“, „Barrierefrei“, „Bildung“, „Freizeit“, „Kultur“, „Mobilität“, „Versorgung“ und „Wohnen“ eingetragen werden können. Dabei kann es sich um ganz unterschiedliche Initiativen handeln: Eine Jugendblaskapelle meldet, dass bei ihren Konzerten Menschen mit körperlichem Handicap mitspielen. Oder eine türkische Familie beschreibt die Möglichkeiten, in ihrer Heimatstadt Unterstützung bei der Erledigung von Hausaufgaben zu erhalten. Eine Online-Redaktion schaltet die geprüften und gegebenenfalls überarbeiteten Einträge zeitnah frei. Mit der steigenden Zahl an Flüchtlingen im Oberallgäu und deren Unterstützern wurde zusätzlich die Themenseite „Asyl“ eingerichtet. Sie informiert über Kontaktpersonen und Wissenswertes, vermittelt Schulungen, empfiehlt Handbücher und kommuniziert Termine.



1 Afrikanische Djembe und bayerisches Brauchtum: Die Trommelgruppe aus Immenstadt verbindet Kulturen durch Musik.



2 Starkes Netz für eine starke Region: Die Mitglieder des Initiativkreises haben sich viel vorgenommen und können sich dabei auf die gegenseitige Unterstützung verlassen.

3 Der digitale Inklusionsmelder: [www.heimatfueralle.de](http://www.heimatfueralle.de)

Anfangs stammten die Informationen des Inklusionsmelders vornehmlich von den Mitgliedern des Initiativkreises, inzwischen beteiligen sich zunehmend weitere Institutionen und interessierte Bürger. Nachdem das Online-Angebot bei der „Allgäuer Festwoche“ – einer regionalen Publikumsmesse – vorgestellt worden war, kamen allein in den beiden Folgemonaten 35 neue Einträge hinzu. Im Rahmen einer Evaluation wird derzeit ermittelt, wie der Inklusionsmelder akzeptiert wird. Eine Vielzahl von Anfragen und positiven Rückmeldungen lassen auf den Erfolg hoffen: „Sie haben uns beim Zurechtfinden der vielen Aufgaben sehr geholfen!“ oder „Ich wusste gar nicht, dass dies in meinem Ort möglich ist“ sind Beispiele für typische Einträge. Langfristiges Ziel ist es, eine Datenbank mit jährlich 100 neuen Inklusionsmeldungen zu erstellen.

### Rückblick und Ausblick

Die Initiative „Meine Gemeinde – Heimat für alle?!“ bringt bestehende kommunale Gremien, Beiräte und Beauftragte miteinander in Verbin-

dung und unterstützt die Bürgerbeteiligung, ein zentraler Aspekt in LEADER. Gerade in der Vernetzung der Asyl-Unterstützerverkreise – darin engagieren sich über 1000 Freiwillige im Oberallgäu und 400 in der Stadt Kempten – zeigt sich, welche soziale Energie vorhanden ist. Ehrenamtliche brauchen aber professionelle Unterstützung, um das Potential ihres Engagements zielgerichtet einzusetzen. Eine Schlüsselrolle können dabei die Beauftragten in den Kommunen einnehmen. Insbesondere im Bereich der interkommunalen Kommunikation besteht weiterhin Vernetzungsbedarf. Der Initiativkreis spricht sich für eine professionelle Begleitung von kommunalen, sozialen Prozessen aus: Engagierte Profis sind gefragt, die interkommunal arbeiten und über Kooperationen finanziert werden können. Eine professionelle Zusammenarbeit zwischen kommunalen Entscheidungsträgern und dem sozialräumlichen Wissen von Wohlfahrtsverbänden kann effektive Ergebnisse ermöglichen: Mit der richtigen Verknüpfung von gebün-

deltem Know-how und sozialer Energie können 100 Prozent Engagement in 80 Prozent Wirksamkeit münden.

Mit dem Projekt versteht sich das Allgäu als lernende Region, in der sich öffentliche und gemeinnützige Träger sowie Privatinitiativen untereinander vernetzen. Die Erkenntnisse dieser Kooperation und auch der Ehrenamtskoordination können für künftige soziale Fragestellungen im Allgäu genutzt, aber auch auf andere Regionen übertragen werden. ■



**KONTAKT:**  
Dr. Sabine Weizenegger  
LAG Regionalentwicklung Oberallgäu e.V.  
Telefon: 08373 29914  
[weizenegger@regionalentwicklung-oa.de](mailto:weizenegger@regionalentwicklung-oa.de)  
[www.regionalentwicklung-oa.de](http://www.regionalentwicklung-oa.de)

Dr. Armin Ruf  
Caritasverband Kempten-Oberallgäu e.V.  
Telefon: 0831 960880-23  
[armin.ruf@caritas-kempten.de](mailto:armin.ruf@caritas-kempten.de)  
[www.caritas-allgaeu.de](http://www.caritas-allgaeu.de)

# Auf dem Land bewegt sich was

Wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge lassen sich nur erhalten, wenn die Menschen sie auch erreichen können. Im ländlichen Raum wird dies auf Dauer nur mit einem Mix aus öffentlicher, privater und bürger-schaftlicher Initiative funktionieren. [VON JANA HOYMANN]

Mobilität ist das Bindeglied der Daseinsvorsorge. Sie ermöglicht es den Menschen, Versorgungseinrichtungen zu erreichen und sichert zugleich deren Existenz. Die Mobilität vor allem jugendlicher und älterer Menschen zu gewährleisten, stellt ländliche Regionen allerdings vor große Herausforderungen. Sinkende Schülerzahlen und Finanzierungsengpässe im ÖPNV zwingen die Kommunen, alternative, individuelle Lösungen zu entwickeln. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele für Carsharing-Angebote, Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste sowie Mitfahrgelegenheiten, wobei ehrenamtliches Engagement immer wichtiger wird.

Auch für den Brand- und Katastrophenschutz ist das Thema Erreichbarkeit von zentraler Bedeutung. Die freiwilligen Feuerwehren haben bereits heute Probleme, Nachwuchs zu gewinnen. Vor dem Hintergrund des drastischen Bevölkerungsrückgangs wird es für sie immer schwieriger, ihre Pflichten zu erfüllen. Ein Schließen von Standorten jedoch würde die Anfahrtszeiten zu Einsatzorten deutlich erhöhen und könnte im Ernstfall Leib und Leben gefährden.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, unterstützt das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur bundesweit zahlreiche Projekte. Zwei davon werden im Folgenden vorgestellt.

## Saale-Holzland-Kreis setzt auf Carsharing

Der thüringische Saale-Holzland-Kreis stellt den Vereinen und gemeinnützigen Organisationen im Landkreis seit 2014 ein Erdgasfahrzeug zur Verfügung. Nach der einmaligen Registrierung und Unterzeichnung einer Überlassungserklärung können sie das Fahrzeug über ein Buchungssystem im Internet quartalsweise für bestimmte Zeitfenster reservieren. In jedem Quartal findet eine neue Vergaberunde statt, wobei es festgelegte Prioritäten gibt. So werden Sportvereine am Wochenende bevorzugt, Einrichtungen für Senioren, sozial oder mobil Benachteiligte hingegen an den Werktagen. Vereine in Räumen mit geringem ÖPNV-Angebot und größeren zurückzulegenden Distanzen werden gegenüber solchen bevorzugt, die eine bessere ÖPNV-Anbindung haben. Vorrang haben darüber hinaus Organisationen mit Kindern, Senioren oder mobilitätseingeschränkten Personen. Freie Termine können jederzeit kurzfristig vergeben werden. In Kooperation mit den Stadtwerken Eisenberg übernimmt der Landkreis sämtliche Kosten zur Unterhaltung des Fahrzeugs; die Vereine müssen lediglich die mit der Nutzung verbundenen Kosten tragen. Jeder Verein erhält eine Selbstfahrgenehmigung und stellt ehrenamtliche Fahrer. Ein Mitglied des Vereins ist dann verantwortlich für Übernahme, Übergabe inklusive Betankung und Reinigung sowie die Beförderung.

Das Angebot wird gut angenommen: In 72 Einsätzen wurden bisher 24.600 Kilometer zurückgelegt, 20 Vereine nutzen das Fahrzeug.



Für einige Organisationen ist die Distanz zum Ausleihort allerdings zu groß. Damit auch sie den Service künftig nutzen können, sollen langfristig mehrere dezentral stationierte Fahrzeuge für den Landkreis angeschafft werden.

Parallel zum Carsharing-Modell wurde im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge und in Zusammenarbeit mit Studenten des Studiengangs „Intelligente Verkehrssysteme und Mobilitätsmanagement“ der Fachhochschule Erfurt für eine Verwaltungsgemeinschaft im Landkreis ein Konzept erarbeitet, um mit

dem gleichen Fahrzeug in Teilregionen an zwei Tagen in der Woche ein Bürgerbus-Angebot zu etablieren. Hierfür soll ein Trägerverein gegründet werden. In Thüringen gibt es hierzu allerdings noch keine Erfahrungen. Zurzeit besteht daher eine wesentliche Aufgabe des Projekts darin, durch den intensiven Kontakt mit den Bürgermeistern und den Menschen vor Ort Interessenten für den Aufbau des Trägervereins oder als ehrenamtliche Fahrer zu gewinnen.

### Herausforderungen bleiben

Neben den genannten projektspezifischen Herausforderungen gibt es weitere, die von vielen ähnlich gelagerten Projekten zu bewältigen sind. Dazu zählen vor allem rechtliche Hürden, denn die Mobilitätsmodelle sollen in der Regel so konzipiert sein, dass sie genehmigungsfrei sind und kein Personenbeförderungsschein erforderlich ist. Zudem können kostenlose Angebote, die zunächst gut zu etablieren



Präventionsarbeit mit Jugendlichen der Oberschule Seelow

sind, meist nicht über die Projektlaufzeit hinaus aufrechterhalten werden. Angebote, die Einnahmen generieren, dürfen wiederum Buslinien und Taxis keine Konkurrenz machen und stehen zudem oft im Konflikt mit dem Personenbeförderungsgesetz. Ehrenamtliche Fahrer, die, anders als im Saale-Holzland-Kreis, ihr privates Fahrzeug zur Verfügung stellen, können in der Regel nur 30 Cent pro Kilometer als Aufwandsentschädigung und für ihre Betriebskosten geltend machen. Dies deckt die tatsächlichen Kosten aber in der Regel nicht ab. Darüber hinaus muss das Angebot beworben werden, um dauerhaft eine ausreichende Anzahl Nutzer zu gewinnen.

Foto: Oderlandregion Stadt Seelow

### Oderlandregion organisiert interkommunalen Brand- und Katastrophenschutz

Mit der Entwicklung eines interkommunalen Konzepts zum Brand- und Katastrophenschutz befasst sich die Oderlandregion östlich von Berlin. Bereits in der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“, für die 2012 der Startschuss fiel, wurden Szenarien erarbeitet, um die Einsatzbereitschaft mit kleiner werdendem Personalbestand sicherzustellen. Darauf aufbauend wurde von der Projektgruppe ein interkommunaler Gefahrenabwehrbedarfsplan erarbeitet. Der Projektgruppe gehören Amts-, Gemeinde- und Stadtwehrführer, der Kreisbrandmeister, der Landkreis Märkisch-Oderland und die jeweiligen Ordnungsämter an. Durch ein gemeindeübergreifendes Management sollen die regionalen Feuerwehren in der Verwaltung, Nachwuchsgewinnung und Ausbildung unterstützt werden. Zudem wird eine regional abgestimmte Alarm- und Ausrückeordnung erarbeitet. Bauliche Investitionen und Investitionen in den Fahrzeugbestand werden ebenso gemeindeübergreifend koordiniert wie die Ausbildungs- und Präventionsarbeit.

Durch die Alarm- und Ausrückeordnung wird die Einsatzbereitschaft der Wehren in der Region koordiniert. Hier kommt es vor allem darauf an, die Tageseinsatzbereitschaft sicherzustellen, was durch die berufliche Situation der Beteiligten oft schwer ist. Auch der Fahrzeugbestand wird gemeindeübergreifend betrachtet und die Nutzung entsprechend abgestimmt. Dadurch wird die Effizienz erhöht, zudem können gegebenenfalls Ausgaben eingespart werden.

Müsste jeder kommunale Standort die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte weiterhin eigenständig durchführen, wäre das ehrenamtlich tätige Ausbildungspersonal zeitlich stark belastet. Durch eine regionale Koordination werden mehrere Ausbilder mit einem jeweils angemessenen zeitlichen Aufwand eingesetzt. Darüber hinaus wird auf diese Weise ein einheitlicher Ausbildungsstand geschaffen, der vor allem im gemeinsamen Einsatz der Wehren notwendig ist. Im ersten Durchgang der gemeindeübergreifenden Ausbildung zum Truppmann wurden 2015 insgesamt 36 Teilnehmer ausgebildet. Die gemeinsame Ausbildung wird von allen Beteiligten durchweg positiv gesehen und soll von nun an jährlich durchgeführt werden.

### Worauf es ankommt

Damit ein solches Projekt erfolgreich sein kann, ist ein kontinuierliches Engagement aller Akteure notwendig. Dies gilt sowohl für die Beteiligten der Feuerwehren als auch für die Mitarbeiter der Verwaltungen. Entscheidend ist auch das Verständnis für die Bedürfnisse der Nachbargemeinden. Um sicherzustellen, dass individuelle Interessen nicht zu stark in den Vordergrund rücken, sollte ein Gefahrenabwehrbedarfsplan in Zusammenarbeit mit externer Expertise erarbeitet werden. Und nicht zuletzt sollten die Initiatoren nicht vergessen, dass es auch kleine Erfolge wert sind, gewürdigt zu werden. ■



**KONTAKT:**  
Dr. Jana Hoymann  
Bundesinstitut für Bau-,  
Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
Telefon: 0228 99401-2133  
jana.hoymann@bbr.bund.de  
www.bbsr.bund.de  
www.regionale-daseinsvorsorge.de

Anett Tittmann  
RAG Saale-Holzland e.V.  
Telefon: 036693 23090  
info@rag-sh.de  
www.rag-sh.de  
Thomas Drewing  
Stadt Seelow  
Telefon: 03346 802-152  
thomas.drewing@seelow.de  
www.oderlandregion.de

# Heckenmanagement mit Weitblick

Im hessischen Vogelsbergkreis haben zwei Kommunen das alte Prinzip „Erhalt durch Nutzung“ wiederbelebt: Der Abfall aus dem Heckenschnitt wird als Brennstoff verkauft. Das schützt die Ökosysteme, bringt Wertschöpfung in die Region und schont das Klima. [VON EVA MILZ, PETER MOMPER UND LORENZ KOCK]

Freilandhecken prägen und bereichern unsere Kulturlandschaft seit Jahrhunderten. Früher pflanzten Landwirte Hecken als „lebendige Zäune“ um ihre Weiden und nutzten den holzigen Aufwuchs als Einstreu für ihr Vieh oder als Brennstoff. Heute stehen Flächennutzer und Kommunen vor der Herausforderung, Hecken im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes zu erhalten. Denn deren Funktionen sind vielfältig: Hecken dienen als Lebensraum und Nahrungsgrundlage für zahlreiche Insekten, Vögel und Kleinsäuger; sie schützen die Ackerflächen vor Wind und Erosion und spielen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung von Biotopen. Überalterte, ungepflegte Hecken sind allerdings in ihren Funktionen eingeschränkt. Sie verkahlen von unten, hochwachsende Arten setzen sich durch, Artenvielfalt und Blühfreudigkeit lassen nach. Hecken sollten deshalb aus naturschutzfachlicher Sicht alle 10 bis 15 Jahre abschnittsweise „auf den Stock gesetzt“, also etwa 30 Zentimeter über dem Boden waagrecht abgeschnitten werden. Bereits im folgenden Frühjahr treiben sie dann verjüngt wieder aus.

## Strukturen im Vogelsbergkreis

Die Offenlandschaften des Vogelsbergkreises sind geprägt von kilometerlangen Hecken. Die Heckenpflege der Kommunen Lautertal und Ulrichstein konzentrierte sich in der Vergangenheit vor allem darauf, das sogenannte Lichtraumprofil der Wege und Straßen freizuhalten. Gleichzeitig wuchsen an anderer Stelle Hecken in Flächen ein und behinderten die landwirtschaftliche Nutzung. „Eigentümer und engagierte Jagdgenossenschaften kommen mit der Heckenpflege nicht nach, und wir als Kommune haben nur einen begrenzten finanziellen Spielraum“, sagt Lautertals Bürgermeister Heiko Stock. Er und sein Amtskollege Edwin Schneider aus Ulrichstein entschlossen sich deshalb dazu, an einem zweijährigen Pilotprojekt teilzunehmen. Dessen Ziel war es zu prüfen, inwieweit eine naturschutzgerechte Heckenpflege über den Verkauf der dabei anfallenden Holzhackschnitzel für die energetische Nutzung finanziert werden kann. Eine solche Nutzung würde sowohl einen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft als auch zum Klimaschutz leisten. Initiiert wurde das Projekt vom Netzwerkmanagement der „Bioenergieregion Mittelhessen“ – einer von bundesweit 21 Modellregionen, die vom Bundesministerium für Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von 2009 bis 2015 gefördert wurden.

## Naturschutzgerecht umgesetzt, professionell kommuniziert

Mit Hilfe von Luftbildern wurden im Vogelsbergkreis zunächst die wichtigsten Heckenmerkmale und Beeinträchtigungen, zum Beispiel Zäune, kartiert sowie der empfohlene Pflegezeitraum festgelegt. Insgesamt wurden in den beiden Kommunen Daten zu über 470 Gehölzstrukturen mit einer Länge von insgesamt 84 Kilometern erfasst und digitalisiert. Den größten Anteil machen mit 45 Prozent Baumhecken aus, gefolgt von Hochhecken und Niederhecken. In den Wintern 2013/14 und 2014/15 wurden in Abstimmung mit Eigentümern und Flächennutzern Heckenabschnitte zum „Auf-den-Stock-Setzen“ ausgewiesen – in Abschnitten von 30 bis 50 Metern, damit Tierarten nicht zu große Teile ihres Lebensraums auf einmal verlieren. Auch prägende Einzelbäume, besondere Arten sowie als Nisthöhle genutzte Bäume blieben vom Schnitt unberührt. Die Aufträge zum Heckenschnitt wurden über eine Ausschreibung an regionale Unternehmen vergeben.

Im Laufe des Projekts zeigte sich, dass potenzielle Interessenkonflikte, etwa Fragen zum Abbau von Zäunen sowie rechtliche Fragen bei eventuellen Schäden, möglichst im Vorfeld geklärt werden müssen. Da die Arbeiten stark von den Witterungsbedingungen abhängig sind, kann es beispielsweise leicht zu Verzögerungen kommen, wenn Bodenfrost ausbleibt und Flächen oder unbefestigte Wege nicht befahren werden können. Die Landnutzer wiederum brauchen Planungssicherheit und müssen wissen, wann ihre Flächen freigeräumt sein werden. Einzelne Akteure haben mitunter Bedenken darüber geäußert, dass ihr traditionell privat genutztes Holz nun anderweitig vermarktet werden soll. Bei all diesen Aspekten hat sich gezeigt: Eine verbindliche Kommunikation, auch zwischen Landschaftspflegeunternehmen und Landnutzern, ist das A und O für das Gelingen einer großflächigen Heckenpflege. Ebenso sollte die Öffentlichkeit im Vorfeld über den Nutzen der Maßnahmen informiert werden. Im Rahmen des Pilotprojekts wurde beispielsweise in beiden Kommunen ein „Heckentag“ durchgeführt, bei dem interessierte Bürger, Naturschützer und Landwirte sowie Vertreter von Kommunen und Behörden, Unternehmen und Organisatoren miteinander ins Gespräch kamen.

### Wie rechnet sich das Ganze?

Bislang war das bei der Heckenpflege anfallende Schnittholz für Kommunen stets ein Problem, das entsorgt werden muss. Dabei haben Holzhackschnitzel (HHS) als Heizmaterial mittlerweile einen Marktwert. Je nach Qualität kann ein Kilometer Heckenschnitt jährlich etwa 2300 Liter Heizöl ersetzen – genug Wärme für einen Durchschnittshaushalt. Damit werden sechs Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Hackschnitzel aus Heckenschnitt sind allerdings sehr heterogen zusammengesetzt und müssen den Anforderungen der jeweiligen Öfen entsprechend teilweise aufbereitet und mit herkömmlichen HHS gemischt werden.

Wie kostengünstig eine Heckenpflege erfolgen kann, hängt entscheidend vom Ertrag und den Bedingungen vor Ort ab. Je höher der Baumanteil, desto höher ist in der Regel der Heizwert des Materials. In der Pilotregion beispielsweise war der Anteil an Hoch- und Baumhecken hoch, sodass im Schnitt aus 100 Metern Hecke 35 Schüttraummeter (srm) HHS erzeugt werden konnten, bei einer Spanne von zehn bis 70 srm je 100 Meter. Dabei gilt es, möglichst geeignete Mischungen – so genannte Lose – aus der naturgemäß großen Variabilität der verschiedenen Heckentypen zusammenzustellen. Ein weiterer Faktor ist der Marktpreis für Holzhackschnitzel, der wiederum vom Ölpreis beeinflusst wird. Bei einem angenommenen Durchschnittspreis von zehn Euro je Schüttraummeter Hackschnitzel darf beispielsweise nach den Projekterfahrungen der Pflegeeinsatz nicht mehr als 210 Euro je 100 Meter Hecke kosten.

Einzelne Faktoren wie schlechte Befahrbarkeit, das Vorliefern an einen Weg, notwendige Handarbeiten oder Beeinträchtigungen wie vorhandene Zäune, müssen als erhöhte Kosten für den Schnitt berücksichtigt werden. Zudem muss die Arbeit eines Heckenmanagers finanziert werden. Seine Aufgabe ist es, Maßnahmen zu koordinieren, sinnvolle Lose zu bündeln und Eigentümern, Bürgern, Unternehmen und Interessengruppen als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

### Vorbildcharakter

Die Bürgermeister von Lautertal und Ulrichstein sind sich einig, dass sie das Heckenmanagement auf jeden Fall fortführen wollen: „Die Wege sind besser befahrbar, und auch die Landwirtschaft profitiert. Das ländliche Erscheinungsbild wird attraktiver, was auch für den Tourismus wichtig ist“, zieht Heiko Stock sein Fazit. Und nicht nur das: Durch die Nutzung der Holzhackschnitzel als Energieträger verringern sich die Pflegekosten, zudem profitieren die mit der Landschaftspflege beauftragten Unternehmen. „Insgesamt steigt die Wertschöpfung in der Region.“

In Marburg-Biedenkopf, einer benachbarten Partner-Bioenergie-Region, wurde bereits ein ähnliches Vorhaben auf den Weg gebracht. Sieben mittelhessische LEADER-Regionen haben eine Kooperation angebahnt, um zu prüfen, inwieweit sich ein Heckenmanagement auch in ihren Regionen umsetzen lässt. Über eine solche Kooperation könnte beispielsweise die Arbeit eines Heckenmanagers finanziert werden. ■



KONTAKT:  
Eva Milz  
Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS)  
Telefon: 069 9726683-16  
milz@ifls.de  
www.bioenergie-region-mittelhessen.de



# Stable Schools – wo Tierwohl Schule macht

In Dänemark tauschen Milchviehhalter in sogenannten Stable Schools ihr Wissen aus, um die Gesundheit ihrer Herden zu verbessern. Das Thünen-Institut für Ökologischen Landbau erprobt mit deutschen Milchkuh- und Ziegenhaltern, ob sich das Konzept übertragen lässt.

[VON JAN BRINKMANN, SOLVEIG MARCH, KATRIN SPORKMANN UND HEIKO GEORG]

Tiergesundheit und Tierwohl spielen in der ökologischen Tierhaltung eine große Rolle. Dennoch gehören auch hier typische Produktionskrankheiten wie Euterentzündungen oder Stoffwechselstörungen zum Alltag. Dabei fehlt es in der Regel nicht an wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Entstehung der Krankheiten oder zu möglichen Risikofaktoren, sondern eher an der konsequenten Umsetzung präventiver Managementkonzepte sowie deren Anpassung an betriebsindividuelle Situationen. Hier setzt das Konzept der „Stable Schools“ an.

## Voneinander lernen

Das Prinzip: Probleme im eigenen Betrieb werden mit anderen Land-

wirten diskutiert und das bereits vorhandene Fachwissen genutzt. Ergänzt wird es durch extern erfasste Indikatoren. Gemeinsam erarbeiten die Landwirte dann alltagstaugliche Lösungen und passen ihre Produktionssysteme ihren individuellen Bedürfnissen an. Zentrale Bedeutung hat das voneinander Lernen und die Interaktion zwischen den Lernenden und dem Lernumfeld. In Dänemark sind Stable Schools im Bereich der Milchviehhaltung bereits erfolgreich im Einsatz.

In einer „Stable School“ kommt eine Gruppe von bis zu sechs Milchviehhaltern zusammen, die möglichst ähnlich intensiv, aber durchaus mit unterschiedlichen Betriebskonzepten

Milch erzeugen. Sie treffen sich regelmäßig und tauschen Erfahrungen aus. Ein „Facilitator“, ein Prozessbegleiter, organisiert die Treffen, leitet sie lösungsorientiert, führt Protokoll und achtet darauf, dass Diskussionsregeln eingehalten werden, ohne selbst fachlichen Input zu geben. Jedes Treffen beginnt mit einer ausführlichen Betriebsbesichtigung. Anschließend arbeiten die Teilnehmer die Stärken und Schwächen des Betriebes heraus, suchen nach Ursachen für angesprochene Probleme und entwickeln praxisnahe Lösungsansätze. Im abschließenden Protokoll werden jene konkreten Vorschläge festgehalten, die der Gastgeber zur Verbesserung der betrieblichen Situation umsetzen möchte.

### Pilotstudie

Ob Stable Schools auch für deutsche Betriebe geeignet sind, haben die Wissenschaftler des Thünen-Instituts für Ökologischen Landbau im Rahmen einer von Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) und Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) geförderten Pilotstudie untersucht. Sie wollten herausfinden, ob sich die Tiergesundheit in den Projektbetrieben über den Ansatz verbessern lässt und wie die Betriebe generell zu einem solchen Beratungskonzept stehen. 20 ökologisch wirtschaftende Milchviehbetriebe in vier Bundesländern nahmen an der Studie teil. Abweichend vom ursprünglichen Konzept erarbeiteten die Forscher zur Vorbereitung der Stable-School-Treffen Basisinformationen zum Gesundheitsstatus der Tiere. Dazu besuchten sie alle Betriebe und werteten unter anderem die Ergebnisse der monatlichen Milchleistungsprüfung und die Stallbücher aus.

Ein Ergebnis der Evaluierung der zweijährigen Praxisphase ist: Stable Schools sind ein vielversprechendes Beratungs- und Management-Tool zur Verbesserung der Herdengesundheit. In den Betrieben, die die gemeinsam entwickelten Empfehlungen zur Eutergesundheit umgesetzt hatten, stiegen der Anteil eutergesunder Kühe sowie die Milchleistung signifikant an. Auch die Teilnehmer beurteilten die Methode als wertvoll und nützlich. Die Stable Schools können die Beratungslandschaft vielfältiger machen und sprechen zudem die Landwirte an, die keine klassische Einzel- oder Gruppenberatung wünschen. Außerdem lässt sich das Konzept auf andere, ähnlich strukturierte Bereiche der Landwirtschaft übertragen.

### Praktischer Einsatz bei Milchziegen

Die Milchziegenhaltung wächst in Deutschland seit zehn Jahren stetig. Viele Betriebsleiter sind aus anderen Produktionsrichtungen umgestiegen oder Neueinsteiger, die bisher nicht in der Landwirtschaft tätig waren. Allerdings müssen die Betriebsleiter weitgehend ohne fachlich qualifizierte Beratung auskommen, denn es gibt derzeit nur eine Handvoll Fachberater.

Vor diesem Hintergrund hat das Thünen-Institut die von BMEL und BLE geförderte Beratungsinitiative „Stable Schools Tierwohl Milchziegen“ ins Leben gerufen. Über Medien, Verbände und Beratungsorganisationen wurden interessierte Betriebe gesucht, die Erwerbsmilchziegenhaltung betreiben. Insgesamt nehmen 40 Betriebe – ökologisch und konventionell wirtschaftend – aus ganz Deutschland teil. Sie halten zwischen zwölf und 276 Milchziegen; 40 Prozent liefern an Molkereibetriebe, 60 Prozent vermarkten Ziegenkäse selbst. Die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, die Bioland Beratung GmbH und die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft nehmen als Beratungspartner teil. Das Thünen-Institut koordiniert das Projekt und schult die Berater als Stable School Facilitator.

Im Frühjahr 2015 fand die erste von drei vorgesehenen Betriebserhebungen statt. Dabei wurden rund 1780 Milchziegen individuell beurteilt sowie Betriebs- und Stalldaten erhoben. Die Ergebnisse wurden an die insgesamt sieben Stable School Gruppen weitergeleitet. Sie haben jeweils bis zu sechs Mitglieder, deren Betriebe regional zusammengefasst wurden. Im Vorfeld der reihum alle vier bis acht Wochen stattfindenden Treffen bespricht der Berater mit dem gastgebenden Betriebsleiter die Stärken und Schwächen des Betriebes, wenn möglich im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Betriebserhebung. Gemeinsam legen sie die Tagesordnung fest. Die Konzentration auf Stärken und Schwächen unterstützt beim Treffen das voneinander Lernen; denn neben Problemen werden auch Erfolgsgeschichten vorgestellt und jeder teilnehmende Landwirt kann auf die Erfahrungen anderer Betriebsleiter zurückgreifen. Die Gruppen sind rasch zusammengewachsen und kommunizieren rege. So werden beispielsweise Stalleinrichtungen vermittelt und Zuchttiere getauscht. Zur Hälfte der Projektlaufzeit, im Frühjahr 2016, ist eine zweite Betriebserhebung geplant. Die bis dahin vorliegenden Ergebnisse sollen mit den Betrieben außerdem auf einem eintägigen Workshop im April 2016 diskutiert werden; zusätzlich werden Fachvorträge angeboten.

### Theorie und Praxis einander näherbringen

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis wurde schnell ein großer Forschungsbedarf in allen Bereichen der Milchziegenhaltung deutlich: Bau, Haltung, Tiergesundheit und Fütterung. So wurden bei den Betriebserhebungen erstmals Schadgasmessungen in der Stallluft durchgeführt, bislang griffen Beratung und Behörden auf Daten aus dem Ausland zurück. Vielfach beurteilen Betriebsleiter und Berater das Tierwohl eher nach dem Bauchgefühl und dem Gesamteindruck beim Blick in den Stall. Durch die Arbeit der Wissenschaftler auf den Betrieben erhielten die Praktiker einen Eindruck davon, wie eine objektive Erfassung von Tierwohl-Indikatoren funktioniert. Dabei wurden Indikatoren von den Betriebsleitern und den Beratern auch kritisch hinterfragt und das Für und Wider des Tierwohls kontrovers mit den Wissenschaftlern diskutiert. Solche Gegensätze bieten die Chance, mehr Verständnis für alle Seiten zu entwickeln, insbesondere wenn die wissenschaftlichen Erhebungen auf den Praxisbetrieben der Partner stattfinden und nicht auf anonymen Versuchsbetrieben.

Bisher ist das Interesse aus Beratung und Praxis an den Stable Schools groß, so dass das Konzept auch nach Ende der regulären Projektzeit im Frühjahr 2017 fortbestehen könnte. Beratungsorganisationen haben das Interesse geäußert, das Konzept auf die Schafhaltung zu übertragen. ■



**KONTAKT:**  
Dr. Jan Brinkmann  
Thünen-Institut für Ökologischen Landbau  
Telefon: 04539 8880 711  
jan.brinkmann@ti.bund.de  
www.ti.bund.de

# Für eine starke Zivilgesellschaft

Eine Initiative des Berliner Anne Frank Zentrums möchte die Generation 65 plus für Demokratie und Menschenrechte sensibilisieren. Der Grund: In den ländlichen Räumen Ostdeutschlands scheinen die Ignoranz und die Akzeptanz gegenüber rechtsextremen Parolen bei älteren Menschen verhältnismäßig stärker ausgeprägt zu sein als im städtischen Umfeld.

[VON GÖTZ LEHMANN]

Für viele Menschen in Ostdeutschland brachte die Zeit nach der Wende große Verunsicherungen mit sich. Der Weltmarkt bestimmte plötzlich die Marktwirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion wurde durch moderne Technik auf Effizienz getrimmt. Insbesondere die Landbewohner spürten nach und nach die Folgen der globalen Marktwirtschaft. Gleichzeitig fehlte es der älteren Generation häufig an Erfahrungen in gesellschaftlich eingeübten Beteiligungsritualen und -techniken. Orientierungslosigkeit, Ängste und fehlende Identität haben in einigen Regionen das Gemeinwesen negativ beeinflusst, sodass eine latente Toleranz gegenüber rechtsextremen Einstellungen und eine Verweigerung gegenüber der Ausübung demokratischer Grundrechte entstanden ist, so die Ergebnisse der Forschungsarbeit „Ein Staat – zwei Gesellschaften. Die Sozialstruktur der DDR und der soziale Wandel im Prozess der Vereinigung“ von Michael Hofmann, Soziologe an der Universität Jena.

Protestaktionen zu verschiedenen Themen haben auch aktuell großen Zulauf in Ostdeutschland. Dabei ist zu beobachten, dass die Demonstranten einfache Lösungen fordern und bestimmte Menschengruppen ausgrenzen. An dieser Stelle setzt das Projekt Forum 65+ an: Es will Senioren für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte sensibilisieren und sie als zivilgesellschaftliche Akteure stärken.

## Bestandsaufnahme

Das Forum 65+ ist ein Projekt des Anne Frank Zentrums Berlin und wird als Modellprojekt gegen Rechtsextremismus von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert. Das Forum will neue Formate des gesellschaftlichen Engagements im ländlichen Raum sichten, verstärkt publik machen und fördern, explizit in den

neuen Ländern. Dabei werden gezielt inhaltliche und organisatorische Kooperationen mit regionalen und lokalen Partnern angestrebt. Für die erste Umsetzungsphase sind Interessenten und potenzielle Kooperationspartner aus allen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern willkommen.

Im Juli 2014 startete das Forum 65+ mit einer Modellphase. Dabei stand die Analyse der Situation im ländlichen Raum und der anvisierten Zielgruppe – die Generation 65 plus – im Mittelpunkt. Vier Arbeitsinstrumente wurden hierfür entwickelt:

- // eine Recherche zur Erfassung von Bildungs- und Gemeinschaftsangeboten von und für Vertreter der Generation 65 plus in den neuen Ländern;
- // eine Umfrage bei Jugendlichen über ihr Bild von und ihre Beziehung zur Generation 65 plus;
- // ein Fachgespräch mit Experten aus Wissenschaft und Praxis;
- // eine Praxis-Werkstatt, in der die Generation 65 plus direkt als Zielgruppe politischer Bildung angesprochen wird und zu Wort kommt.

Die Situationsanalyse hat ein eher widersprüchliches Szenario innerhalb der Angebotslandschaft für Senioren gezeigt. Zwar entwickeln viele Initiativen im ländlichen Raum typischerweise generationsübergreifende Angebote; mit dem Rückgang der Geburten und der zunehmenden Abwanderung der Jüngeren kann dieser Ansatz aber immer seltener umgesetzt werden. Die Ausgangsthese, der zufolge Senioren innerhalb der politischen Bildungsarbeit eine bisher wenig beachtete Zielgruppe darstellen, konnte im Laufe des Pilotprojekts bestätigt werden: Themen der politischen Bildung fanden sich zwar in einigen Angebotsprofilen wieder, stellten jedoch meist nur einen Teil der eher breiten Ausrichtung dar.



- 1 In Kleingruppen werden die Bedingungen für das Gelingen eines lokalen Projekts diskutiert und erarbeitet.
- 2 Eine Diskussionsrunde bei einem Seminar des Forums 65+ im sächsisch-anhaltinischen Kemberg



### Erste Ergebnisse

Aus dem bisherigen Projektverlauf lassen sich folgende Erkenntnisse für die Arbeit mit der Zielgruppe 65 plus im ländlichen Raum ableiten:

- // Der ländliche Raum Ost wird oft stigmatisiert und mit Begriffen wie „Verarmung“, „Rechtsextremismus“ oder „hoher Arbeitslosigkeit“ identifiziert. Die Eigenwahrnehmung der lokalen Bevölkerung stimmt oft nicht mit der Einschätzung von außen überein – das erzeugt Abwehrreflexe. Ziel muss es deswegen sein, Vorurteile abzubauen und Klischees aufzulösen.
- // Vielerorts fehlt das Verständnis für demokratisch ausgeübte Beteiligungsrituale, auch Erfahrungen damit fehlten oftmals.
- // Die Auseinandersetzung mit den Biografien der Generation 65 plus in Ost und West ist ein wichtiger Ansatz für die politische Bildungsarbeit.
- // Der Mikrokosmos „ländliche Dorfgemeinschaft“ wird sehr stark von persönlichen Netzwerken beeinflusst. Private Konflikte, Vorurteile und Misstrauen beeinflussen gesellschaftliche Entscheidungsprozesse mehr als im städtischen Umfeld. Hier bedarf es differenzierter Angebote zur Streitkultur und Konfliktbewältigung.
- // Ein wichtiger Aspekt ist die Wahrnehmung und Herausbildung der eigenen Selbstwirksamkeit: Ich kann mit meinem Handeln etwas bewirken und in meinem Umfeld etwas zeitnah verändern. Welche Befähigungen sind dafür nötig?
- // Die Entwicklung und Pflege von Netzwerken ist auf dem Land von großer Bedeutung. Gerade für die Generation 65 plus werden hier praxisorientierte und regionale Angebote benötigt. Parallelstrukturen von digitalen und analogen Kommunikationsformaten sind sinnvoll.
- // Bei der Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements in Form konkreter Projekte nehmen kompetente und in der Gemeinde gut vernetzte Personen eine Schlüsselstellung zwischen Bürgern und Verwaltung ein; sie sollten daher fortwährend qualifiziert werden.
- // Wirkung und Erfolg der Arbeit des Forums 65+ hängen maßgeblich von der intergenerativen Verschränkung, also vom gemeinsamen Engagement verschiedener Generationen, ab.

### Die nächsten Schritte

Trotz dieser generell gültigen Erkenntnisse hat sich gezeigt, dass die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen innerhalb der neuen Länder extrem unterschiedlich sind. Dies wurde bei den verschiedenen Workshops und Seminaren deutlich, die in diesem Jahr auf lokaler und regionaler Ebene gemeinsam mit Akteuren vor Ort durchgeführt wurden. Ab 2016 wird sich das Forum 65+ mit seinen Angeboten zunächst auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren. Inhaltlich werden dabei Integrationsmodelle und -formate im ländlichen Raum eine zentrale Rolle einnehmen, denn die Flüchtlingsdebatte bestimmt im Projekt-Zielgebiet zunehmend die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ist eng mit Fremdenhass, Rassismus und antidemokratischen Einstellungen verbunden. Auftakt dazu war die Veranstaltung „Flüchtlinge auf dem Land – Integration als eine zusätzliche Belastung oder Chance für eine gemeinsame Perspektive?“ im November 2015 in Wangelin. Darüber hinaus wird das Forum 65+ gemeinsam mit Partnern, wie der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern, dem Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung „Mecklenburger AnStiftung“, weitere regionale Formate entwickeln. Die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern sollen im Anschluss so aufbereitet werden, dass eine Übertragung auf andere Regionen möglich ist. ■



**KONTAKT:**  
 Götz Lehmann  
 Anne Frank Zentrum Berlin  
 Telefon: 030 288865-5636  
 lehmann@annefrank.de  
 www.forum65plus.de

# Hochwasserschutz durch Kommunikation

Technische Maßnahmen allein schützen nicht gänzlich vor den Folgen eines Hochwassers. Wenn Kommunen das Gefahrenbewusstsein ihrer Bürger und deren Handlungskompetenz im Hochwasserfall stärken, können die Schäden in der Gemeinde reduziert werden. [VON CHRISTINA MANTE]



Jeder Bürger ist dazu verpflichtet, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten vor Hochwasser und dessen Folgen zu schützen – das legt das Wasserhaushaltsgesetz fest. Wer einmal ein Hochwasser miterlebt hat, hat oft ein großes Interesse daran, die eigene Vorsorge zu verbessern. Allerdings gilt auch: Je mehr Zeit nach einem Hochwasserereignis verstreicht, desto mehr lässt das Gefahrenbewusstsein der Menschen nach. Daher ist es wichtig, das Gefahrenbewusstsein der Menschen sowie die Erinnerung an Handlungsmöglichkeiten und an die Vorsorgepflicht aufrechtzuerhalten. Dabei spielen Kommunikation und Information die Schlüsselrollen.

## Kommunikationsstrategie für Kommunen

Maßgebliche Akteure beim Hochwasserschutz sind die Kommunen. Sie sollten ihre Bürger für dieses Thema sensibilisieren. Dazu müssen sie Fragen klären: Auf welchem Weg wollen sie Risiken und Handlungsoptionen kommunizieren? Wie stellen sie sicher, dass die Informationen die identifizierten Zielgruppen erreichen und zum Handeln motivieren?

Eine systematisch erarbeitete Kommunikationsstrategie kann dabei unterstützen: Sie geht über die gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten, etwa das Auslegen

von Überschwemmungsgebietsplänen, hinaus und bietet eine Struktur für die Vorgehensweise bei der Risikovermittlung. In einem ersten Schritt werden die relevanten Akteure, Verantwortlichkeiten, Ziele und Zielgruppen identifiziert. Darauf aufbauend werden geeignete zielgruppenorientierte Kommunikationsmethoden und -instrumente ausgewählt. Dabei gilt es, die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Ressourcen – personelle und finanzielle – sowie mögliche Einschränkungen bei der Umsetzung bestimmter Maßnahmen zu berücksichtigen. In einem zweiten Schritt ist festzulegen, auf welche Weise die Wirksamkeit der Kommunikationsmaßnahmen regelmäßig evaluiert werden kann.

## Risikokommunikation lernen – das Beispiel Flöha

Vertreter der rund 11000 Einwohner zählenden Kommune Flöha arbeiten seit dem Frühjahr 2015 am Thema Risikokommunikation bei Hochwasser. Die an der Zschopau gelegene Stadt wurde 2002 und 2013 von schweren Überflutungsereignissen getroffen. Um zukünftigem Hochwasser besser begegnen zu können, investierte die Kommune zum einen in den technischen Hochwasserschutz. Zum anderen schuf sie eine Stabsstelle Brand- und Katastrophenschutz in der Stadtverwaltung. Diese widmet sich insbesondere der Bürgerinformation und einer

1 Steigende Pegelstände der Zschopau: Beim Hochwasserschutz setzt die Stadt Flöha auf technische Maßnahmen und Sensibilisierung.

2 Zum Zeitpunkt eines schlimmen Überschwemmungsereignisses sind Hochwasserschutz- und Handlungsmaßnahmen in der Bevölkerung ein wichtiges Gesprächsthema. Mit der Zeit nimmt aber das Bewusstsein der Menschen für Hochwasserrisiken und -gefahren wieder ab.



Verbesserung der Hochwassereigenvorsorge. „Gute Erfahrungen haben wir mit unserem Vorgehen bei der Warnung im Notfall gesammelt“, sagt Christian Scheibner von der Stabsstelle. Ein Liveticker auf der Website der Stadt informiert über aktuelle Warnungen, Pegelstände und neue Entwicklungen in der Gefahrensituation. „Es hat sich gezeigt, dass wir über den Liveticker Fehlmeldungen, die in den sozialen Medien kursieren, entschärfen und Helfer zu Einsatzorten bitten können“, so Scheibner. „Außerdem haben sich Lautsprecherdurchsagen sowie Benachrichtigungen über Facebook und SMS sehr bewährt.“

Bestimmte Mitteilungen veröffentlicht die Stadt Flöha auch im Amtsblatt oder im monatlich erscheinenden Newsletter. Um das Gefahrenbewusstsein und die Handlungsfähigkeit der Bürger bei Hochwasserereignissen langfristig zu verbessern, liegen Broschüren und Handlungsanleitungen im Rathaus aus. Zehn Jahre nach dem ersten großen Hochwasserereignis führte die Stadt den Fotowettbewerb „Flöha – 10 Jahre nach der Flut“ durch und stellte die Teilnehmerbilder öffentlich aus. „Damit haben wir versucht, das Risikobewusstsein der Bürger aufrechtzuerhalten“, so Christian Scheibner. Er ist der Meinung, dass die Hochwasserrisikokommunikation noch weiter ausbaufähig ist, beispielsweise beim Konfliktmanagement.

Derzeit überarbeitet die Stadt Flöha den Alarm- und Einsatzplan und ergänzt ihn um den gesetzlich vorgeschriebenen Aufbau einer

Wasserwehr. Eine Internetseite soll bei Hochwassergefahr zusätzliche Hochwasserinformationen bieten und auch für die mobile Ansicht auf Smartphones und Tablets optimiert werden.

#### Online-Tool zur Optimierung

Risikokommunikation und Verbesserung der Katastrophenvorsorge stehen auch im Fokus des EU-Projekts „TACTIC – Tools, methods and training for communities and society to better prepare for a crisis“. Das Projektconsortium entwickelt derzeit ein Instrument, das Kommunen, Organisationen und Bürger dabei unterstützen soll, ihre Hochwasservorsorge durch eine zielorientierte Risikokommunikation zu verbessern. Voraussichtlich ab April 2016 soll es zur Verfügung stehen. Anhand einer webbasierten Selbstevaluierung kann damit der Stand der kommunalen oder privaten Hochwasservorsorge bewertet werden. Auf dieser Grundlage stellt das Online-Tool für den Nutzer Hintergrundinformationen und Verbesserungsvorschläge für die Risikokommunikation zusammen. Darüber hinaus ist das Tool mit einer Datenbank für gute Praxisbeispiele verknüpft, die dem Nutzer Anregungen für Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen bietet, in denen das System Defizite in der Hochwasserrisikokommunikation erkannt hat. ■

### Ziele der Risikokommunikation

- // **Warnen im Notfall**  
Informationen über die Gefahr; Handlungsanweisungen
- // **Risikobewusstsein steigern**  
Informationen über Hochwasser und über mögliche Konsequenzen
- // **Handlungsfähigkeit steigern**  
Notfallvorsorge, Risikovorsorge (Bauen, Versicherungen), Rollen und Verantwortlichkeiten
- // **Informationen als Grundlage für Entscheidungen bereitstellen**  
Herstellen von Transparenz (wissenschaftliche Studien, Daten und Informationen, Gutachten)
- // **Vorbeugung/Lösung von Konflikten**  
Bereitstellen von glaubwürdigen Informationen, Austausch über Erwartungen und Ziele, offener Dialog
- // **(Wieder-)Herstellung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit**  
Schaffen von Transparenz und Konsistenz zwischen Wort und Handeln

Quelle: Lundgren, R. E., McMakin, A. H., 2013<sup>5</sup>: Risk communication: A handbook for communicating environmental, safety, and health risks. John Wiley & Sons, Hoboken.

#### SERVICE:

##### Zum Weiterlesen:

Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) (Hrsg.), 2002: *Maßnahmen und ihre Wirksamkeit*. Koblenz.

Lundgren, R. E., McMakin, A. H., 2013<sup>5</sup>: *Risk communication: A handbook for communicating environmental, safety, and health risks*. John Wiley & Sons, Hoboken.



**KONTAKT:**  
Petra Walther  
Landeshochwasserzentrum Sachsen  
Telefon: 0351 89284514  
petra.walther@smul.sachsen.de  
www.tacticproject.eu

# Über Rückzug reden

Ländliche Akteure kennen das: So manche Ortslage ist von Leerstand geprägt, eine Trendumkehr ist kaum mehr vorstellbar. Was wäre, wenn man sich aus diesen Siedlungsteilen zurückziehen würde? [VON JENS-MARTIN GUTSCHE]

Dass der demografische Wandel immer mehr ländliche Gemeinden vor große Herausforderungen stellt, ist bekannt. Er zeigt sich unter anderem in einem hohen Leerstand, sowohl innerörtlich als auch in Randlagen. Insbesondere kleine Ortsteile oder Ansammlungen von wenigen Gehöften sind zudem oft schlecht erreichbar. Durch die fehlende Infrastruktur sind sie auch wenig attraktiv für Zuzug. Dass dort zudem die Standards der Daseinsvorsorge, beispielsweise beim Brandschutz, nicht mehr eingehalten werden, wird von den verbleibenden Bewohnern und Behörden gezwungenermaßen in Kauf genommen. Spätestens, wenn größere Investitionen anstehen – beispielsweise die Sanierung einer Brücke auf der einzigen Zufahrtsstraße zu einem Weiler oder die Erneuerung der Wasserver- und entsorgung – steht die Frage nach dem Umgang mit solch problembeladenen Siedlungsteilen im Raum. Welche Entscheidungen sind angesichts der kommunalen Finanzknappheit möglich?

## Hinter vorgehaltener Hand diskutiert

Diese Frage berührt ein Tabu-Thema: die Aufgabe von kleinen Dörfern oder peripheren Siedlungsteilen. Während der Rückbau von Gebäuden auf einzeln liegenden Parzellen oder von leerstehenden Einzelgehöften im Außenbereich bei Politik und Medien in der Regel auf Zustimmung stößt, wird der Gedanke, teilweise noch bewohnte Siedlungsteile aufzugeben, nur in der Wissenschaft und in fachlichen Gutachten offen diskutiert. In Politik und Öffentlich-

keit hingegen hat beispielsweise der Vorschlag des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung, den Bewohnern kleiner Dörfer mit starkem Bevölkerungsverlust eine Wegzugsprämie anzubieten, zu heftigen Reaktionen geführt. Könnte es für einzelne ländliche Gemeinden aber nicht eine große Hilfe sein, die Option zu erhalten, im Einzelfall für einen peripher gelegenen Ortsteil einen strategischen Rückzug ins Auge zu fassen? In der kommunalen Diskussion hört man solche Gedanken bisher selten und wenn, dann nur hinter verschlossenen Türen. Doch haben mittlerweile über 50 kommunale Akteure aus ganz Deutschland Interesse daran bekundet, sich genau dieser Frage im geschützten Rahmen eines Planspiels zu stellen: Können Gemeinden durch den punktuellen Rückzug aus einzelnen Ortslagen gestärkt und für die Bewohner der betroffenen Ortsteile lebenswerte Perspektiven entwickelt werden?

## Optionen durchspielen

Mit dem Planspiel wollen sich das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einer Antwort annähern. Entwickelt wurde es von den Planungsbüros Gertz Gutsche Rümenapp und pro loco sowie dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung. Im Rahmen einer Vorstudie wurden zunächst Gespräche mit kommunalen Akteuren, Regional- und Landesplanungen sowie den Städte- und Gemeindebünden geführt. Das dabei aufgezeigte Spannungsfeld zwischen Be-

darf und öffentlicher Ablehnung erinnert an die anfängliche Debatte zum Förderinstrument „Stadtumbau“ vor rund 15 Jahren, das inzwischen bundesweit etabliert ist. Lassen sich vergleichbare Ansätze auf den ländlichen Raum übertragen?

Anhand anonymisierter Fallbeispiele unter realen Bedingungen soll nun geprüft werden, ob es einen kommunalen Mehrwert für ein Instrument „Strategischer Rückzug“ gibt. Lautet die Antwort ja, gilt es zu erarbeiten, welche rechtlichen, finanziellen und planerischen Aspekte ein solches Instrument berücksichtigen müsste. Interessierte können sich beim BBSR für die Teilnahme am Planspiel melden. ■



i

**KONTAKT:**  
Michael Zarth  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung (BBSR)  
Telefon: 0228 99401-2110  
Michael.Zarth@BBR.Bund.de  
[http://kurzlink.de/planspiel\\_rueckzug](http://kurzlink.de/planspiel_rueckzug)

# WLAN für alle



Engagieren sich für Freifunk: Klaus Brand, Thomas Schwichtenberg, Benjamin Schmitt, Emmanouil Kampitakis, Tobias Theobald, Benjamin Eberle, Jan Schnurpfeil und Thomas Bock. [www.freifunk-westpfalz.de](http://www.freifunk-westpfalz.de)

Vor einem Jahr haben mehrere Gemeinden im Donnersbergkreis gemeinsam mit dem Chaos Computer Club Kaiserslautern (Chaos inKL.) das Projekt „Freifunk Westpfalz“ gestartet. Über 540 Nutzer, darunter Privatleute, Initiativen und Unternehmen, geben mittlerweile ihr WLAN frei und sorgen damit für kostenlos verfügbares Internet.

”

Die Idee ist, ein freies Netz aufzubauen.“

## Wie funktioniert ein dezentrales Freifunk-Netzwerk?

Schwichtenberg: Jeder, der mitmacht, braucht einen WLAN-Router, der mit einer Firmware von Freifunk Westpfalz bespielt und damit zum Freifunk-Knoten wird. Der Router verbindet sich mit einem oder mehreren Freifunk-Servern, die durch den Chaos inKL. betrieben werden. Die Daten werden dann von einem Freifunk-Knoten zum nächsten weitergegeben. Wenn also drei Menschen in einer Straße einen Freifunk-Router aufgestellt haben, dann funktioniert der Internetzugang auch noch, wenn einer von ihnen gerade keine eigene Internetverbindung hat.

## Kann man auch an Orten ohne Internetzugang surfen, wenn genug Knotenpunkte miteinander verbunden sind?

Schwichtenberg: Das geht nur, wenn die Knotenpunkte relativ dicht beieinander liegen. Mehrere Häuser zu überwinden, ist kein Problem, aber von einem Ort zum nächsten geht es nicht.

Bock: Nach unseren Erfahrungen ist es realistisch, dass die Entfernung zwischen den Knoten bei 50 bis 100 Metern liegen darf.

## Freifunk ist demnach keine Alternative zum viel diskutierten Breitbandausbau.

Schwichtenberg: Freifunk kann den Breitbandausbau nicht ersetzen, Freifunk braucht Internetanschlüsse. In einem mit Internet gut versorgten Dorf ist Freifunk hilfreich, wenn ein etwas weiter draußen liegender Aus siedlerhof oder Weiler angeschlossen werden soll.

## Wie profitiert eine Region von Freifunk?

Schwichtenberg: Wenn eine Dorfgemeinschaft beschließt, in Eigenleistung ein Glasfaserkabel aus der nächstgrößeren Gemeinde bis in den Dorfkern zu verlegen, dann wäre es ein großer Aufwand, alle Häuser mit einem direkten Anschluss zu versorgen. Die Unterverteilung könnte man mit Freifunk gewährleisten.

Bock: Die Gemeinde Weitersweiler macht beim Freifunk mit, weil zwar alle Einwohner Internet zuhause haben, aber sobald sie ins Freie gehen, können sie ihr Smartphone nicht mehr nutzen, da der Mobilfunk so schlecht

ist. In der Region gibt es zudem viele Veranstaltungen, etwa einen deutsch-französischen Bauernmarkt. Die Gäste aus dem Ausland sind begeistert, wenn sie bei uns das Internet kostenlos nutzen können. Freifunk ist positiv für den Tourismus.

Schwichtenberg: Für die Jugend, die wir natürlich gerne im Dorf halten möchten, ist das auch wichtig.

Schmitt: Freifunk ist aber nicht nur Internet: Die Idee dabei ist auch, ein freies Netz aufzubauen, das ähnlich wie ein Netzwerk in einem Unternehmen die Computer in einem Dorf verbindet.

Schwichtenberg: Eine Gemeinde kann ihren Bürgern darüber lokale Dienste anbieten. Man könnte Nachrichten des Gemeinderats abrufen, auch ohne Internetzugang.

Vor allem möchte Freifunk aber möglichst vielen Personen das Internet zugänglich machen.

## Welche Rolle spielt diese soziale Komponente?

Schwichtenberg: Sie ist uns sehr wichtig.

Bock: Wir gehen momentan auf soziale Einrichtungen zu. Wir haben ein Frauenhaus in Kirchheimbolanden, durch Freifunk können die Frauen nun kostenlos kommunizieren. Außerdem überlegen wir, wie wir Flüchtlings-einrichtungen versorgen können.

## Wer haftet beim Freifunk rechtlich?

Schwichtenberg: Der Verein Chaos in KL. kann wie ein Provider nicht haftbar gemacht werden. Und da wir eine Gruppe von Privatpersonen sind, dürfen wir die Daten der Freifunk-Nutzer nicht sammeln. Juristisch ist das sehr günstig für uns.

## Wie decken Sie die Kosten für die Infrastruktur des Freifunk-Netzes?

Bock: Für den Betrieb der Server haben wir laufende Kosten von rund 2400 Euro pro Jahr, dafür sammeln wir Spenden. Der einzelne Nutzer muss sich nur das Gerät kaufen, das 20 bis 50 Euro kostet. Außer Stromkosten von bis zu sieben Euro im Jahr gibt es dann keine weiteren Kosten mehr.

## Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

# Eine Mitarbeiterin für jeden Fonds

Ziel der EU-Kohäsionspolitik ist, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Union zu stärken. Wesentliche Instrumente dafür sind die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Bei der Kontakt- und Beratungsstelle Brandenburg informieren drei Mitarbeiterinnen über ELER, EFRE und ESF. [VON JULIA GÖRLITZ]

Die Grundlagen für die Förderung durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) unter dem Gemeinsamen Strategischen Rahmen (GSR) sind in der Partnerschaftvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission festgelegt. Die Partnerschaftvereinbarung bildet den übergeordneten Rahmen für die Programme, die die Umsetzung der ESI-Fonds regeln. Für die Erarbeitung und die Realisierung der Programme ist ein umfassender Beteiligungsprozess notwendig.

## Unterstützung der Verwaltung

Das Herzstück der Beteiligungsstruktur sind die Begleitausschüsse. Um die Abstimmung und Koordination der Fonds gewährleisten zu können, wird in Brandenburg ein Gemeinsamer Begleitausschuss (BGA) für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Europäischen Sozial-

fonds (ESF) eingesetzt. Diesem Gremium gehören gemäß dem Partnerschaftsprinzip neben Vertretern der Landesbehörden und der EU-Kommission auch Partner aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Forschung an. „Eine gute Verbindung zu den Partnern zu entwickeln und zu pflegen, ist für die Verwaltungsbehörde EFRE sehr wichtig. Nicht nur, weil die EU die Anforderungen erhöht hat, sondern weil die Umsetzung eines so komplexen Programms nicht ausschließlich von der Verwaltung gestemmt werden kann“, so Vera Viehrig, Leiterin der EFRE-Verwaltungsbehörde.

## Enger Austausch mit Verwaltungsbehörden

In der vergangenen Förderperiode wurden die Partner durch die Kontakt- und Beratungsstelle Brandenburg (KBS) im Bereich der ESF-Förderung unterstützt. „Dieses Partnernetzwerk hat sich für den ESF gut bewährt und wird in der Förderperiode 2014 bis 2020 nun fondsübergreifend finanziert“, sagt Angelika Scherfig, Leiterin der ESF-Verwaltungsbehörde. Seit Januar 2015 werden die Partner von der KBSplus beraten. Die KBSplus besteht aus einem Team von vier Mitarbeiterinnen, die in Teilzeit arbeiten. Für jeden Fonds steht jeweils eine Mit-

arbeiterin als Kontaktperson zur Verfügung, eine Stelle wurde für die Projektassistenz geschaffen. Die Mitarbeiterinnen stehen durch regelmäßige Treffen in engem Austausch mit den Verwaltungsbehörden.

Um Lösungen für Probleme bei der Umsetzung von Projekten zu finden, werden Workshops für die BGA-Partner unter Beteiligung weiterer Partner und Multiplikatoren durchgeführt; im September 2015 ging es beispielsweise um die Entbürokratisierung beim Einsatz der EU-Fonds. Die Kritikpunkte der Partner, unter anderem am Vergaberecht, wurden von der KBSplus zusammengetragen und an die EU-Kommission weitergegeben. Die Planung solcher Veranstaltungen richtet sich nach den verwaltungsseitigen Erfordernissen und dem Informationsbedarf der Partner.

## Informationen für alle Akteure

Zu den Kernaufgaben der BGA-Partner gehört die Prüfung und Billigung der jährlichen Durchführungsbereichte der Fonds, der Projektauswahlkriterien, der Bewertungsplanung und der Kommunikationsstrategien. Die KBSplus unterstützt die Partner durch die Aufbereitung der Dokumente und Informationen und vermittelt ihnen notwendiges Wissen bei Lenkungsgruppentreffen. Sie informiert Akteure außerhalb des BGA beispielsweise über ihre Website, durch Workshops und Netzwerkarbeit. Das Projekt KBSplus wird aus Mitteln der Technischen Hilfe der ESI-Fonds und aus Landesmitteln finanziert, Träger ist der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg. Der Bewilligungszeitraum endet am 31. Dezember 2017. Dann wird sich zeigen, ob der in dieser Form bundesweit einmalige fondsübergreifende Beratungsansatz zukunftsfähig ist. ■



Die EU im Mittelpunkt: Bei einem Workshop zur Entbürokratisierung im September 2015 diskutierten die Teilnehmer über den effektiven Einsatz der ESI-Fonds.

Foto: Julia Görlitz, KBSplus



**KONTAKT:**  
 Julia Görlitz  
 Mitarbeiterin für den ELER  
 Kontakt- und Beratungsstelle zur  
 Begleitung der EU-Fonds in Brandenburg –  
 KBSplus – Ein Partnernetzwerk  
 DGB Bezirk Berlin-Brandenburg  
 Telefon: 030 21240411  
 julia.goerlitz@dgb.de  
 kbsplus.dgb.de



# DIE POSITION

## Agrarinvestitionsförderung – Wohl oder Übel?

Von Ulrich Koester, Professor am Institut für Agrarökonomie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Bernhard Forstner vom Thünen-Institut für Betriebswirtschaft in Braunschweig

Die Investitionsförderung ist ein wichtiges Instrument der Agrarpolitik, pro Jahr werden etwa 2 500 Betriebe mit einem Investitionsvolumen von etwa 750 Millionen Euro unterstützt. Seit dem Jahr 2000 wird die Förderung einer Evaluation unterzogen. Die bisherigen Bewertungsergebnisse sind ernüchternd: Aus betriebswirtschaftlicher Sicht waren die geförderten Investitionen häufig nicht rentabel, weil entweder die Projekte in den Anträgen „schöngerechnet“ oder nicht ökonomische Investitionsziele verfolgt wurden. Empirische Analysen zeigen, dass die Rentabilitätsentwicklung von geförderten und nicht geförderten Unternehmen vielfach keinen Unterschied aufwies oder Differenzen sogar zu Ungunsten geförderter Betriebe ausfielen. Hohe Mitnahmeeffekte von 30 bis 50 Prozent lassen die bisherige Förderung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht noch ungünstiger erscheinen. Zudem lässt sich der politisch gewünschte Strukturwandel mit der Förderung kaum steuern.

In der aktuellen ELER-Förderperiode sollen Wissenstransfer und Innovation – insbesondere durch Partnerschaften von Wissenschaft, Beratung und Praxis – verstärkt zur Verbesserung der Produktivität und Effizienz im Agrarbereich beitragen. Dieser Ansatz ist im Vergleich zur jahrelang praktizierten Massenförderung neu. In Deutschland zielt die Investitionsförderung nun verstärkt darauf ab, Leistungen für das Gemeinwohl, konkret Tier-, Umwelt- und Klimaschutz, zu fördern. Dadurch steigt zwar die Konsistenz der Förderung, da nicht mehr die Masse, sondern besondere Investitionen mit höheren Zuschüssen gefördert werden. Gleichzeitig wird es aber schwieriger, die Fördereffizienz zu messen und zu bewerten: Die große Vielfalt an Zielen bei der Auswahl von förderfähigen Investitionen zu berücksichtigen, wird die Verwaltung vor große Probleme stellen.



### Stimmen Sie dem zu?

### Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur obenstehenden Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an [landinform@ble.de](mailto:landinform@ble.de), per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

# angelesen



## Willkommen auf dem Land

Integration ist ein Handlungsfeld, um ländliche Regionen im demografischen Wandel zukunftsfähig zu machen. Was können und was müssen Kommunen dafür tun? Zuallererst gilt es, Rahmenbedingungen zu erfassen: Wie entwickelt sich die Bevölkerung in der Region und welche Möglichkeiten existieren, um damit verbundene Aufgaben zu meistern? Dann muss die Kommune interkulturelle Kompetenz erwerben. Aber was bedeutet interkulturelle Öffnung in einer Kommune und was zeichnet eine Anerkennungs- und Willkommenskultur aus? Sieben Städte und ihre Landkreise haben von 2012 bis 2014 ihre kommunale Integrationsstrategie im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ der Schader-Stiftung neu ausgerichtet. Sie wurden dabei von Forschungspartnern und einem Coachingverfahren unterstützt. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen zeigen, welche typischen Stolpersteine, übertragbaren Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen es gibt. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen machen deutlich: Es ist sowohl ein Paradigmenwechsel zu einer wertschätzenden Integrations- und Diversitätspolitik notwendig als auch ein Leitbild, das Vielfalt wagt. Wer Zuwanderung als Querschnittsaufgabe anerkennt, kann die Integration aus der sozialen Nische herausholen und zum gesamtgesellschaftlichen Thema machen. Das Handbuch stellt theoretische Ansätze sowie die konkreten Aktivitäten der sieben Kommunen vor. Es liest sich nicht nebenbei, denn mitunter nehmen die Autoren einen Anlauf, um zum konkreten Thema zu gelangen. Doch Durchhalten lohnt sich: Viele Praxis-Beispiele veranschaulichen die in den Regionen in Gang gesetzten Prozesse. [arh]

Schader-Stiftung (Hrsg.):  
Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur  
in strukturschwachen ländlichen Räumen.  
Ein Handbuch für Kommunen,  
2014, 164 Seiten, kostenfrei bestellbar unter  
[www.integrationspotenziale.de](http://www.integrationspotenziale.de)  
ISBN 978-3-932736-43-8



## Landflucht 3.0

Welche Zukunft hat der ländliche Raum im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Mega-Metropolen und ungebremsten Verstädterung? Mit ihren Beiträgen wollen die 20 Autoren des Sammelbands der Herbert Quandt-Stiftung einen Beitrag zu dieser regelmäßig wiederkehrenden Debatte leisten. Die Inhalte reichen von wissenschaftlichen Analysen und politischen Konzepten über die Gesundheitsversorgung auf dem Land und die Landwirtschaft bis zur medialen Wahrnehmung des Landes. Dabei gibt es sowohl theoretische als auch praxisnahe Texte. Andreas Holstein etwa, der Bürgermeister von Altena in Westfalen, der in Westdeutschland am stärksten demografisch gebeutelten Stadt, zeigt, wie sich kommunal Handlungsszenarien gestalten lassen. Werner Schwarz, der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, vergleicht landwirtschaftliche Modelle und kommt zu dem Schluss: Die Landwirtschaft ist ein Zukunftssektor, der nicht verloren gehen darf. Der Kommunikationswissenschaftler Robert Veitenhansl zeigt in seinem Beitrag Erfolge und Misserfolge von Kommunikationskampagnen für den ländlichen Raum auf. Weshalb sogenannte Idylle-Magazine aktuell einen regelrechten Boom erleben, untersucht die Journalistin Canan Topcu am Beispiel des erfolgreichen Magazins „LandLust“. Weniger Lust als Frust erzeugt der Mangel an ärztlicher Versorgung im ländlichen Raum. Auch die Sozialwissenschaftlerin und Demografin Claudia Neu schlägt eher kritische Töne an: Die Folgen des demografischen Wandels seien bekannt, Schrumpfung, Rückbau und Kürzungen aber noch immer nicht vermittelbar. Eine Bettlektüre ist dieses Buch nicht, das eine oder andere Kapitel ist sogar schwere Kost; die dargestellten Herausforderungen, Lösungsansätze und Forderungen sind aber auch für Nichtwissenschaftler verständlich aufbereitet und für jeden zu empfehlen, den die Zukunft des ländlichen Raumes bewegt. [mok]

Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.):  
Landflucht 3.0 – Welche Zukunft hat der ländliche Raum?,  
Herder Verlag, 2015, 228 Seiten, 16,99 Euro,  
ISBN 978-3-451-33386-6

## angekündigt

### Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2016

Um „Lebenswerte Regionen – dynamisch und innovativ“ wird sich das 9. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung am 20. und 21. Januar 2016 während der Internationalen Grünen Woche drehen. Unter diesem Motto finden im CityCube Berlin 24 Vorträge und Diskussionsrunden statt, Veranstalter ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Die Veranstaltungen spannen einen breiten inhaltlichen Bogen, der von Heimat und Identität, Naturkapital und öffentlicher Leistung über Beteiligung und Bürgerengagement bis zum Thema „Willkommenskultur“ reicht.

Zuwanderung macht die ArgeLandentwicklung mit ihrem Beitrag „Nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen“ zum Thema.

Der Deutsche LandFrauenverband (dlv) wird in seiner Begleitveranstaltung mit dem Titel „Willkommenskultur gestalten – Netzwerke für eine gelingende Integrationspolitik im ländlichen Raum“ Erfahrungen aus der Praxis diskutieren.

„Kann man die Regionalität schmecken?“ fragt der Verein Geschmackstage Deutschland, der auf den derzeitigen Trend eingeht, verstärkt Regionalprodukte zu vermarkten. Vorgestellt werden die Ergebnisse einer Studie, die auch Handlungsempfehlungen für Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter

enthält. Konkrete Beispiele für die erfolgreiche Versorgung innerhalb von Dörfern zeigt der Veranstaltungsbeitrag „Gut versorgt im Dorf?! Zukunftsfähige Nahversorgungsideen für ländliche Räume“ des Kompetenzzentrums Ländliche Entwicklung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) auf. Das Kompetenzzentrum ist mit einer weiteren Veranstaltung beim Zukunftsforum vertreten: „Land(auf)Schwung – Freiräume nutzen, Impulse setzen“ heißt das Referat, bei dem das Modellvorhaben „Land(auf) Schwung“ des BMEL vorgestellt wird: Es unterstützt 13 strukturschwache Landkreise bei der Entwicklung ihrer Zukunftskonzepte.

Zum Dialog im „Land\_Lab“ rufen der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband der Landwirtschaftskammern auf. Der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften macht gemeinsam mit acht Kooperationspartnern Ländliche Räume 4.0 zum Thema und fragt nach, was die Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) bringt.

Wie Ökosystemleistungen erfasst, bewertet und in politische und wirtschaftliche Entscheidungen integriert werden können, zeigt der zweite TEEB DE-Bericht „Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“. Er wird bei der Begleitveranstaltung von

Naturkapital Deutschland – TEEB DE vorgestellt. Auch die DVS wird sich in Kooperation mit der Agrarsozialen Gesellschaft und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lokalen Aktionsgruppen mit einer Veranstaltung am Zukunftsforum beteiligen (siehe Beitrag auf Seite 8). [abb]

[www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de](http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de)

### Robert Bosch Stiftung sucht Neulandgewinner

Die Robert Bosch Stiftung sucht Menschen, die ihre Region, ihr Umfeld oder ihre Nachbarschaft in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen selbst gestalten. Die Ideen und Wege, mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umzugehen, dürfen unkonventionell sein: Sie sollen vor allem das Gemeinwohl und das Miteinander in den Mittelpunkt stellen und das Ziel haben, eine hohe Lebensqualität für alle zu erhalten oder zu schaffen. Solche Projekte haben die Chance, über das Programm „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ der Robert Bosch Stiftung gefördert zu werden. Online-Bewerbungen können bis 4. März 2016 eingereicht werden. [abb]

[www.neulandgewinner.de](http://www.neulandgewinner.de)

## LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe Exemplare.

Institution \_\_\_\_\_

Vorname/Nachname \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte  
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:  
Agrarinvestitionsförderung in Europa



## Termine

15. bis 24. Januar	<b>Internationale Grüne Woche</b> Internationale Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie des Gartenbaus in Berlin Infos Seite 5	Messe Berlin <a href="http://www.gruenewoche.de">www.gruenewoche.de</a>
20. und 21. Januar	<b>9. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung</b> „Lebenswerte Regionen – dynamisch und innovativ“ in Berlin Infos Seite 55	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft <a href="http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de">www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de</a>
21. Januar	<b>Resiliente Dörfer – Eigenständigkeit, Selbstbestimmtheit und Beteiligungskultur in schrumpfenden Regionen*</b> Begleitveranstaltung beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin Infos Seite 8	DVS <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ zukunftsforum</a>
18. Februar	<b>Erfahrungen und Perspektiven des bäuerlichen Naturschutzes in Deutschland*</b> Tagung in Berlin Infos Seite 8	DVS und Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ veranstaltungen</a>
15. und 16. März	<b>Regionen stärken, Klima schützen – mit Energie!*</b> Tagung mit Exkursion Infos Seite 8	DVS <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/energiewende">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ energiewende</a>

### Unser Fokuscartoon

von

